



Die deutsche Ostmark

Both, Heinrich von

Lissa i. P., 1913

Nationalitätenkampf und Nationalitätenpolitik in der Ostmark. Von Professor Dr. Otto Hötzsch, Berlin. Bildertafel 39 und 40. Mit 1 Einschaltkarte.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-77577](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-77577)



Nationalitätenkampf und Nationalitätenpolitik in der Ostmark.

Von Otto Hoegsch.

Nicht das ganze Gebiet der weiten Ebenen unseres Ostens, aber doch große und wichtige Stücke davon sind heute von einem erbitterten Ringen zwischen unserer und der polnischen Nationalität erfüllt. Es vollzieht sich nicht mehr in den gewaltsamen Formen der Vergangenheit. Aber der friedlichere Kampf von heute, in Verein und Zeitung, in Genossenschaft und Politik, um Land und Stadt, um wirtschaftliche und politische Macht, er fordert heute so gut wie früher alle unsere Kräfte und er gilt heute noch mehr wie früher einem Ziele, das wir unbedingt, koste es uns was es wolle, erreichen müssen: der dauernden und unbestrittenen Sicherung der preussischen Ostmarken für das Deutsche Reich und Volk. Wollen wir uns von alledem ein richtiges Bild machen, so führt uns am sichersten zum Ziele, wenn wir erst die Frage beantworten: Wie kam der preussische Staat zu diesen Millionen andersrassiger und anderssprachiger Untertanen und warum sind sie ihm nötig? Und sodann: Wie hat er sich im Laufe von nunmehr fünfviertel Jahrhunderten mit der Aufgabe, die ihm das Vorhandensein dieser polnischen Untertanen in ihm in Schule und Kirche, in Gericht und Verwaltung, in Wirtschaft und Kirche stellte, abgefunden? Die geschichtlich begründete Antwort auf diese beiden Fragen wird unschwer die politisch richtige und notwendige Stellung zum Nationalitäten-Problem der Gegenwart ergeben, sowie die Antwort auch auf die Frage: was will unser Staat mit seiner Ostmarkenpolitik und was kann er mit ihr erreichen?

I. Die Entstehung einer polnischen Frage in Preußen.

Der Geograph beginnt Osteuropa wohl erst an der Ostgrenze des Deutschen Reiches. Für den Historiker und Politiker aber ist dieser Begriff das Gebiet von der Elbe an bis zum Ural. Im Norden ist die Grenze das Baltische Meer, im Süden heben die Karpathen, der untere Donaulauf und die Küste des schwarzen Meeres dieses Osteuropa deutlich gegen Südosteuropa ab. Innerhalb dieses Osteuropas gewährt kein eigentliches Gebirge deutliche und natürliche Grenzen. Auf diesem großen Tieflande, um diesen Osten ringen in der Geschichte drei Völker vor allem: die Deutschen, die Polen und die Russen. Zwischen Deutschen und Russen konnte man sich wohl ein polnisches Mittelreich denken, so, wie es die sogenannte Jagellonische Idee, der Gedanke vom historischen Polen, heute noch in den Träumen der Polen umfaßt. Aber schon Bismarck hat in der großen Rede vom 18. März 1867 darauf hingewiesen, daß in dieser Idee von vornherein eine Überspannung

der Ansprüche und eine Überschätzung der inneren Kräfte Polens lag. Das historische Polen ist ja sehr viel größer als das ethnographische. Es umfaßt in der Weichselniederung und der Ukraine, in Litauen und dem sogenannten russischen Westgebiet, in den baltischen Provinzen und Pommern Länder, die von Angehörigen anderer Volksstämme erfüllt waren und sind, und die das polnische Volk zu assimilieren niemals in der Lage war und die es niemals wieder gewinnen wird.

Aber wie dem auch sei, wenn auf die Dauer ein so umgrenztes polnisches Reich sich behaupten sollte, so mußte es eine geschlossene Staatsmacht sein, die den Druck der im Westen und Osten heranwachsenden Staatsgebilde aushalten konnte, Brandenburg-Preußens und Moskaus. Allein unter diesem Gesichtspunkte kann heute die Situation von 1772, die den Zusammenbruch dieses Staatswesens brachte, beurteilt werden, frei von aller Sentimentalität, mit der früher die Polenschwärmerei des deutschen Liberalismus sie betrachtete, und frei von dem begreiflichen nationalen Schmerze, mit dem heute das Polentum daran zurückdenkt. Und dann ist die Hauptsache für den Zusammenbruch des polnischen Staates und damit für die Entstehung einer polnischen Frage doch dieses, daß er den von rechts und links auf ihn drückenden und mit ihm um ein möglichst großes Stück der baltischen Küste ringenden Staatsbildungen nicht gewachsen war.

Die erste Pflicht eines Staates, die der Erhaltung und Stärkung der eigenen Macht, hat der polnische Staat nicht erfüllt, solange es noch Zeit dazu war. Darum brach er ruhmlos zusammen, als zwei geniale und starke Monarchen, Friedrich II. und Katharina II., seine Schwäche benutzend das Ringen um den Osten und seine Küste endgültig zwischen sich allein entschieden. Seitdem die deutsche Kolonisation des Ostens einmal die Oder und die Weichsel überschritten hatte und die großen Hohenzollern des 17. und 18. Jahrhunderts auf dieser Bahn fortgeschritten waren, war eine Versöhnung zwischen dem preussischen und polnischen Staatsgedanken im Osten doch nicht mehr möglich, konnte und kann nur einer dort herrschen. Wer das sein würde, darüber entschied die politische Macht, und diese hatte — gegenüber dem zerfahrenen und verwilderten polnischen Adelsstaate — eben im Bunde mit Rußland Friedrich II. So hat dieser im wohlverstandenen Interesse seiner Staatsnotwendigkeit sich an der Teilung Polens beteiligt, als Katharina diese Frage von sich aus ins Rollen brachte.

Während die Politik Österreichs darin verkünstelt ist und keinen sicheren Willen zeigt, ist Friedrichs Politik klar, taktisch richtig und bestimmt. Er entzieht sich einer Lösung der polnischen Frage nicht mehr, die ihm aufgedrängt wird, die sich aber ohne ihn gleichfalls wohl auf das Ende der Unabhängigkeit Polens gerichtet hätte. Und er gibt dieser Lösung eine Wendung, die ein dringendes Bedürfnis seines Staates erfüllte. So ist nicht er der Urheber der Teilungen Polens, sondern das ist in allgemeiner und taktisch-politischer Beziehung Katharina. Aber er hat durch seine notwendige Stellungnahme allerdings den Anstoß gegeben, daß der Teilungsgedanke so große Dimensionen annahm und zu einer Umgestaltung der Machtverhältnisse im ganzen Osten führte.

Diese ist ja nun erzielt worden auf Kosten der Integrität Polens. Aber ein inneres, geschichtliches Unrecht auf die 1772 Preußen zugefallenen Stücke Polens hatte Deutschland und in ihm Preußen durchaus. Es war ja altes deutsches Land, das sich in die Gemeinschaft mit Polen niemals ganz eingelebt hatte, und mit Recht lautete die Umschrift der Denkmünze, die auf die Huldigung des neu erworbenen Gebietes geprägt wurde: *regno redintegrato*; deshalb trat auch der Besitzergreifung nirgends Widerstand entgegen, vor allem begrüßten die Protestanten die neue Herrschaft mit Freuden.

Im ganzen wird niemand sagen können, daß bei der ersten Teilung Polens von einem schreienden Unrecht die Rede sein kann. Es war das Ende eines uralten Kampfes, in dem schließlich die Macht gesiegt hatte, und von nun an beginnt die eigentliche polnische Frage und tritt die Aufgabe an Preußen heran, einmal sich gegen, selbstverständlich weiter gehende, Hoffnungen und Versuche der Polen, den zusammengebrochenen Staat wieder aufzurichten, zu schützen und dann: sich mit den neuen Aufgaben in Verwaltung, Gericht, Schule usw. abzufinden, die diese anderssprachigen Untertanen ihrem neuen Vaterlande stellten. Der Zustand von Wirtschaft und Gesellschaft im alten Polen brachte es mit sich, daß diese polnische, diese Ostmarkenpolitik Preußens immer, wenn sie energisch vorging und den preußischen Staatsgedanken gegen die Polen betonte, zugleich auch materiell außerordentlich reformierend und kulturfördernd sein mußte und auch gewesen ist.

II. Erste Einrichtung und Ordnung.

Friedrich hatte durch die Beteiligung an der ersten Teilung die Verbindung zwischen Pommern und dem östlichen Preußen hergestellt, die sein Staat brauchte. Die Verbindung zwischen den Kernlanden und Schlesiens herzustellen und damit eine seit alters betriebene koloniale Expansion abzuschließen, hinterließ er seinen Nachfolgern. Erst wenn zwischen der Weichselmündung und der oberen Oder ununterbrochen politisch-preußisches Gebiet lief, war jener Kampf zwischen Polen und Deutschen entschieden.

Friedrich hatte dann den ihm zugefallenen Teil Polens einigermaßen wenigstens auf dasselbe Niveau, wie seine anderen Provinzen zu bringen versucht. Vorbereitet war dies schon worden durch die Kolonisation des Bruches der Neze und Warthe. Vor allem verknüpft mit dem Namen von Balthasar Schönberg v. Brenkenhoff, hat diese Kolonisation ein Gebiet urbar gemacht von Driesen und Friedeberg über Zantoch und Landsberg/Warthe bis nach Sonnenburg. Von 1707 bis 1785 ist hier in einer Länge von 100 Kilometer von Westen nach Osten, von der Oder bis an die Grenze der heutigen Provinz Posen ein Gebiet von Bauernansiedlungen geschaffen worden, das die Germanisierung hier in dem Grenzstrich zwischen den Marken und dem alten Grenzpolen vollendete und das die künftige Angliederung Großpolens dann sehr gut vorbereitete, die 1793 eintrat.

Zunächst aber erweiterte sich das Staatsgebiet nur um Westpreußen, freilich noch ohne die wichtigsten Städte Danzig und Thorn; dazu kamen Teile des großpol-

nischen Gebietes. Es war das durch die Ordenskolonisation gewonnene sogenannte polnische Preußen, dessen nationaler Charakter allerdings durch polnische Einwanderung nach der Niederwerfung des Ordens einigermaßen verändert war.

Friedrich besichtigte das neu erworbene Land, die Zustände waren einfach miserabel. Mit der ruhigen Sicherheit, die ihn in dieser Richtung so sehr unterscheidet von dem dilettantischen Übereifer etwa Josephs II., und in musterhaft klarer Erkenntnis dessen, worauf es ankam, ging er sogleich an die Aufgabe, dieses Gebiet auf den Fuß der anderen preussischen Provinzen zu bringen. Er hat dafür treffliche und umsichtige Beamte gefunden, in dem Kammerpräsidenten J. S. Domhardt und dem ersten Verwalter des Negeidistrikts, Sr. B. Schönberg von Brenkenhoff. Aber tatsächlich ist er doch selbst, wie man mit Recht gesagt hat, „der eigentliche Oberpräsident“ dieses Westpreußens, wie das neu erworbene Gebiet genannt wurde, gewesen. Zunächst wurden die Starosteien beseitigt, die alten Staatsgüter, die in den Besitz der Starosten übergegangen waren, eingezogen. Die neugebildeten 79 Domänenämter durften nur an Deutsche verkauft werden. Die geistlichen Güter wurden zu den Domänen eingezogen, ohne große Entschädigung. Für die Bauern setzte eine Verordnung von 1775 ein Normalmaß und ein Maximalmaß für die unbestimmten Dienstleistungen fest. Die Bauern sollten frei von der an Sklaverei grenzenden Bindung der alten polnischen Zustände sein. Darüber hinaus wurde die Kolonisation, also die Ergänzung des vorgefundenen deutschen Siedler-elementes, fest in die Hand genommen. Durchaus wies Friedrich den Gedanken zurück, diese deutschen, neu ins Land gezogenen Bauern mit den Polen zu vermischen, damit sie ihnen ein gutes Beispiel gäben. Er bestimmte die Ansetzung deutscher Zuwanderer in geschlossenen Massen in eigenen Dörfern, damit die Erhaltung ihrer Nationalität gewährleistet bliebe. So sind noch unter ihm etwa 50 neue Dörfer, teils auf Domänenvorwerken, teils auf Rodungen im Bruchland, zunächst längs der Nege an der Grenze nach Utpolen, entstanden.

Auch in den Städten ging der König energisch an eine Neubelebung des alten deutschen Bürgertums; ein polnisches Bürgertum und Städtewesen war ja überhaupt nicht vorhanden. Durch den Besitz der Odermündung hatte Preußen schon den großpolnischen Exporthandel z. T. in seiner Hand. Dann kam nach der ersten Teilung der Handelsvertrag von 1775 zustande, der die Stellung Danzigs paralyisierte und die nunmehr schon überragende Stellung Preußens gegenüber dem polnischen Handel zum Ausdruck brachte. Über 900 Familien sind zur Zeit Friedrichs des Großen in diese westpreussischen Städte eingewandert, auf dem Lande über 1200, sodaß man im ganzen mit einem Zuwachs von 11000 Köpfen bei einer Bevölkerung von $\frac{1}{2}$ Million in diesem Gebiete rechnen konnte.

Die Aufgabe, die so mit der ersten Einrichtung Westpreußens angefaßt wurde, war deshalb so schwer, weil von vorn angefangen werden mußte, erleichtert andererseits aber wieder dadurch, daß der Gegensatz der Nationalitäten noch fehlt. Die deutschen Bürger und Bauern, die Friedrichs Beamte zu ihrer eigenen Verwunderung im Lande vorfanden, traten ohne weiteres auf die Seite der neuen Herrschaft. Die polnischen Bauern gewann diese durch ihre agrarpolitische Fürsorge.

Die Geistlichkeit stand noch beiseite oder trat wie die Landesbischöfe rasch zum neuen Landesherren. Geschädigt wurde nur der polnische Adel. So ist diese hohenzollerische Kolonisation hier wie überall im 18. Jahrhundert von wirtschaftlichen Motiven bestimmt. Für sie sind nicht mehr die christlichen Motive des Mittelalters und noch nicht die nationalen des 19. Jahrhunderts maßgebend. Sie wendet die Formen der alten Besiedlung mit Geschick an und ist im ganzen wohl gelungen, freilich, ohne daß sie freilich die alten Lücken, die die mittelalterliche Kolonisation gelassen hatte, ganz ausfüllen konnte. Aber das Wort des Generals Lentulus über die Politik im Weichsel- und Nezegebiet traf durchaus zu, daß, „was hier gemacht sei, nicht auf eine kurze Zeit, sondern auf die Jahrhunderte gemacht sei“.

III. Der Gewinn der zweiten und dritten Teilung und das Ergebnis von 1815.

Als in den neunziger Jahren des 18. Jahrhunderts der polnische Staat dann vollends zusammenbrach, gewann Preußen daraus Danzig und Thorn, Großpolen, Kujawien und Masowien und schob damit seine Oststellung außerordentlich voran, viel mehr als das Bedürfnis es forderte.

Es hatte damit zweifellos alte polnische Länder genommen, denn Großpolen hatte ja nicht zu dem Ordens-Gebiete gehört und auf die Lehnsabhängigkeit vom mittelalterlichen deutschen Reich wird man in der Neuzeit keinen großen Wert legen. Zwar war die große Welle der deutschen Kolonisation auch in das großpolnische Land geflutet; deutsche Bauern und Bürger hatten den Westen des Polenreiches kolonisiert. Aber eine völlige Germanisation war hier nicht möglich gewesen, infolge des Widerstandes des früh national gewordenen Weltklerus und infolge der Eifersucht des polnischen Adels. Jedoch hat sie den national gemischten Charakter Großpolens, der heutigen Provinz Posen, geschaffen, der von so ungeheurer, ja entscheidender Bedeutung für den Nationalitäten-Kampf geworden ist.

Ein Blick auf die Karte zeigt, daß Preußen heute vom Gebiete des alten polnischen Reiches nur das Allernotwendigste behalten hat. Außerordentlich weit springt der nichtpreussische Keil in der Gegend von Wreschen, Miloslaw und Jarotschin in das Verbindungsstück zwischen Ostpreußen und Schlesiens herein. Was darüber hinaus durch die 2. und 3. Teilung preussisch geworden war, ist wieder abgegeben worden, zum Glück, denn es bedeutete eine ungeheure Belastung und Gefährdung für den nationalen Charakter des preussischen Staates: waren doch damals unter den $9\frac{1}{2}$ Millionen Einwohnern Preußens nicht weniger als 4 Millionen Slawen.

Diese Lande, Südpreußen und Neupreußen, sind dann bald hereingerissen worden in die großen Kämpfe der napoleonischen Zeit. Erst der Wiener Kongreß, der die heutige Grenze zog, eröffnete wieder eine ruhigere Zeit und schuf die Grundlage für das Nationalitätenproblem des 19. Jahrhunderts. Wenn die Polen noch heute aus dem bekannten Satze des Vertrags vom 3. Mai 1815 zwischen den 3 Teilungsmächten das Versprechen einer staatsrechtlichen Sonderstellung herleiten, so ist das

unberechtigt. Zudem sind jegliche Zugeständnisse, wie sie im 19. Jahrhundert mehrfach von den Herrschern der Teilungsmächte gemacht worden sind, verwirkt worden durch die Aufstände, in denen die Polen gegen ihre neue Herrschaft revoltierten. Denn die Voraussetzung der Konzessionen Alexanders I. und Friedrich Wilhelms III. wie IV. war natürlich die unbedingte Anerkennung des Untertanenverhältnisses gewesen. Auch in der preussischen Verfassungsurkunde, die dafür der gegebene Platz gewesen wäre, ist von einer Sonderstellung des polnischen Gebietes nicht die Rede. Vorstöße der Polen, diese angebliche Sonderstellung zu behaupten, sind mit Recht zurückgewiesen worden, nicht besonders glücklich, aber ganz richtig in der grundsätzlichen Erklärung des Ministers des Innern, Grafen Schwerin, am 22. April 1801: „Es kommt nicht darauf an, was in diesem oder jenem Vertrage steht, sondern daß die Provinz Posen von dem König von Preußen mit voller Souveränität in Besitz genommen ist und daß diese volle Souveränität eine territoriale Einheit des ehemaligen Polens nicht gestattet und eine Abscheidung von den anderen Provinzen des Staates ausschließt. Diese Souveränität bedingt, daß in jener Provinz kein anderes Gesetz gilt, als nur preussisches Gesetz und Recht und daß das preussische Gesetz dort fort und fort gehandhabt werden soll. Ich kann die Versicherung nur wiederholen. Dagegen wird aber die Regierung eine jede Übertretung des Gesetzes, möge sie mit Worten oder mit den Waffen in der Hand geschehen, mit aller Entschiedenheit zu jeder Zeit zurückzuweisen wissen.“ Der hiermit ausgedrückte Standpunkt ist vollständig richtig: der König von Preußen hat die volle Souveränität über seine Anteile im ehemaligen Polen übernommen und gewährt dafür den neuen preussischen Untertanen polnischer Junge die Rechte der preussischen Untertanen, steht aber dabei zugleich den Rechten, die den Polen im Wiener Vertrag zugesagt sind (Aufrechterhaltung der nationalen Sprache und Sitte) nicht im Wege. Die polnische Auffassung hat aber durch das Jahrhundert hindurch diesen Standpunkt, der Rechte und Pflichten zugleich klar umfaßt, nicht festgehalten. Sie behauptet ihre Auffassung des Wiener Vertrags, womit sie das Wesentliche des preussischen Staates, wie er heute vor uns steht, unmittelbar angreift. Aber sie hat andererseits die Rechte der preussischen Untertanen für die Polen auf das weitgehendste in Anspruch genommen. Das polnische Volk Preußens hat seine Abgeordneten in die Parlamente geschickt und die politischen Rechte des Preußen immer voll ausgenutzt, ohne bis heute dafür vorbehaltlos die Zugehörigkeit zu diesem Staate anzuerkennen. Es hat sogar gegen diese Zugehörigkeit nicht nur immer mit Worten protestiert, sondern sie auch gelegentlich mit Gewalt im bewaffneten Aufstande rückgängig zu machen versucht.

IV. Erste Periode: 1815—1830.

Das Problem, eine größere Masse anderssprechender Untertanen in den neuen Staat überzuführen und in ihm zu behandeln, war der preussischen Bureaucratie unter Friedrich Wilhelm II. zuerst entgegengetreten, da ja Friedrich der Große keine allzugroßen Mengen polnischer Untertanen erhalten hatte.

Dann haben nach dem Aufstande von 1806/07 in der hohen preussischen Beamtenschaft Erörterungen über die Stellung zu diesem Problem stattgefunden. Sie blieben zwar gegenstandslos, da Preußen durch den Tilsiter Frieden seine polnischen Gebietsteile außer Westpreußen wieder verlor. Aber sie sind von großem Interesse, weil sich in ihnen die kommenden wechselnden Phasen in der Behandlung dieser Aufgabe durch den preussischen Staat widerspiegeln. Es handelt sich dabei um Denkschriften Hardenbergs und Gruners, wozu noch zu nennen sind die betreffenden Abschnitte der Nassauer Denkschrift Steins, die wohl auf unmittelbare Initiative Anton Radziwills entstanden sind. Stein gibt eine Kritik der früheren polnischen Zustände, die gerecht, doch ohne ausreichende Kenntnis spricht. Die Hauptsache ist für ihn, daß seine Forderungen an die Neugestaltung des Staates ohne weiteres auch auf die Polen ausgedehnt werden, also Freiheit der Person, des Eigentums, Pflege des Unterrichts usw. Die polnische Nation würde zufriedengestellt werden und würde diesem Staate anhängen, wenn man eine Verfassung gebe, bei der ihr nationaler Stolz beruhigt und ihr der Besitz der Individualität gesichert ist. Stein sucht mithin die Frage auf dem Wege der Versöhnung zu lösen.

Denselben Zielen strebt auch Hardenberg in seiner großen Denkschrift vom März 1807 zu, die deshalb noch wichtiger ist, weil sie die erste Phase der preussischen Polenpolitik bestimmt hat. Der besondere Statthalter, den sie in Aussicht nahm mit weitgehender Selbständigkeit (Aufsicht über die ganze Verwaltung, Prüfung aller neuen Einrichtungen, Stellung als Immediatbehörde, Recht, von allen Behörden jederzeit Berichte einzufordern) ist ja dann wirklich ins Leben getreten. Nur der Oberpräsident als Beamter unter dem Statthalter war später neu und dann fehlte später das Nationalheer, das Hardenberg sogar auch gewähren wollte. Für ihn liegt der Nachdruck bei der Verwaltung. Diese hat die Aufgabe, möglichst den Unterschied zwischen Deutschen und Polen aufzuheben und die Polen von der Idee eines eigenen Polenreiches abzuführen, ihren Enthusiasmus für Preußen zu gewinnen. Ihr nationaler Charakter sollte nicht vertilgt, sondern veredelt werden. Aus dieser Grundanschauung ergaben sich die einzelnen Vorschläge, in denen die Grundtendenz der Radziwillschen Gedanken zum Siege kommt und die logischerweise nicht zu einer systematischen Sprachen- und Wirtschaftspolitik führen. Heißt es doch ganz charakteristisch an einer Stelle: „Die fortgesetzte Ansiedlung deutscher Landwirte wird gut sein, wenn sie nicht kleinlich angefangen wird und dem Staate keine großen Kosten verursacht.“

Stein, Radziwill, Hardenberg kommen so von drei verschiedenen Ausgangspunkten zu demselben Ziele. Sie kannten alle drei die Dinge, wie sie wirklich lagen, nicht, auch Radziwill nicht, der als litauischer Magnat und Freund des Königshauses dem eigentlichen polnischen Leben fernstand. Dagegen faßte eine Denkschrift Justus Gruners, der bisher in Posen Kammerdirektor gewesen war, die Dinge anders, vom Standpunkte des Verwaltungsbeamten, der die Verhältnisse kennt. Seine Mittel zur Lösung des Problems sind: Strenge gegen die an dem Aufstand Schuldigen (die Frage nach ihrem Schicksale hatte die Denkschrift Rad-

ziwills veranlaßt), völlige Sicherung von Südpreußen für den Staat (Amalgamation sagte Gruner dafür), deshalb möglichste Verpflanzung von Deutschen nach Südpreußen, besonders fortgesetzte Ansiedlung von Landwirten und Handwerkern, allgemeine Einführung deutscher Schulen, Verteilung der südpreußischen Kantonsisten unter die Regimenter in den alten Provinzen. Gruner lehnt durchaus den Vorschlag Radziwills ab, den polnischen Königstitel zu erneuern. Aber er nimmt Radziwills Gedanken auf, daß der polnische Adel in die preußische Verwaltung nach Möglichkeit hereinzuziehen sei, natürlich mit den notwendigen Sicherungen: Kenntnis der deutschen Sprache und zuverlässige Haltung während des Aufstandes. Strenge gegen den am Aufstand beteiligt gewesenen Adel, dafür Wiederherstellung und Stärkung des polnischen Bauernstandes, das sind die nächsten Sorderungen, und mit den letzteren kam dann Gruner auf die praktische Anwendung der Stein-Hardenbergschen Reformen hinaus. Gruners Standpunkt erfließt direkt aus dem preußischen Staatsgedanken und nimmt darüber hinaus eine allmähliche Eindeutschung der Provinz in Aussicht. Diese ist herbeizuführen durch eine aktive Wirtschaftspolitik für diese Provinz, durch die dieser neue, gegen die andern Gebiete Preußens so sehr zurückstehende Teil auf das Niveau der anderen gehoben werden sollte, und durch die ein Keil zwischen die einzelnen Schichten des Polentums getrieben werden sollte, innerhalb dessen Gruner die eigentlichen Gegner klar erkennt. Die Berührung mit dem Gedanken Slottwells wird ohne weiteres deutlich; es geht von diesen Grunerschen Gedanken eine Linie über Grolman und Slottwell zu Bismarck und Bülow.

Zunächst kam die Tendenz Hardenbergs zum Siege. Die Lage der Provinz war freilich dafür wenig Vertrauen erweckend. Wenn die unteren Schichten einigermaßen Hineigung zu Preußen zeigten, so herrschte unter den gebildeten Nichtdeutschen: Magnaten, Geistlichen, Beamten der Wunsch nach der Wiederherstellung Polens durchaus vor. Die Deutschen sehnten sich freilich nach der preußischen Ordnung nach einem fast zehnjährigen Regimente korrupter Beamter und den Bedrückungen Napoleons. Die materielle Lage des Landes war dabei außerordentlich schlecht. So lag eine ungeheure Aufgabe vor der preußischen Verwaltung; die Arbeit, die 1795—1806 geleistet worden war, war so gut wie vernichtet. Man mußte von Grund aus aufbauen und sich erst langsam eine bestimmte Regierungs- und Verwaltungspraxis gegenüber dem polnischen Problem schaffen, während zugleich aber fraglich war, ob die maßgebenden Schichten des Polentums die Lösung von 1815 als endgültig betrachten würden. Jedenfalls versuchte es ihnen gegenüber die preußische Regierung zunächst mit der Versöhnung.

Statthalter wurde Fürst Anton Heinrich Radziwill, der Gemahl einer preußischen Prinzessin, der damit dem preußischen Hofe sehr nahe stand, während er der Stimmung seiner Landsleute und den Verhältnissen in Posen eigentlich fremd war. Die Stellung dieses Statthalters war so von vornherein ziemlich unglücklich und unklar, dazu eingengt durch den Oberpräsidenten, der auch hier an die Spitze der Provinz wie sonst im preußischen Staate trat. Die Provinz Posen

wurde neugestaltet und umfaßte das frühere Großpolen und Kujawien mitsamt dem Negebidistrikt; dagegen wurde Thorn wieder mit dem Gebiete des alten Ordenslandes vereinigt. Der Name des preussischen Gebietes: Großherzogtum Posen war eigentlich nur eine sinnlose Äußerlichkeit, die aber von den Polen gern ergriffen wurde und von ihnen, obwohl sie aus dem amtlichen Sprachgebrauch glücklich verschwunden ist, auf äußerste festgehalten worden ist.

Die wichtigste materielle Aufgabe, die der neuen preussischen Verwaltung gestellt war, war die Durchführung der agrarischen Reform. Beseitigt war allerdings die Leibeigenschaft schon, denn das Gebiet hatte ja mit Ausnahme von etwa $\frac{1}{2}$ Hundert Ortschaften des Regierungsbezirks Bromberg, die seit 1772 ununterbrochen zu Preußen gehört hatten, von 1807—1815 zu Warschau gehört, und dort hatte 1807 der Code Napoléon die alten bäuerlichen Verhältnisse aufgelöst und die Leibeigenschaft aufgehoben. Von hier aus hat dann die preussische Regierung durch die Verordnungen von 1819 und 1823 die Bauernbefreiung auch dinglich weiter und zu Ende geführt, und zwar noch einschneidender und für den — hier polnischen — Bauernstand günstiger als sonst in ihrem Staate. Das Motiv war klar dabei das, den Bauernstand im Lande zu retten, aus nationalen Gründen, gegen die Bauernlegungsbestrebungen der Gutsherren. Damit ist die Grundlage gelegt worden für die Bauernbefreiung in Posen und für den selbständigen polnischen Bauernstand im Lande von heute. Ausgesprochenermaßen war die Absicht die Hebung des polnischen Bauerntums gewesen. Der Gedanke, durch Besiedlung das deutsche Bauerntum zu vermehren, lag dieser Beamtenschaft so fern, daß der Oberpräsident Serboni deutsche Kolonisten abwies, die sich früher im Herzogtum Warschau angesiedelt hatten und nun, da dieses russisch geworden war, zurückkamen und in Posen Land haben wollten; ihnen wurde bedeutet, daß das Land dieser Provinz für die polnischen Bauern reserviert sei.

Es war verständlich, daß sich der Adel gegen diese Durchführung der Reform eifrig wandte, und seinem Mißmut in übertriebenen Äußerungen Ausdruck gab. Der Segen dieses bauernschützenden und befreienden Werkes hat sich aber für den Staat bald genug gezeigt, indem das Bauerntum sich von den Aufständen des Jahrhunderts fernhielt. Der Staat hat aber auch die Interessen der Grundherren keineswegs aus dem Auge gelassen, so besonders für sie einen landwirtschaftlichen Kreditverein für das Großherzogtum Posen begründet. Jedenfalls wurde so im ganzen polnischen Adel und polnisches Bauerntum gezwungen, durch die Reformen aus der alten Naturalwirtschaft in die Geld- und Handelswirtschaft überzugehen. Gutsland und Bauernland standen klar getrennt nebeneinander. Eine Dorfgemeinde war schon durch die Warschauer Gesetzgebung geschaffen, doch nicht eine brauchbare Gemeindeverfassung, und in der preussischen Zeit hat natürlich auch die Posener Landgemeinde alle die Schicksale geteilt, die die Arbeit um eine Landgemeindeordnung in den folgenden Jahrzehnten durchzumachen hatte. Der Gutsherr war aber durch eine Ordre von 1823 verpflichtet, die Polizei auf dem platten Lande zu vertreten, das zu diesem Zwecke in sogenannte Wojtämter zerfiel. Mithin blieben dem polnischen Gutsherrn die

Polizei auf dem Lande und damit seine bisherige Stellung dort trotz der Bauernbefreiung.

Die soziale Gliederung sonst im Lande zeigte die bekannte Lücke: ein Mittelstand fehlte, worauf schon Stein Alexander I. als für die polnischen Verhältnisse wesentlich aufmerksam gemacht hatte. Die preussische Regierung hatte dafür jetzt überall anzuknüpfen an die Reste deutscher städtischer Besiedlung, die sie vorfand. Sie hatte zunächst die allgemeine befreiende Gesetzgebung auch auf sie anzuwenden, Wegfall des Zunftzwangs, Gewerbefreiheit, Städteordnung usw. Über Handel und Gewerbe als die wichtigsten Erwerbsarten eines städtischen Mittelstandes, der entstehen sollte, wurden durch die Schutzzollpolitik Rußlands dauernd geschädigt. In ihren Wirkungen zeigte sich recht deutlich die schwierige Lage der Provinz, die in ziemlich willkürlicher Abgrenzung unzweifelhaft einen künstlichen Charakter trägt. Zur Zeit der Teilungen ist die Stadt Posen in viel höherem Maße Mittelpunkt des Handels gewesen als heute, da die Provinz nach Westen, Süden und Osten auseinanderfällt nach den anderen Teilen der Umgegend, zu denen diese Teile von ihr nach Volksart und wirtschaftlichen Zielen hinneigen, und da nach Osten die unübersteigliche Mauer der russischen Sperrmassregeln sich dem Absatze entgegenstellt. Es wäre für die nationale Seite der Schwierigkeiten in dieser Provinz wie für ihre wirtschaftliche Förderung von größter Bedeutung gewesen, wenn man, statt sie als Großherzogtum zusammenzufassen und in der Stadt Posen ihr eine künstliche Einheit zu erhalten, diese einfach aufgeteilt hätte unter die benachbarten Provinzen Westpreußen, Brandenburg und Schlesien, was möglich gewesen wäre und der General v. Grolman auch einmal vorgeschlagen hat. Dann wäre als eigentlich schwierig zu behandelndes Gebiet lediglich ein Teil des Regierungsbezirks Posen mit seiner Stadt übrig geblieben.

Sormal wurde die Provinzeinteilung den anderen Provinzen völlig gleichgestellt: der Oberpräsident an der Spitze der Verwaltung, neben dem Statthalter, zwei Regierungen in Posen und Bromberg mit der neuen bureaukratischen Organisation, dazu dann die anderen Provinzialbehörden, die im Verlaufe der Hardenberg'schen Verwaltung neu begründet wurden: das Oberlandesgericht, die Provinzialsteuerdirektion usw.

Die Frage war nun, wie diese formale Ordnung der Verwaltung sich mit den polnischen Untertanen der Provinz abfinden würde. Sollte eine Autonomie gewährt werden auf polnisch-nationaler Grundlage, so wie Alexander I. die Frage auffaßte, oder sollte man versuchen, eine allmähliche Verdeutschung herbeizuführen? Die erste Alternative war von vornherein unmöglich, denn die Provinz enthielt schon bei der Besitzergreifung durch Preußen eine so große Zahl deutscher Bewohner in Stadt und Land, daß eine Autonomie diese zweifellos beeinträchtigt hätte. Die zweite Alternative hat sich dann immer mehr als die allein mögliche und notwendige herausgestellt. Aber man hat die Wege dazu erst nach vielen Erfahrungen und Rückschlägen gefunden, und sie waren und sind ja auch so außerordentlich schwierig zu begehen, weil im großen und ganzen Deutsche und Polen in der Provinz so durcheinander sitzen und zahlenmäßig nebeneinander

so stark sind, daß das eine durch das andere Element nicht völlig zu verdrängen war und ist.

Zunächst also versuchte man durch Schonung die Polen in den preussischen Staat herüberzuziehen. Man ließ die alten Erinnerungen und Zeichen unberührt; noch heute ist der weiße Adler auf dem Rathaus der Stadt Posen zu sehen. Das Großherzogtum erhielt diesen besonderen Namen und sein besonderes Wappen. An der Spitze der Provinz stand der polnische Statthalter, der schon durch sein Amt gefährliche Hoffnungen erweckt. Natürlich mußte die Sprache der Verwaltung deutsch sein, doch behielt das Polnische in Schule, Gericht und Verwaltung einen durchaus bevorzugten Platz.

Wie man sich ferner bemühte, die Polen in das Meer zu ziehen, so hatte man nichts dagegen, daß die Kreisverwaltung in der Hand der gewählten Landräte war, die daher meist aus dem polnischen Adel stammten. 1828 schuf die Kreisordnung die Ordnung der Kreisverhältnisse, die noch heute in der Provinz gilt.

Wichtiger war, daß 1825 auch diese Provinz ihren Landtag erhielt, dessen Entstehung die Polen schon mit sehr weitgehenden Wünschen begleitet haben und den sie dann weidlich ausgenutzt haben als Sprachrohr ihrer letzten Endes auf den Zerfall des Staates ausgehenden Wünsche. Sofort wurde hier der Kleinkrieg gegen das Beamtentum begonnen, Klagen über die gefährdete Nationalität wurden fortwährend laut, Beschwerden über die vielen deutschen Beamten, auf die freilich die Antwort gegeben werden konnte: daß man gern mehr Eingeborene anstellen würde, es hätte sich aber bisher noch niemand zur großen Staatsprüfung gemeldet. Die Unklarheit, daß überall die Provinziallandtage mehr als kleine Parlamente denn als Organe der Selbstverwaltung auftraten, wirkte hier doppelt gefährlich. Bedenklich vor allem waren dabei die fortwährenden Erinnerungen an die angeblichen Verheißungen von 1815 und die Berufung auf den wenig glücklichen Wortlaut der königlichen Proklamation von 1815: „Auch Ihr habt ein Vaterland und mit ihm einen Beweis meiner Achtung für Eure Anhänglichkeit an dasselbe erhalten, Ihr werdet meiner Monarchie einverleibt, ohne Eure Nationalität verleugnen zu dürfen.“

Auf diese Weise hat die preussische Regierung in vollstem Maße dem polnischen Adel in seiner Nationalität und Sprache Freiheit gewährt, und im ganzen betrachtet stehen die Zugeständnisse an die Posener Polen hinter denen Alexanders an das Jartum nicht zurück.

Die Politik gegenüber den polnischen Untertanen Preußens ging zunächst durchaus auf Milde und Schonung der nationalen Eigenart mit wirtschaftlicher und geistiger Hebung der Provinz, durch die ein Übergewicht der deutschen Kultur über slawisches Wesen herbeigeführt werden sollte. Daher ist sie von bewusster Förderung des deutschen Elementes durchaus fern. Aber der Adel der Provinz wollte die Lösung von 1815 nicht als endgültig ansehen. 1817 schon forderte eine Denkschrift eines Herrn Joseph v. Morawski eine nationale Armee, einen Statthalter aus königlichem Hause oder polnischem Geschlechte, einen Provinzial-

Landtag, der durch einen ständigen Ausschuß die Rechte der Polen verteidigen sollte, eine Kommission zur Leitung des Schulwesens, Besetzung aller Ämter durch Eingeborene auf Vorschlag der Provinzialstände, zwei polnische Räte, die dem Staatsrat und dem Staatskanzler Vortrag über die polenr Sachen halten sollten. Und diese maßlose Denkschrift war und blieb typisch für die Wünsche dieses Adels, die regelmäßig auch über die weitesten Konzessionen des preussischen Staates hinausgehen. Wichtiger noch war die Verbindung des Adels mit den Geheimbänden, die sich in Russisch-Polen bildeten, und schon vor Ende des Jahrzehntes häuften sich die Versuche, bäuerliche Freischaren (Sensenmänner) zu bilden, die ihre Bedeutung gewinnen durch die Verbindung mit den russischen Banden.

Es bleibt noch übrig, die Stellung des polnischen Klerus zu charakterisieren. Den Übergang von Westpreußen in die preussische Herrschaft hatte der Klerus ohne große Schwierigkeiten mitgemacht. Jetzt aber tritt er der protestantischen Regierung entgegen, die die Klöster unter Landrecht stellte, die Schulen eröffnete, die für die Bildung des priesterlichen Nachwuchses in neuen Lehranstalten sorgen wollte. Die scharfe Stellung des polnischen Klerus gegen die preussische Regierung, die ja eines der entscheidendsten Momente in der ganzen Polenfrage Preußens ist, hat ihre Wurzeln nicht erst in der Zeit nach 1815, der Gegensatz ist uralte. Gegen den deutschen Ritter der Kolonisationszeit hat sich früh das erwachende Nationalbewußtsein in Polen, besonders im Klerus ausgesprochen; schon 1285 spricht aus dem Brief des Erzbischofs Jacob von Gnesen an die Kardinalle der römischen Kirche ein leidenschaftlicher Haß gegen die Deutschen. Und dieser ist durch die folgenden Jahrzehnte immer scharfer und unversöhnlicher geworden, vor allem gegen die Deutschen im Lande, die der Reformation zufielen oder die als protestantische Einwanderer im 16. und 18. Jahrhundert neu hereingekommen waren. Zunächst freilich sind besondere Schwierigkeiten vom polnischen Klerus der Regierung nicht entgegengestellt worden. Erst unter Slottwell hat damit ernstlich gerechnet werden müssen.

Auch nach der polnischen Auffassung haben in den 15 Jahren von 1815—1830 zwei Strömungen unter den Polen geherrscht, die eine schwächere, auf die Versöhnung gerichtete, unter Radziwill, die andere stärkere, die den Aufstand vorbereitete und die russischen Vorbereitungen unterstützte. Der polnische Adel der Provinz hat sich in den 15 Jahren nicht in den preussischen Staat hereinziehen lassen. Auch er hat, wie die Standesgenossen des russischen Anteils, die Versöhnung abgelehnt. Das Beamtentum hat sich darum bemüht, aber schon die gleichzeitigen Berichte zeigen, daß die Versöhnung nichts ausrichtete. Man übersah doch in dem aufgeklärten preussischen Beamtentum die Stärke der nationalpolnischen Idee und man erkannte zu wenig die Gefahr, die vom katholisch-polnischen Klerus drohte. Materiell ist das Ergebnis dieser ersten Periode der preussischen Polenpolitik, daß, nachdem bereits die neuostpreussische Zeit darin etwas begonnen hatte, nun auch über dieses seit Jahrhunderten vernachlässigte Land der ganze Strom der Stein-Gardenbergischen Gesetzgebung befruchtend ergossen wurde.

V. 1830—1840: Slottwell und Grolman.

Der Novemberrausstand, mit dem der polnische Adel Rußlands die Zugeständnisse Alexanders lohnte, hat ja Preußen nicht unmittelbar betroffen, das von einer wirklich gefährlichen polnischen Erhebung verschont blieb. Aber er und der Zusammenhang des preussischen Polentums mit der Erhebung jenseits der Grenze gab der preussischen Regierung begründeten Anlaß, nachzudenken, ob sie bisher auf dem richtigen Wege gewesen war. Und während nun bis 1803 der polnische Adel seinen Mittelpunkt in der sog. Emigration in Paris fand und in den dort getroffenen Vorbereitungen zu einem neuen Aufstande, begann in Preußen die zweite Phase seiner Ostmarkenpolitik mit der Ernennung von Eduard Heinrich v. Slottwell zum Oberpräsidenten von Posen.

Er hat seines Amtes furchtlos und tatkräftig gewaltet und die polnische Frage unter dem Gesichtspunkte allein des preussischen Staatsgedankens angesehen. Er hat dabei verständnisvolle Zustimmung und Unterstützung bei seinem Freunde, dem kommandierenden General des V. Armeekorps Karl Wilhelm Georg v. Grolman gefunden. Grolman hatte volles Verständnis für die Wichtigkeit seines Postens auch im nationalen Sinne, ja er vermochte mit dem klaren Blick des Soldaten dieser Frage noch schärfer und tiefer in das Auge zu sehen, als Slottwell.

Slottwell hat die Politik, die er befolgt hat, ausführlich selbst dargestellt, in seiner bekannten Denkschrift vom 15. März 1841, die er dem neuen Könige überreichte. Darin war sein Hauptgesichtspunkt folgendermaßen ausgesprochen: „die enge Verbindung der Provinz mit dem preussischen Staate (Gruner hatte in seiner Denkschrift Amalgamation gesagt) dadurch zu fördern und zu befestigen, daß die ihren polnischen Einwohnern eigentümlichen Gewohnheiten und Neigungen, die einer solchen Verbindung widerstreben, allmählich beseitigt, daß dagegen die Elemente des deutschen Lebens in seinen materiellen und geistigen Beziehungen immer mehr in ihr verbreitet werden, damit endlich die gänzliche Vereinigung beider Nationalitäten als der Schluß dieser Aufgabe durch das entschiedene Hervortreten der deutschen Kultur erlangt werden möge.“ Dieses Ziel zu verfolgen, erfordert das „Gesamtwohl des Volkes“. In diesem Ausdruck, wie auch sonst in der Ausdrucksweise der ganzen Denkschrift wird die Denkweise der ersten Periode des Jahrhunderts deutlich. Wir sehen noch nicht, daß Slottwell in seiner Denkschrift die Schärfe des nationalen Gegensatzes vollkommen deutlich heraushebt, und infolgedessen ist auch das Ziel, das er aufstellt, unklar. Was bedeutet „gänzliche Vereinigung beider Nationalitäten“? War damit das Ineinanderaufgehen gemeint, das doch nur auf Kosten der einen und zugunsten der andren erfolgen konnte, oder war damit lediglich ein friedliches Nebeneinanderleben der beiden Nationalitäten als erstrebenswert bezeichnet? Die ganze Art, in der Slottwell die polnische Frage seines Staates ansast, steht noch deutlich in dem Bannkreise der Gedanken seiner Zeit und in deutlicher Verbindung mit jenen Ideen Steins, durch die dieser die polnische Frage für Preußen lösen wollte. Nur faßt Slott-

well die Bestrebungen separatistischer Art scharfer und bringt mit der „Erweiterung“ des deutschen Elementes ein neues aktives Moment in die Behandlung der Frage herein. Er will die an sich achtenswerten Eigentümlichkeiten der Polen schonen: „Am kräftigsten aber und zugleich am willkommensten fördert die Zwecke des Staates die Sorge für die materiellen oder wenigstens von der Mehrzahl als materiell aufgefaßten Interessen der Provinz.“ Wenn Slottwell grundsätzlich die Frage noch nicht mit der genügenden Tiefe erfaßt, so sieht er doch deutlich, daß die lebhafteste Sorge des Staates für diese Provinz ihre enge Verbindung mit dem übrigen Staatskörper fördern muß und daß schon dadurch separatistischen Bestrebungen der Polen wenigstens mittelbar ein Riegel vorgeschoben wird. Von da aus kommt er zu seinen Forderungen: Sicherheit der Rechtsprechung und Vermehrung der Unterrichtsanstalten, um das Niveau der Provinz zu heben, wobei ihm das Recht der seit alters in ihr sitzenden Deutschen auf die deutsche Bildung selbstverständlich ist. Er sieht weiter, daß es sich hier um eine Frage von weiter Aussicht handelt, und spricht den goldenen Satz aus: „So wie aber bei der allmählichen Beschränkung der widerstrebenden Elemente jeder Schritt über die nächste Notwendigkeit und Möglichkeit hinaus bedenklich erscheint, so ist jedes Schwanken in den Verwaltungsgrundsätzen verderblich.“ Er lehnt die Bevorzugungspolitik gegenüber den Polen ab, die ja nur Ansprüche steigert, deren Ziele klar und mit der Existenz des preussischen Staates nicht vereinbar sind. Er spricht es offen aus, daß „die Provinz dem deutschen Elemente keineswegs verschlossen, daß sie vielmehr ihm als dem Lebenselemente des Staates und schon eines guten Drittels der Provinz selbst geöffnet und daß seine Ausglei chung mit dem polnischen ohne Eingriffe ungerechter Willkür dem Entwicklungsprozeß der Geschichte überlassen werden soll“. In diesem letzten Satze ist die Stellung Slottwells in der Entwicklung der preussischen Polenpolitik am klarsten gekennzeichnet. Er sieht bereits, abgesehen davon, daß ihm der preussische Staatsgedanke als selbstverständliche Norm für die Behandlung der Frage erscheint, daß ihre eigentümliche Schwierigkeit für den preussischen Anteil in der durch das Mittelalter herbeigeführten Vermischung beider Nationalitäten gegeben ist. Dieser Gesichtspunkt war bisher noch an keiner Stelle in der nötigen Schärfe erkannt worden. Slottwell ist ferner ohne weiteres klar, daß die deutsche Kultur die überlegenere gegenüber der polnischen ist, und er glaubt, daß im Verlaufe einer natürlichen Entwicklung von selbst eine Ausglei chung der beiden Nationalitäten in der Provinz eintreten werde. Bei genauerer Analyse erkennt man also, daß Slottwell in der Erkenntnis des Problems zwar seinen Vorgängern überlegen ist, daß sich diese aber dann in keineswegs klaren praktischen Konsequenzen ausläuft. Die Folge davon ist, daß von einer wirklich systematischen Behandlung der Frage auch in seiner Polenpolitik nicht die Rede ist. Wenn sie herkömmlicherweise und mit Recht rühmlich erwähnt und gepriesen worden ist, so hat das seinen guten Grund eben in der unbedingten Bekämpfung separatistischer Bestrebungen auf der polnischen Seite und der scharfen Betonung des preussischen Staatsinteresses, sowie in der Erkenntnis, daß eine Versöhnungs- und Bevorzugungspolitik im

Stile der vergangenen Periode die Widerstrebenden dennoch nicht zu gewinnen instande sei. Slottwell sah mit nüchterner Schärfe, daß der an seiner national-polnischen Idee hängende Pole schlechterdings nicht zu gewinnen ist und daß die Staatsgewalt dazu keine Mittel hat. Wie aber die weitere Analyse der Denkschrift zeigt, die ja einen Rückblick auf das tatsächliche Schaffen des Oberpräsidenten gibt, ist dieses über Ansätze ohne eigentlichen organischen Zusammenhang nicht herausgekommen.

Die feindselige Stimmung der preußischen Polen sieht Slottwell vor allem im Adel und im Klerus, bei letzterem wenigstens in seinem größten Teil. Er fällt ein scharfes Urteil über die Bildung und Lebensführung dieser polnischen Geistlichkeit und wirft ihr vor, daß sie die Nationalität, um die Vorrechte des eigenen Standes zu erhalten, verteidige. Ausdrücklich konstatiert er einen Umschwung im Klerus, der fanatisch oder willenlos die neue obrigkeitsfeindliche Richtung angenommen habe. Daraus ergibt sich ihm die Sorge für die Ausbildung der jungen Theologen. Die Verbindung zwischen Geistlichkeit und polnischem Adel wird vor allem hergestellt durch den Einfluß des Klerus auf die Damen, den Slottwell bemerkt hat. Bei den Söhnen des Adels stellte er fest „die bekannte und zutage liegende Abneigung gegen den preußischen Staatsdienst“ und fällt ein scharfes Urteil über die Verbindung dieses preußisch-polnischen Adels mit der Emigration. Für ihn ist daraus klar, „daß dem aus solchen Mitgliedern bestehenden Adel nicht das innige Vertrauen gewährt werden kann, auf welches er sonst Ansprüche hätte“, und er zählt auf, was auf verwaltungsrechtlichem Gebiete vorbeugend geschehen sei.

Positiv hat er sich bestrebt, diesem unzuverlässigen Adel gegenüber die Zahl der zuverlässigen Rittergutsbesitzer zu verstärken. Für den Bauernstand hatte sich seine Verwaltungstätigkeit auf die Sortführung der Regulierung zu richten, deren gute Erfolge er bestätigt. Daraus, und daß er infolgedessen auf einen loyalen oder zur Loyalität erwachenden polnischen Bauern rechnet, ergibt sich, daß er auf den Gedanken, die Vermehrung des Standes der deutschen Rittergutsbesitzer zu ergänzen durch eine entsprechende Vermehrung der deutschen Bauern nicht kam. Es ist daher ein — allerdings sehr weit verbreiteter — Irrtum, davon zu sprechen, daß die Ansiedelungstätigkeit des preußischen Staates von Slottwell begründet worden sei; mit diesem Irrtum wird ein Verdienst Bismarcks geschmälert, das diesem ausschließlich zukommt.

Den Städten, die von den Gutsherren abhängig sind, fehlte nach den Erfahrungen Slottwells ein deutscher Mittelstand fast ganz. Das ist ein Urteil, das, wenn es wirklich der Slottwellschen Anschauung entspricht, sich unzweifelhaft auf ungenügende Kenntnis stützt. Seine Ziele waren, einen solchen Mittelstand heranzubilden, und zwar — auch die Auswahl dieser Mittel ist charakteristisch für ihn — durch Errichtung zweckmäßiger Schulanstalten und durch die Einführung der Städteordnung. Er hebt nach der materiellen Seite besonders hervor die zerstörende Wirkung der russischen Zollpolitik auf die gewerbliche Tätigkeit der Provinz, der durch Einzelunterstützung zu begegnen versucht worden ist.

Zur Behandlung der Sprache in der Schule teilt Slottwell als seinen Standpunkt mit, daß in allen Stadtschulen in beiden Sprachen unterrichtet werden solle, in den meisten Landschulen aber deutsch nur als Unterrichtsgegenstand im Lehrplan auftreten solle. Dieser Grundsatz, an dem Slottwell auch festgehalten wissen wollte, schließt jede Unterdrückung in der Schulpolitik aus und wurde von ihm wohl als ausreichend erachtet, jene für ihn erstrebte Ausgleichung der Nationalitäten herbeizuführen. So kommt im ganzen die Ausführung der materiellen Förderung, auf die er so großes Gewicht legt, auf zweckmäßige Schulbildung und Förderung des Verkehrs hinaus, weshalb sich Erörterungen über Straßenbau, Baumanpflanzung und Obstkultur in der Denkschrift gleichfalls finden. Für die Zukunft schließt er mit der Hoffnung, daß ein „fantastischer Patriotismus“ der Erkenntnis bei den Polen Platz machen möge, daß sie ein „neues Vaterlandsasyl gefunden haben, das jeder edelgeistigen Richtung sowie jedem vernünftigen Streben nach der Verbesserung ihres äußeren Zustandes eine freie Entwicklung sichert und zugleich ihren mit dem gemeinsamen Wohle des Vaterlandes nur irgend vereinbaren nationalen Eigentümlichkeiten Schutz und Pflege gewährt“.

Slottwell erscheint also in dieser Denkschrift durchaus als Kind seiner Zeit. Es ist charakteristisch für sie, wieviel sie von der Aufklärung erwartet, und wie unsystematisch der positive Teil ist. Nur schüchtern kommt der Gesichtspunkt des deutschen Elementes und seines Rechts zum Ausdruck. Ist so diese Denkschrift nach der positiven Seite unzusammenhängend, so fehlt entsprechend auch die Erkenntnis, daß die von Slottwell wenigstens als notwendig geahnte Kulturpolitik des Staates diesem außerordentliche Opfer auferlegen mußte, von denen freilich in den 30er Jahren der Zustand der preussischen Staatsfinanzen auch nur zu träumen nicht erlaubte. Vor allem wird auffallen, wie unhistorisch die ganze Anschauungsweise ist. Es fehlt jeder Einblick in die großen historischen Zusammenhänge der deutschpolnischen Frage, durch den sich die Äußerungen Bismarcks dazu von Anfang an auszeichnen, ganz zu schweigen von der Unkenntnis der deutschen Kolonisationsstätigkeit des Mittelalters, die doch auch auf diese Gebiete bestimmend eingewirkt hat, eine Kenntnis, die anscheinend der Zeit Slottwells völlig verloren gegangen war. Aber die Analyse seiner Denkschrift läßt seine Politik nicht völlig im richtigen Lichte und Verdienste erscheinen. Sein Verdienst liegt, wie schon hervorgehoben wurde, in der unbedingten Betonung der staatlichen Autorität und dann in der formalen Ordnung der Provinz in neue Verhältnisse herein, die die materielle Politik an Umfang und System weit übertrifft.

Neben dieser Denkschrift ist eine Äußerung des Generals v. Grolman unbedeutenderweise in den Hintergrund getreten, die dieser 1851, also unter dem Eindrucke des Aufstandes, niedergeschrieben hat, die aber erst 1848 gedruckt worden ist. Diese Denkschrift ist erheblich klarer, entschiedener, wenn man will, radikaler als die Slottwellsche und deshalb von so großer Bedeutung, weil sie auf die Anschauungen Bismarcks nach seinem eigenen Zeugnis in der Rede vom 28. Januar 1880 von Einfluß gewesen ist. Grolman hatte gleich nach dem Auf-

stande als radikales Mittel empfohlen die Vernichtung der Provinz Posen und ihre Aufteilung an die drei benachbarten treuen Provinzen. Das Mittel war allerdings revolutionär, Grolman hat seinen Vorschlag wenigstens auf dem Gebiete der Heeresorganisation aber durchgesetzt. Seine „Bemerkungen über das Großherzogtum Posen“, wie der Titel heißt, mit dem Motto: „Und die Gräber taten sich auf und man hörte eine Stimme“ enthalten in ihrer scharfen Offenheit keine objektive Kritik am Polentum, sondern sehen nur das Feindselige und Gefährliche, was eben Grolman entgegengetreten war. Dafür ist seine Gesamtansicht der Frage schlagend: das Großherzogtum Posen zählte 1815 von ungefähr 800 000 Einwohnern 550 000 Deutsche und 450 000 Polen und Juden. Damit sieht Grolman die Frage von vornherein unter dem entscheidenden Gesichtspunkte an und hebt sich so durchaus aus seiner Zeit heraus: „Durch seine Lage im Herzen des preussischen Staates auf der Verbindung zwischen Schlesien, Preußen und Pommern und 18 Meilen von Berlin entfernt, gehört dieses Land so innig zum preussischen Staat, daß jede Idee einer Trennung von ihm als Hochverrat angesehen werden muß und daß jeder, der es ehrlich mit seinem Vaterlande meint, seine letzte Kraft anspannen muß, um dieses Land dem preussischen Staate nicht nur zu erhalten, sondern es auch gut gesinnt, d. h. deutsch zu machen.“

Als friedliches Mittel dafür schlägt Grolman, womit er nach seiner Angabe die Idee eines geborenen Polen, dessen Aufsatz aber nicht vorhanden ist, aufnimmt, den Auskauf der Grundbesitzer vor. Er kritisiert die liederliche Wirtschaft der polnischen Beamten, die der preussische Staat bis 1850 angestellt hatte. Die Geistlichen sind „roh, ungebildet, fanatisch katholisch, noch fanatischer polnisch und gutenteils der Völlerei ergeben“. Er fordert die Aufhebung der Seminare und den Zwang für die polnischen Theologen, in Breslau oder Königsberg zu studieren. In den Gymnasien werde geradezu Haß gegen Preußen gelehrt und die deutsche Jugend damit angesteckt. Polnisch als Unterrichtsgegenstand sei zu beseitigen. Dagegen wäre es sehr wünschenswert, wenn in den angrenzenden deutschen Provinzen auf den Gymnasien und selbst auf besseren Bürgerschulen die polnische Sprache gründlich gelehrt werde, um treue und zuverlässige Subjekte für die Provinz Posen heranzuziehen. Polnische Bürger gibt es für Grolman nicht; die polnischen Bauern erklärt er für nicht bössartig, aber für ganz in Unwissenheit versunken. Das wesentliche Mittel, auf die Polen zu wirken, ist die Erziehung beim Militär, die noch nicht genügend angewandt worden ist; man hätte die Polen einzeln in die deutschen Provinzen und deutschen Regimenter verteilen sollen, das hätte in 17 Jahren eine große Veränderung hervorgebracht. Statt dessen hat man sie in ihrer Provinz und in eigenen Regimentern gelassen, wo ihre Gesinnung unverändert blieb. Daß die Kolonisation des Mittelalters auch das Posener Land ergriffen hat, davon weiß Grolman nichts. Aber er weiß, daß deutsche Einwanderer besonders aus Schlesien im 30jährigen Kriege hereingekommen sind.

Deutsche Gutsbesitzer findet er nicht viele in der Provinz. Sie halten sich auch nach seiner Ansicht sehr selten auf ihren Gütern auf, da sie auf den Kreistagen

überstimmt werden. Es sind eben zu wenig, als daß sie ein Gegengewicht gegen die polnischen Besitzer bilden könnten, ausgenommen höchstens die Kreise an der märkischen Grenze und Teile des Negebidistrikts. Der Bürgerstand der Mediastädte steht noch unter dem Druck der polnischen Besitzer und leidet besonders darunter, daß die Tuchmanufaktur durch die Zollpolitik zerstört worden ist. Den tüchtigsten Teil der Provinzeinwohner sieht er in den deutschen Bauern, die freilich von den Polen das Trinken gelernt hätten. Durch diese würde am zweckmäßigsten die Ausbreitung der Deutschen gefördert, „wenn man sie dadurch unterstützt, daß sie ihren zweiten Sohn entweder durch Ankäufe polnischer Bauernhöfe und durch Errichtung neuer Gehöfte auf wüstem Boden ansetzen können, was besser ist, als daß man fremde Kolonisten ins Land zieht.“ An den Juden übt er scharfe Kritik und erwartet die Hilfe erst bei dem kommenden Geschlecht. Dann die Beamten: unter ihnen sind viele Polen oder polonisierte Deutsche aus der großherzoglichen Zeit übernommen. Dadurch ist eine schlechte Wirtschaft eingerissen, besonders bei den Posten der Landräte und in den Woytämtern; er führt schreiende Fälle der Unordnung auf. Die Wahl der Landräte den Kreisen überlassen, „ist das Schwert seinen Feinden in die Hand geben“. Am schädlichsten ist die Justiz. Die Prozesse werden zum großen Teil polnisch geführt, so daß also die ganze Gerichtsbarkeit in polnischer Hand ist.

Das Haupt- und Radikalmittel zur Lösung der Frage sieht Grolman neben dem Auskaufe der großen polnischen Besitzer in der Auflösung der Provinz, für die er eine genaue Grenzfestlegung bringt; nach deren Durchführung würde dann nur ein kleiner Bezirk Posen übrig bleiben, der in Schlesien oder in Brandenburg einzuverleiben wäre. Notwendig aber sei unter allen Umständen ein fester Plan und bestimmte Prinzipien, um einen würdigen Teil der Monarchie aus der Provinz zu machen. Der jetzige Zustand könne nicht bleiben, weil er selbst für die polnischen Einwohner zum Verderben führen müsse.

Die Denkschrift Grolmans geht, wie diese Inhaltsangabe zeigt, an Tiefe der Einsicht und Radikalismus der vorgeschlagenen Mittel über die Stottwellsche hinaus, die ja allerdings nicht eine Denkschrift über das, was geschehen sollte, ist, sondern ein Rechtfertigungsbericht über das, was geschehen war. Jedenfalls waren sich der oberste Zivil- und höchste Militärbeamte der Provinz darin einig, daß fest zugegriffen werden müsse. Zuerst war nun notwendig, den Aufstand gewissermaßen zu liquidieren. Die öffentliche Ordnung war ja nicht besonders gestört worden; aber im geheimen war der Aufstand im russischen Anteil unterstützt worden und ein nicht geringer Teil der Schlachta war über die Grenze gegangen und hatte mitgekämpft. Die Bewegung hat sich aber nur beschränkt auf die Schlachta; die unteren und mittleren Schichten waren von der Erregung nicht besonders berührt worden. Und im ganzen ist dann mit großer Milde gegen die am Aufstand tatsächlich Beteiligten vorgegangen worden.

Dann mußte formal Ordnung geschaffen werden. Das Recht der Kreise zur Wahl der Landräte wurde im Jahre 1855 mit Recht suspendiert und ist es geblieben: der Landrat wird bis heute in der Provinz Posen lediglich auf Vorschlag der

Regierung vom Könige ernannt. Dann wurde 1830 die Wojtverfassung beseitigt, und die Kreise in Distrikte eingeteilt, in denen die Polizei durch königliche Beamte, die sogenannten Distriktskommissare, wahrgenommen wurde. Auf diese Weise wurde Posen die einzige Provinz und ist es geblieben, die unter dem Kreise noch eine staatliche Instanz hat. Slottwell sah die Schattenseiten wohl voraus, durch die Distriktskommissare und die von dem Könige allein ernannten Landräte würde die Selbstverwaltung auf dem platten Lande erheblich eingeengt, ja eigentlich illusorisch gemacht. Aber es gab für den Staat keine andere Möglichkeit. Die gewählten polnischen Landräte hatten ihr Amt zu schlecht verwaltet und zum Teil direkt die Vorbereitung zum Aufstande und diesen selbst unterstützt. Und ebenso war es für den Staat eine unbedingte Notwendigkeit, die Polizei auf dem platten Lande den Gutsbesitzern zu entziehen. Er erhielt in den neuen Distriktskommissaren, meist alten Offizieren, ein Element der Lokalverwaltung, auf das er sich unbedingt verlassen konnte, und das Ordnung schaffte und hielt. Mit diesen Maßnahmen beginnt das Ausscheiden der Polen aus der Verwaltung der Provinz, die sie in der Periode vorher völlig in der Hand gehabt hatten. Zweifellos war es bedauerlich, daß das polnische Element zur Verwaltung nicht mehr herangezogen werden konnte, aber es ist keine Frage, daß die Suspension der Landratswahlen und die Beseitigung der gutherrlichen Polizei eine absolute Notwendigkeit für den Staat war. Zudem hatte die Provinz noch lange nicht genügend große und leistungsfähige Kreisverbände und namentlich Landgemeinden, hatte auch für die Selbstverwaltung vorläufig außer den völlig unzuverlässigen Schlachzizen keine nennenswerten brauchbaren Kräfte. Die Kreistage und der Provinziallandtag blieben sonst in ihrer Zusammensetzung und Wirksamkeit durchaus unbeschränkt. Aber Slottwell hielt seine Leute im Zaum und duldete nicht, daß der Provinziallandtag zu staatsfeindlichen Kundgebungen mißbraucht wurde.

In den Städten ist nach und nach die Städteordnung von 1851 mit ihrer weitgehenden Selbstverwaltung eingeführt worden. Bei der nationalen Zusammensetzung der städtischen Bevölkerung, in der fast überall die Deutschen die Mehrheit hatten, lag darin kein Bedenken, sondern es lag vielmehr in der Städteordnung die Möglichkeit, einen Mittelstand in Slottwells Sinne heranzubilden. In den Dörfern verwalteten Schulzen mit beschränkten Befugnissen die Gemeinden, die von den Bauern zu wählen waren, sobald die Agrarreform im Dorfe durchgeführt war. Auf diese Weise wurde in Stadt und Land nach und nach die unbedingt nötige Lösung von dem Einfluß des Adels durchgeführt und konnte sich ein selbständiger Bürger- und Bauernstand wenigstens in Anfängen entwickeln.

Für die Gerichtsorganisation führte eine neue Ordnung von 1854 die nötigen Organe ein.

In Sachen der Sprache hatte der Provinziallandtagsabschied von 1852 den Standpunkt des Königs so präzisiert: der König habe den Polen ein Vaterland gegeben, in dem ihnen die Aufrechterhaltung ihrer Religion und der Gebrauch ihrer Muttersprache neben der deutschen zugesichert sei; einen Vorzug zu gewähren, sei nicht seine Absicht gewesen und widerspreche der Staatseinheit.

Auf diese Weise war zunächst die Herrschaft des Staates durch die Verwaltung über der Provinz fest stabilisiert. Es war eine straff bürokratische Herrschaft, die seitdem geübt wurde, die ihre Berechtigung aber fand in den unruhigen und ungeordneten Verhältnissen der Provinz; für eine ausgedehnte Selbstverwaltung fehlten auch noch alle Vorbedingungen hier, wo die Staatsstreue eines großen Teils der Einwohner zweifelhaft oder mehr als das war.

Demnächst waren die Aufgaben für die materielle Verwaltung anzufassen. Dafür war selbstverständlich die wichtigste die Weiterführung der Bauernbefreiung und der Ablösung überhaupt. Zunächst wurde die Masse der vom Adel abhängigen Mediastädte aus diesen Beziehungen gelöst. Erst damit und mit den Wirkungen der Selbstverwaltung und der Einrichtung von Schulen war die Möglichkeit für einen freien Mittelstand gegeben. Auf dem Lande weiterhin ist von Slottwell die Regulierung der gutherrlich-bäuerlichen Verhältnisse in der vorbezeichneten Weise energisch weitergeführt worden. Wenn auch hier die Befreiungsarbeit schärfer durchgegriffen hat, als in den alten Provinzen, so wurden von ihr auch hier nur die spannfähigen Bauern ergriffen; die nichtspannfähigen Bauern verwandelten sich also auch hier zumeist in freie Landarbeiter. Denn der Grundbesitzerstand richtete sich ziemlich rasch auf die neuen kapitalistischen Verhältnisse und auf den Getreideexport ein. Deshalb konnte er auch, was Slottwell anerkennt, in großer Zahl den Aufteilungsprozeß von sich aus fördern. Slottwell hebt mit Recht hervor, daß die Regulierung sehr gut gewirkt habe: sie hat die Grundlage geschaffen für eine ganz neue Klasse von Einwohnern und war von Bedeutung für die Landeskultur ebenso wie für die Sicherheit des Staates.

Eine Frage, die zur Förderung des Mittelstandes unmittelbar gehörte, war die Emanzipation der Juden, die Slottwell 1855 energisch in Angriff nahm. Selbst gegen diese vorsichtige Reform erhob der Landtag Widerspruch, aber sie wurde durchgeführt und bereitete die Lösung der Judenfrage in diesem Teile des alten Polens vor durch die Eingliederung der Juden in das neue Staatswesen, eine Lösung, die weder der russische, noch namentlich der österreichische Anteil bis auf den heutigen Tag gefunden haben.

Schließlich die Sorge für den Verkehr, die sich aus Slottwells Tendenz, die engere Verbindung mit den deutschen Provinzen zu fördern, von selbst ergab. Bisher war dafür so gut wie nichts vorhanden. Jetzt wurde durch den Oberpräsidenten der Chausseebau und der Wasserverkehr erheblich gefördert.

Mit diesen Maßnahmen ist die Förderung der materiellen Kultur in der Hauptsache erschöpft. Das Wesentlichste ist dabei doch, daß der Gesichtspunkt der Sorge unmittelbar für die Verstärkung des deutschen Elementes noch durchaus fern liegt. Zwar erhielt Slottwell 1855 die Erlaubnis, größere Güter, die zur Subhastation kamen, für den Staat anzukaufen, die dann reguliert und veräußert werden sollten an Erwerber deutscher Abkunft. Dadurch ist auch in seiner Zeit die Zahl der deutschen Rittergutsbesitzer in der Provinz um 50 vermehrt worden. Der dazu verwendete Fonds von einer Million Taler hat sogar Gewinn abgeworfen. Dagegen ist von deutscher bäuerlicher Kolonisation keine Rede. Man

blieb in dieser Beziehung stark zurück hinter der Art und Weise, wie Friedrich Wilhelm I. in Litauen und Friedrich der Große in Westpreußen die Frage angefaßt hatten. Grolman hatte ja geraten, den polnischen großen Besitz ganz auszukufen und ein Legationsrat Kämpfer hat in einer Denkschrift über die Germanisierung des Großherzogtums Posen (an den Minister v. Lottum vom 27. Januar 1858) sogar bereits eine Immediatkommission vorgeschlagen, die als eine große Aktiengesellschaft den ganzen Grundbesitz des polnischen Adels aufkaufen sollte. Aber praktisch ist aus diesen Anregungen nichts geworden; weder hätten die fläglichen finanziellen Mittel des Staates eine größere Operation erlaubt, noch lag es im Sinne des aufkommenden Liberalismus, den Staat in einem solchen Umfange als eigenen Unternehmer auftreten zu lassen.

So blieb schließlich nur noch die Sorge für Schule und Kirche, die sich Slottwell seiner ganzen Anschauung nach auch auf das lebhafteste angelegen sein ließ. Er hatte für die Reform des Schulwesens einen allgemeinen Schulverbesserungsfonds, der aus dem Vermögen der alten Edukationskommission gebildet war, und hat sich um die Verbesserung der alten Schulen und die Errichtung von neuen lebhaft bemüht. So sind in 10 Jahren über 200 Volksschulen entstanden, zumeist mit polnischer Schulsprache und einem mangelhaften deutschen Unterricht. In den Stadtschulen fand der Unterricht jedoch in beiden Landessprachen statt; auch sie sind unter Slottwell vermehrt worden. Mancherlei für den höheren Unterricht kam hinzu. Man hat im ganzen den Eindruck, daß auf diesem fast wüstliegenden Gebiete geschehen ist, was in der kurzen Zeit nur geschehen konnte.

Für die evangelische Kirche sind, wie Slottwell in seiner Denkschrift sagt, 6 neue Kirchensysteme gegründet worden; er stellt am Schluß seiner Tätigkeit eine Vermehrung der Evangelischen fest, fand aber den Charakter der evangelischen Kirche in der Provinz gedrückt und ungeordnet.

Wichtiger und schwieriger waren die Aufgaben, die die katholische Kirche dem Oberpräsidenten stellte. Da ist im Jahre 1855 ein starker Schlag geführt worden, indem sämtliche in der Provinz befindlichen Klöster säkularisiert wurden. Die Einkünfte daraus wurden mit einem Staatszuschuß auf 10 Jahre verwandt für das Schulwesen und das völlig daniederliegende Bildungswesen der katholischen Geistlichkeit. Es scheint, als wenn sich diese einschneidende Maßnahme der Säkularisation ohne besonderen Eindruck in der Provinz vollzogen hätte.

Slottwell fällt im ganzen über das Schulwesen und die geistlichen Bildungsanstalten das Urteil, daß der größere Teil dieser Anstalten seine Aufgabe erfüllt habe: „wie weit sie dazu beitragen werden, eine Anschließung der Provinz an den preußischen Staat zu begründen und zu fördern, muß man abwarten, man sollte sich zu der Annahme berechtigt halten, daß eine gründliche und umfassende geistige Bildung auch empfänglicher für die dankbare Anerkennung des Vertrauens machen muß, welches Seine Majestät der König der katholischen Geistlichkeit in einem so edlen Sinne erweist.“ In diesem Urteil spricht sich der Wunsch einer Versöhnung durch Schule und Kultur ähnlich aus, wie wir das bei Stein gefunden haben, aber doch schon vorsichtiger und aus der praktischen Erfahrung heraus skeptischer.

Es ist, wenn man die Entwicklung der Zeit im ganzen überblickt, eine Zeit von erheblicher und intensiver Arbeit, die freilich eigentliche Früchte noch nicht zeitigt. Die Lage des Mittelstandes, der noch wesentlich in den alten Bahnen blieb, war kümmerlich. Die Bauern hatten sich eben erst in die Freiheit hereinzuarbeiten. Die von Slottwell angestrebte Förderung des Verkehrs konnte noch nicht besonders lebhaft wirken, und außerdem hat bis 1838 alljährlich der Besuch der Cholera das Leben erschwert und verdüstert.

* * *

Die ausgezeichnete Verwaltung Slottwells hat auch nicht vermocht, den Adel zu versöhnen. Die Begnadigungen wurden als Schwäche aufgenommen und in der von Slottwell so stark betonten Verbindung mit der Emigration hatte man viel mehr Interesse an den Vorbereitungen für die Wiederherstellung Polens als an der mühsamen Verwaltungsarbeit, die dieses Land eben aus dem Rohesten heraus hob. Im Lande selbst benutzte man den Provinziallandtag lediglich als Sprachrohr für oft geradezu maßlose Beschwerden. Erst gegen Ende der Zeit Slottwells kommt auf der polnischen Seite etwas mehr Leben in die Provinz selbst. Dort war als eine erste Interessenorganisation jener Kreditverein von 1825 vorhanden und hier hat die Lebensarbeit von Karl Marcinkowski zuerst eingegriffen.

Marcinkowski, der erste der wirklich bedeutenden Polen, die die Regeneration ihres Volkes in Posen durchgeführt haben, war 1800 geboren; von Beruf Arzt, war er in Paris, wo er der Emigration angehört hatte, auch als Arzt tätig gewesen. 1830 entzog er sich dem Rufe in die Heimat nicht länger und hat in dieser zehn Jahre segensreich gewirkt. Charakteristisch ist also, daß nicht ein Adliger, sondern ein dem Bürgerstand entstammendes Mitglied der Intelligenz zum ersten Male den fruchtbringenden Gedanken praktischer Arbeit aufnahm: Marcinkowski vertritt zuallererst die Abwendung von den phantastischen Hoffnungen der Pariser Polen und die Wendung zur praktischen Arbeit daheim.

Sein Hauptlebenswerk ist der Verein, der, 1840 von ihm ins Leben gerufen, heute noch seinen Namen trägt und heute noch die von seinem Gründer ihm gestellten Aufgaben erfüllt. Marcinkowski lehnte sich damit an einen schon älteren Plan an, eine Gesellschaft, die der polnischen Jugend Unterricht und Studium ermöglichen sollte. So ist der Gedanke an sich nicht sein geistiges Eigentum, wohl aber die geschickte Organisation und Anlage dieses Stipendienvereins, die ihm eine außerordentliche Sicherheit und Gleichmäßigkeit der Arbeit und dem entstehenden polnischen Mittelstande so viele Führer gegeben hat. Wurde doch durch ihn allmählich eine polnische Intelligenz herangezogen, die überwiegend aus dem kleinen Mittelstand der Städte stammte und nun als gegebene Führerin in diesem Mittelstande die weitere vorbereitende Arbeit zu seiner Befestigung und Emporentwicklung leitete.

Marcinkowski hat sich durch diese Gründung ein Verdienst erworben, das allerdings erst in einer späteren Zukunft hervortreten sollte. Zunächst blieb er nur ein Prediger in der Wüste. So überragend seine Stellung persönlich war, der Emigration blieben diese Gedanken noch durchaus fremd, die ja auf eine Re-

generation daheim hingingen und die Vorbereitung zum Aufstande ablenkten. Es war vor allem die Kirche, die hier die Dinge zum Konflikt brachte. Die Opposition des Provinziallandtages gegen die Bestrebungen, deutschen Sprachunterricht in den Volksschulen einzuführen, oder gegen jene Veräußerung von Rittergütern an Deutsche, die man als systematische Germanisierung betrachtete, war schließlich zu überwinden, wenn man energisch blieb. Die Feindseligkeit und Unzuverlässigkeit des Klerus aber wurde umso unangenehmer, als sie zusammentraf mit den großen kirchenpolitischen Konflikten, in denen die Regierung Friedrich Wilhelms III. ausgeht. Der Zusammenstoß von Staat und Kirche in Posen, der Konflikt mit dem Erzbischoff Dunin von der Frage der gemischten Ehen aus bewirkt, daß die Zeit Slottwells in einem Mißklang, ja Mißerfolg endet. Aber dieser kann nicht die Tatsache verwischen, daß eine starke, zielbewußte und konsequente Verwaltung in diesem Manne 10 Jahre lang die schwierige Frage im richtig verstandenen Staats- und Nationalinteresse angepackt und behandelt hatte. Darum nennt auch die polnische Geschichtschreibung Slottwell und Bismarck in einem Atem, und das ist ein hohes, aber berechtigtes Lob für den ersteren.

VI. 1840—1850: Versöhnungspolitik, Reorganisationsversuch und Scheitern.

Im Anfang 1841 wurde Slottwell nach Magdeburg versetzt, und damit kam offen zum Ausdruck, daß mit dem neuen Könige auch eine neue Phase der Nationalitätenpolitik beginnen sollte. Friedrich Wilhelm IV. war mit den Radziwills und Raczynskis befreundet, die Polenlieder Platens hatten Eindruck auf ihn gemacht, und seinem weichen und großherzigen Naturell lag es nahe, den Versuch zu machen, diese dem preussischen Staate doch unsicher und ablehnend gegenüberstehenden Untertanen durch Großmut zu versöhnen. Es war jener „Irrtum eines edlen Herzens“, von dem Bismarck in der Rede vom 28. Januar 1880 spricht, der menschlich durchaus zu verstehen war und politisch so verhängnisvoll werden sollte. Die Milde, die der König Dunin gegenüber walten ließ, wurde als Schwäche aufgefaßt, und Dunin rechtfertigte dann durch sein weiteres Verhalten die königliche Gnade keineswegs. Die Wünsche des polnischen Adels wurden rasch dreister und dreister. Aber wenn auch Slottwell und Grolman darauf hinwiesen, daß die auf den Thronwechsel gesetzten Hoffnungen durch die Begnadigung des Erzbischofs und durch die Propaganda der Emigration genährt worden seien, und daß es notwendig sei, das System der „allmählichen Germanisierung“ aufrechtzuerhalten, zwei Sünstel in der Bevölkerung seien ja Deutsche, die polnischen Bauern seien zufrieden, feindlich nur der Adel und der Klerus, hielt der König doch den Wunsch fest, es mit der Großmut zu versuchen. So erging der Beschluß, den Beschwerden der Polen so abzuwehren, daß der nächste Landtag keinen Grund mehr finden sollte, sie zu erneuern. Der Beschluß geht wohl auf den direkten Eingriff des Königs zurück. Wenigstens ist nicht näher bekannt, wer etwa in seiner Umgebung in dieser Richtung auf ihn eingewirkt hat. Er bedeutete eine

Wendung des Systems in der Polenpolitik und damit den Sturz Slottwells. Und nun steigerten sich, wie zu erwarten war, die Wünsche der Polen, die auf dem Provinziallandtage laut wurden, immer mehr und mußten doch auch dem Könige klar machen, daß zwischen dem preußischen Staatswohl und diesen Forderungen, hinter denen unausgesprochen immer die Lösung auf Wiederherstellung des polnischen Staates stand, eine Verhandlung nicht denkbar war. Aber der König war nicht zu überzeugen.

An die Spitze der Provinz wurde Graf Arnim-Boitzenburg gestellt. Der König dankte Slottwell für den Bericht, den dieser ihm in Form jener Denkschrift übergab, aber er war entschlossen, es jetzt mit einem anderen System zu versuchen. Er hatte den Grafen Arnim zum Oberpräsidenten ernannt, weil dieser bereits mit angesehenen Adligen bekannt war und als Grandseigneur wirken wollte auf die vornehmen Herren des Adels. Arnim war durchaus für diesen Posten geeignet, vornehmer Herr, elegant, zugleich aber auch ruhig und sicher in der Führung der Geschäfte, Flug und edel zugleich. Sein Programm war, wie er es in seiner Denkschrift über die Verwaltung Polens vom 30. Juni 1841 ausgeführt hat, Posen durchaus als Provinz Preußen zu behandeln, das Ziel der Germanisierung nicht aus dem Auge zu verlieren, aber die Polen zu schonen und nur edle Mittel gegen diese zu verwenden. Deutsch sollte im allgemeinen Hauptsprache sein. In der Schule sollte es aber nach Bedarf Haupt- oder Nebensprache sein. Die Kirche sollte ihre vollen Rechte erhalten, aber nicht mehr. Damit war die polnische Frage fast ganz auf das Gebiet der Sprache, Schule und Kirche beschränkt, und nirgends sah man eine Spur der Erkenntnis, daß der starke Anteil der in der Provinz bodenständigen deutschen Bevölkerung doch gebieterisch forderte, die Frage nicht einseitig unter dem Gesichtspunkt des polnischen Anteils anzusehen. Dem König aber ging das schon zu weit. Er antwortete auf Arnims Denkschrift, „daß auch jeder Anschein eines Versuches der Verdrängung oder Beeinträchtigung des polnischen Elementes durch das deutsche zu vermeiden sei“. Arnim dagegen konnte sehr bald sehen, daß er die Polen falsch eingeschätzt hatte, daß die Scheidewand zwischen Deutschen und Polen weit höher und größer war, als er gedacht hatte, und er wurde wachsamer auf das Treiben des Adels, er mußte die Erfahrung machen, daß die einzelnen Gutsbesitzer und Offiziere, mit denen er verkehrte, persönlich sehr charmant und liebenswürdig waren und daß trotzdem der Adel in schroffer Opposition verharrte. Er sah, daß es hier vor allem auf das Beamtentum ankam, aber ehe er etwas Wesentliches leisten konnte, berief ihn der König von diesem Posten ab.

Der polnische Adel mußte den Eindruck gewinnen, daß keine feste Hand mehr in der Provinz regiere. Der Staat hatte seine Beteiligung an jenen Ankäufen überschuldeter Güter aufgegeben, der freiwillige Verkauf kam selten vor. Ist doch damals das Sprichwort aufgekommen: „Große Verräter verkaufen ihr Vaterland im ganzen, Kleine morgenweise.“ Also auch die geringe Verschiebung des großen Besitzes zugunsten des deutschen Elementes, die Slottwell angebahnt hatte, hörte auf. Wichtiger war, daß der Staat auch in anderer Beziehung zurückwich.

Seit 1817 galt die Vorschrift, daß Zivilprozesse in der Sprache des Klägers zu verhandeln seien, daß aber, wenn der Kläger beide Sprachen beherrsche, dann deutsch verhandelt werden mußte. Dagegen hatte sich der Adel energisch gewehrt und hatte die Verhöhnung der Richter geradezu sportsmäßig betrieben. Jetzt erging — auf Betreiben des Grafen Kaczynski — die Ordre vom 15. Januar 1842 über die Gerichtssprache dahin, daß alle Zivilprozesse ohne Unterschied in der Sprache des Klägers verhandelt werden sollten. Die Belohnungen für polnisch lernende Beamte wurden erhöht, Landräte und Distriktskommissare auch in den deutschen Kreisen angehalten, polnisch zu lernen. Den Verfügungen waren polnische Übersetzungen beizufügen. Der Staat wich also auf dem Gebiete des Gerichts und der Verwaltung in der Sprachenfrage zurück.

Noch wichtiger war das Nachgeben in der Schule. Die Instruktion vom 24. Mai 1842, die bis zum Beginn des Kulturkampfes das geltende Recht in der Provinz geblieben ist, unterscheidet die Volksschulen in Land- und Stadtschulen. In den Landschulen hatten die Lehrer, die beide Sprachen konnten, in der Schule davon so Gebrauch zu machen, daß jedes Kind den Unterricht in der Muttersprache empfangen sollte. Bei „Vorherrschen“ des polnischen bzw. deutschen Besuches sollte die betreffende Sprache Hauptunterrichtssprache sein. Aber Deutsch mußte in allen Schulen Unterrichtsgegenstand sein, weil der polnische Untertan notwendigerweise deutsch verstehen mußte und weil auch die polnischen Eltern das wünschten. Dafür konnte aber auch in den vorherrschend deutschen Gemeinden Unterricht im Polnischen erteilt werden, wenn die Eltern das wünschten. Mit Hilfe dieser Instruktion, die von der neubegründeten katholischen Abteilung im Kultusministerium ausgegangen war, konnte der Unterricht in den Volksschulen und den unteren Gymnasienklassen vollständig, in den mittleren und oberen Klassen teilweise polonisiert werden. Das wurde noch dadurch erleichtert, daß der König auch polnische Priester zu Schulinspektoren machte. Die Möglichkeiten, die diese Instruktion von 1842 gab, hat die polnische Geistlichkeit auf das äußerste ausgenutzt, und sie hat nicht weniger als 50 Jahre dazu Zeit gehabt, mit ihrer Hilfe durch die Volksschule deutsche Kinder in Massen zu polonisieren.

Bei dieser Schwäche der Staatsregierung war es kein Wunder, daß die alte Gärung immer weiterging. Die kleine gemäßigte Partei unter den reichen und älteren Grundherren war einflußlos gegenüber der anderen Richtung, die mit Paris unmittelbar Verkehr hielt. Seit 1841—42 wurden die Vorbereitungen zu einem neuen Aufstande in den Zeitungen ganz offen besprochen. In Versailles gab es eine polnische Kriegsschule, wo junge Polen sich zum Kampfe vorbereiteten, und daheim zog sich ein dichtes Netz von polnischen Organisationen in der ersten Hälfte der 40er Jahre zu dem gleichen Zwecke über die Provinz. Die verschiedenen Gruppen der Emigration hatten ihre Vertrauensmänner hier, Dunin gebärdete sich wie der Herr des Landes, ließ sich als Primas huldigen und ernannte den eigentlichen Anstifter des Kirchenstreites zu seinem Weihbischof. Bei dieser Gärung und Aufregung verlor Marcinkowski nach und nach sein Ansehen, trotz der Erfolge, die er errungen hatte, war er doch ein entschiedener Gegner jeg-

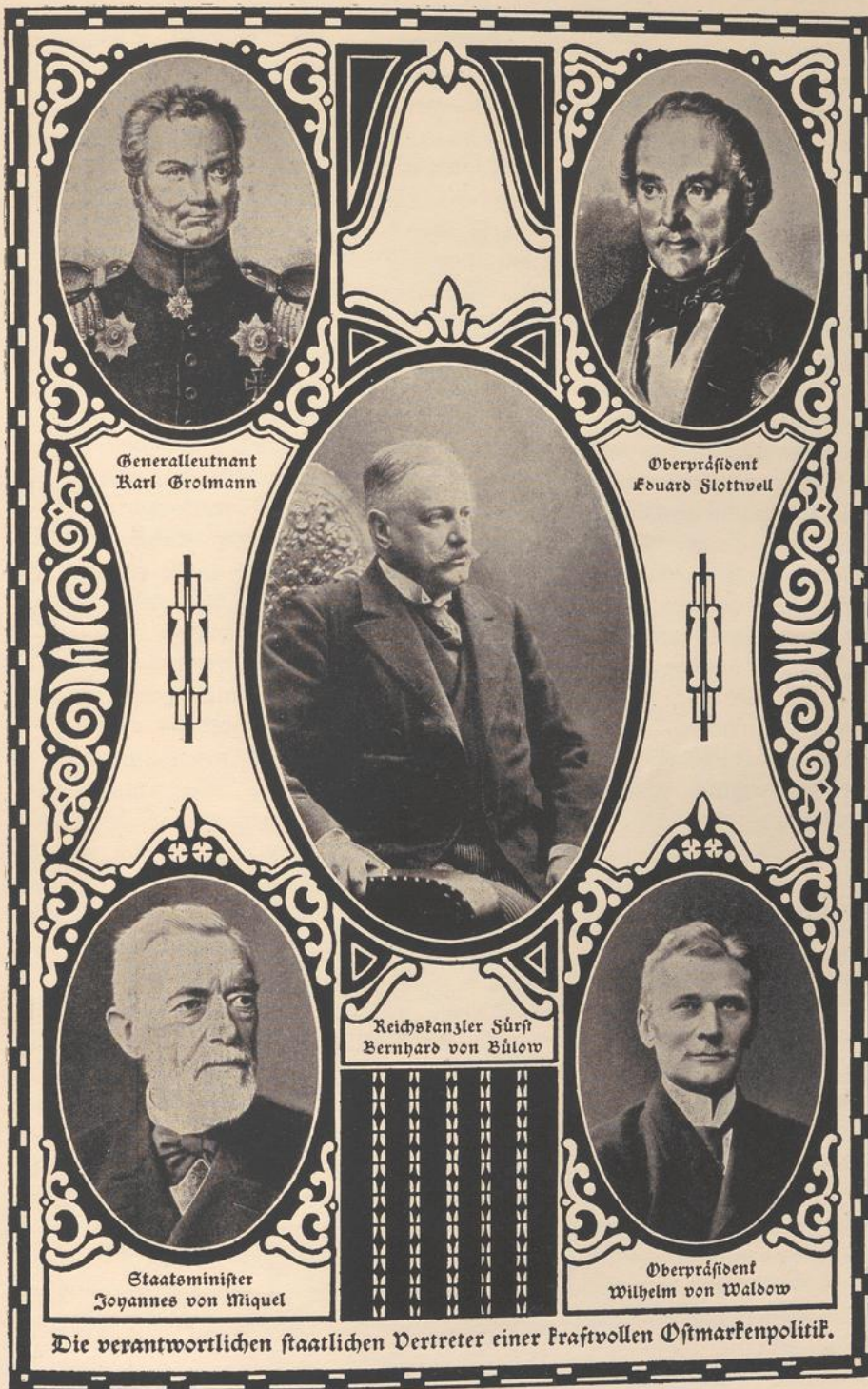
lichen Aufstandes. Er ist so im November 1840 ganz isoliert gestorben, auch von den Deutschen betrauert, einer der bedeutendsten Männer, die das polnische Volk im 19. Jahrhundert überhaupt gehabt hat.

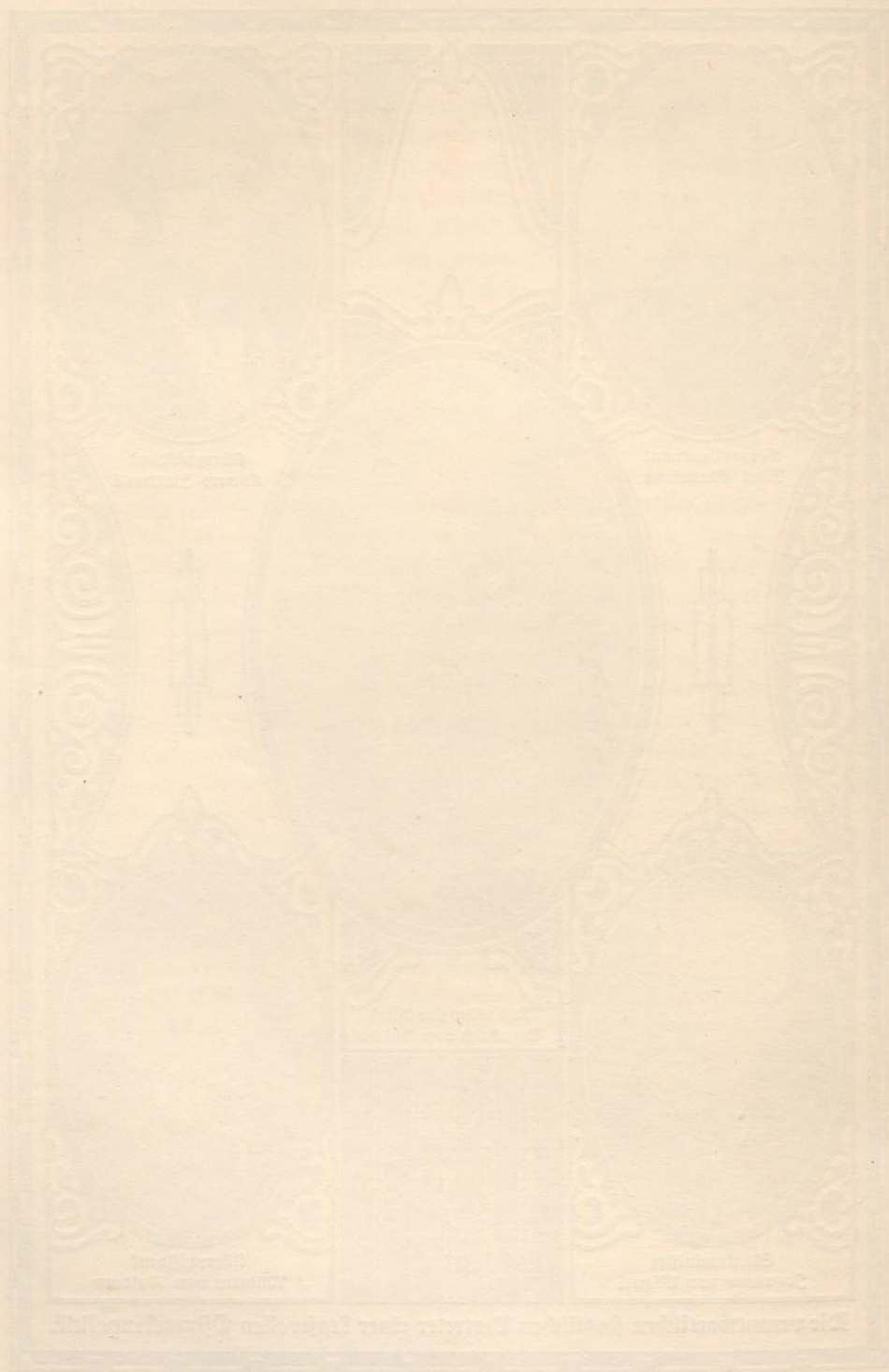
Aus Rußland kamen schon des längeren Warnungen, daß die Dinge zum Ausbruch trieben. Aber man nahm diese Warnungen nicht ernst; der König glaubte, als er im Sommer 1842 die Provinz durchreiste, wirklich die begeisterten Zuldigungen der Polen ernst nehmen zu können und erwies diesen Polen, die sich anscheinend so versöhnlich zeigten, alle Ehre. Arglos trieb er dem Ausbruch entgegen, der ihm den Verrat der Polen zeigen sollte, er gewann die Polen nicht und trug nur Unsicherheit unter die Deutschen.

Der neue Oberpräsident, der 1842 den nach Berlin berufenen Arnim abgelöst hatte, v. Beurmann, war, wenn auch in der Form schonend, doch fester als Arnim, und er machte dieselben Erfahrungen wie dieser. Aber von irgendwelcher Energie war schon deshalb keine Rede, weil der König von seinen Ideen nicht abging. So trieb alles in den neuen Aufstand herein. In den Kasinos und Jagdclubs traf sich der Adel und näherte sich in landwirtschaftlichen Vereinen den Bauern. Und bald zeigte der Aufstand, daß die ganze Politik Friedrich Wilhelm IV. genau das Gegenteil von dem, was sie wollte, erreicht hatte.

Die Schilderung der Aufstandsjahre von 1840—1848 ist hier leider wegen des beschränkten Raumes nicht möglich. Diese polnischen Bewegungen haben ja zwar den preußischen Staat nicht ernstlich erschüttern können. Aber sie zeigten ihm mit genügender Deutlichkeit, wie absolut unzuverlässig Adel und Geistlichkeit unter seinen polnischen Untertanen waren, während die polnischen Bauern, in dankbarer Erinnerung an die Wohltaten der Bauernbefreiung, sich fast durchgängig als loyale Untertanen erwiesen. Auch von der Schwäche des Königs den Anführern, insonderheit Mieroslawski gegenüber, und von der Unsicherheit und Zerfahrenheit im März und April 1848, bes. den sehr unerfreulichen Reibungen zwischen den hohen Militärs in der Bekämpfung des Aufstandes wollen wir hier nicht sprechen. Möge solche Schwäche gegenüber einer Lebensfrage des Staates niemals wiederkehren! Dagegen müssen wir den Gang der sog. Reorganisation im Jahre 1848 etwas genauer betrachten, weil sie ein wichtiger Versuch war, den Nationalitätenkampf durch eine sehr einschneidende staatliche Maßregel endgültig zu beseitigen.

Am 23. März 1848 wurde eine Deputation der Polen vom König in Berlin empfangen. Es waren etwa 50, die da vor dem König erschienen. Über den Verlauf der Audienz ist ein Bericht vorhanden, der sofortige Aufzeichnung verschiedener Personen, die daran teilnahmen, enthält und daher einigermaßen als authentisch gelten kann. Die Deputation bat um eine „nationale Reorganisation des Großherzogtums“. Die Petition sprach offen von der Wiedergeburt Polens, da doch auch Deutschlands Regierungen und Völker sich zu einem nationalen Staat vereinigten. Notwendig sei dazu eine provisorische Kommission mit einem königlichen Kommissar. Die Aufgabe dieser Kommission sollte sein die Umgestaltung der militärischen Besatzung in ein einheimisches Truppenkorps, Besetzung der Ämter mit Eingeborenen, Bildung einer Nationalgarde, Aufhebung der





Distriktskommissare und Einführung selbstgewählter Polizeibeamter. Das waren die nächsten Wünsche. Diese Reorganisation war mithin eine Lösung der polnischen Frage, die auf die vollendete Autonomie, wie sie der russische Anteil gehabt hatte, hinauskam. Die Kabinettsordre vom 24. März an die Deputation beschied diese denn auch dahin, daß der König „gern eine nationale Reorganisation des Großherzogtums in möglichst kürzester Frist anbahnen wollte“. Der König war danach für diesen Gedanken, unter dem er wohl etwas anderes verstand als die Polen, bereits gewonnen. Eine Kommission, die aus Vertretern beider Nationalitäten mit dem Oberpräsidenten an der Spitze bestehen sollte, sollte die Frage beraten und dann ihre Anträge stellen. Sie sollte aber nur in Wirksamkeit treten, wenn die Anerkennung der staatlichen Autorität in Posen gesichert sei. Auf dieses Zugeständnis ging die Deputation ihrerseits noch weiter und verlangte die gänzliche nationale Reorganisation (das heißt Polonisierung) von Militär, Verwaltung und Justiz, die Einführung von polnischen Truppen, die Beordnung von Kommissaren neben den Landräten, die Suspendierung der Distriktskommissare. Sie nannte auch gleich den Mann, der am geeignetsten sein sollte, die Reorganisation durchzuführen, den Generalmajor v. Willisen. Der König genehmigte auch diese Kommission zur nationalen Reorganisation des Großherzogtums, die bald die polnische Frage des preussischen Anteils radikal lösen sollte. Sie begann am 29. März ihre Tätigkeit unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten und zählte acht Polen; zwei Deutsche waren dabei nur als Beiräte oder Gäste zugezogen.

Schon diese Verteilung zeigte, daß sich das Verhältnis zwischen den beiden Nationalitäten verschärft hatte.

Während nämlich die jetzt zur vollen Teilnahme an den Kommunalgeschäften zugelassenen Juden an der Seite der Deutschen in die Bewegung von 1848 hereingingen, setz zwischen den deutschen und polnischen Bürgern an ihr die scharfe Spannung der Nationalitäten ein, die in den folgenden Jahrzehnten bis zur vollständigen und dauernden Feindschaft geführt hat. Am Ende einer Periode also, die durch Versöhnung und weitgehendstes Entgegenkommen die polnische Frage lösen wollte, ist das Ergebnis die Verschärfung der Beziehungen zwischen den beiden Nationalitäten.

Sahen doch die Deutschen auch bald, daß die Reorganisation, wie die Polen sich ihre Durchführung dachten, das Land einfach polnisch machte und es dann vom preussischen Staat losreißen wollte. Daher wuchs die Reaktion unter den Deutschen gegen das Zusammengehen mit den Polen und gegen die Reorganisation überhaupt rasch auf das höchste. Sehr bald gingen Erklärungen nach Berlin, daß man unter allen Umständen preussische Untertanen bleiben wolle. Petitionen wiesen darauf hin, wie schwer praktisch die Frage zu lösen war; die einen verlangten die Lostrennung der reindeutschen Grenzbezirke und ihre Einverleibung in den deutschen Bund, die anderen Belassung der Provinz im preussischen Staatsverband, ein Teil verlangte Anschluß an Westpreußen, ein Teil an Schlesien, kurz, dieses Programm der Reorganisation als eines Versuchs, Frieden zu schaffen, zeigte schnellstens die ungeheuersten Schwierigkeiten in der Durchführung, als nun

Willisen diese beginnen wollte. Sie sei deshalb im folgenden noch etwas eingehender verfolgt.

Das Patent vom 18. März, das sich für die Einheit Deutschlands aussprach, hatte die Bereitschaft des Königs erklärt, sein ganzes Reich, also auch die Provinzen Preußen und Posen, mit dem Bunde zu vereinigen. Es wollte aber die Polen nicht hindern, fernzubleiben, die nicht dazu gehören wollten. In der Kabinettsordre vom 24. März an die Posener Deputation war dann, wie erwähnt, die nationale Reorganisation des Großherzogtums Posen in möglichst kurzer Frist versprochen worden. Der Gedanke war dabei der, wie in einer amtlichen Denkschrift des Ministers des Innern niedergelegt ist, die Berechtigung des Nationalitätengrundsatzes anzuerkennen und dem Anspruch der fremden, also polnischen Nationalität gerecht zu werden. Dabei sollten zwei Ausgangspunkte maßgebend sein, die Ehre und Würde des deutschen Namens und die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens. Damit war wenigstens die Unmöglichkeit ausgesprochen, auf irgendwelche Pläne einzugehen, die auf die Wiederherstellung Polens in den Grenzen von 1772 hienzielten. Es war unmöglich, Ostpreußen loszutrennen, ebensowenig war möglich die Freigabe des ganzen Großherzogtums Posen, da die Deutschen ebenso wie die Polen das „unveräußerliche Recht der Nationalität in Anspruch nehmen konnten“. Sollte dem polnischen Volkstum zu seinem guten Recht verholfen werden, ohne Verletzung des Deutschtums, ohne Gefährdung des Weltfriedens, so bot sich eben nur der eine Weg „nationaler Reorganisation“. Die Regierung scheint darauf gekommen zu sein, indem sie der Bitte jener Deputation nachgab, von der anscheinend das Schlagwort der Regierung nahegelegt worden ist.

Voraussetzung war freilich die Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung und der Autorität der Behörden. Es folgten nun die Erhebungen der Polen und die Agitation der Deutschen im Negeidistrikt, in Westpreußen, in den deutschen Teilen des Posener Bezirks. Das deutsche Komitee vor allem wies in seinen Deputationen und Petitionen immer wieder auf die Verfälschung der Tatsachen hin, die darin beruhte, daß die Polen Posen als ein so gut wie ganz von Polen bewohntes Land hinstellten. Aus diesem Hinweis ergab sich ohne weiteres die Forderung, daß der deutsche Teil von der national-polnischen Reorganisation ausgenommen werde und dem deutschen Bunde einverleibt werde. Darin lag wiederum eine Schwierigkeit für die Regierung. Sie hatte die Reorganisation für das ganze Großherzogtum Posen versprochen, die königliche Zusage war einigermaßen unbedacht erfolgt, die „der polnischen Nationalität zum vollen Rechte in diesem Landesteile verhelfen“ wollte. Führte diese Reorganisation im nationalen Sinne zu einer Scheidung der Nationalitäten innerhalb der Grenzen der Provinz, stellte sich heraus, daß eine unbedingte Anerkennung voller Gleichberechtigung sowohl des Polentums als des Deutschtums mit der Fortdauer des 1815 gestifteten Provinzialverbandes nicht verträglich sei, dann mußte der letztere gelöst werden, dann war das sogar eine Maßnahme nationaler Reorganisation. Dieser Standpunkt ließ sich nun für das Deutschtum ohne weiteres nur an-

wenden im Negebidistrikt; für die anderen Gebietsteile war eine bestimmte Scheidelinie nicht ersichtlich, sondern mußte durch Kundgebungen des Volkswillens sich herausstellen.

In der Instruktion an Willisen vom 3. April stand weiter der Satz, daß so weit tunlich jeder Einwohner in seiner Sprache regiert werde und Recht empfangen solle. Auf Grund dieser Instruktion kam danach Willisen zu seinen so weitgehenden Bewilligungen: Ein Pole an der Spitze der Verwaltung und Justiz, Wahl der Landräte, andere Einrichtung der Polizeiverwaltung, Erlaubnis der polnischen Farben, das Polnische als Geschäftssprache gleichberechtigt neben dem Deutschen, nationale Reorganisation des Unterrichts- und Justizwesens, freie und selbständige Entwicklung der geistigen Angelegenheiten, ein nationales Armeekorps für das Großherzogtum, das Landwehr- und polnische freie Korps mit vorläufiger Vereidigung auf den Großherzog von Posen. Die Durchführung wollte er dann bewirken durch Kreiskommissare, die er neben die Landräte stellte und die deren sehr begreifliche Erbitterung erregten. Unzweifelhaft hatte er damit bereits den preußischen Staatsgedanken aus dem Auge verloren, die Kreiskommissare hoben die Lokalverwaltung aus den Angeln, Verwaltung, Justiz und Unterricht wurden durch diese Konzessionen grundpolnisch, und wie er sich militärisch die doch unbedingt notwendige Einheit dachte bei der Gleichberechtigung der beiden Sprachen, bei einer Landwehr, die die Offiziere selbst wählte und teils aus überwiegend polnischen, teils aus überwiegend deutschen Truppenabteilungen bestehend, danach polnisch oder deutsch kommandiert werden sollte, blieb unklar. Die Hauptsache war aber, daß in dieser Instruktion ausdrücklich gesagt war, daß „der vielfach gebrochene Landfriede wiederhergestellt und die gesetzlichen Autoritäten anerkannt werden müssen“, sowie daß (§ 5) „die neuen Maßregeln ohne jede Beeinträchtigung und mit voller Berücksichtigung der deutschen Nationalität“ getroffen werden mußten. Gegen beide Sätze hat aber Willisen offen gehandelt.

Inzwischen begann man in weiteren Kreisen zu sehen, daß mit dieser Reorganisation etwas sehr Gefährliches begonnen worden war. Der vereinigte Landtag wurde am 2. April eröffnet und hatte bereits am 5. April eine Polen-debatte. Dabei hat auf die Gefahren der Reorganisation klipp und klar hingewiesen der Abgeordnete Otto v. Bismarck-Schönhausen, der kaum in das Haus eingetreten war, dessen Worte aber für so bedeutungsvoll gehalten wurden, daß die Denkschrift des Ministers des Innern sie aufnahm. Bismarck muß früh die polnische Frage in ihrer Bedeutung erkannt haben und es ist bedauerlich, daß er bei dieser Verhandlung nicht ausreden konnte. Wir hätten dann sicherlich ein wertvolles Zeugnis für seine damalige Beurteilung der Frage.

Die Frage der Reorganisation kam noch schneller ins Rollen durch die Aufforderung des vereinigten Landtages vom 4. April, Abgeordnete zu wählen für die Nationalversammlung in Frankfurt a. M. Wie erwähnt, war es den Provinzen Posen und Preußen im Patent vom 18. März freigestellt, die Aufnahme in den Deutschen Bund zu beantragen oder nicht. Darauf hatte der Posener Provinziallandtag am

6. April die Einverleibung in den Deutschen Bund abgelehnt. Die Polen hatten dabei den Standpunkt der Mehrheit und der Vertretung der überwiegend größeren Zahl der Bewohner geltend gemacht. Sie hatten sich auf die Wiener Traktate berufen mit dem Hinweis, daß sie die Sympathien des deutschen Volkes verlieren würden, wenn ihr Volk so entartet wäre, daß es seine Vaterlandsliebe ewig aufgäbe, um in einer fremden Nationalität zu verschwinden. Das entsprach auch dem Standpunkt, den bisher der polnische Teil auf den Provinziallandtagen immer eingenommen hatte. Die deutsche Minderheit wies demgegenüber darauf hin, daß die Deutschen zu den Polen sich verhielten wie 5:7 und daß die dem Großherzogtum garantierte nationale Institution für Deutsche nur deutsch sein könnte. Sie sprach sich also für die Einverleibung des Großherzogtums oder mindestens der deutschen Kreise in den Deutschen Bund aus. Damit war die Frage bereits an dem toten Punkte angekommen. Die Denkschrift des Ministers schildert die Schwierigkeit für die Regierung, die, wie sich dann zeigte, schlechterdings nicht zu überwinden war, „da die Notwendigkeit einer Scheidung der deutschen und polnischen Landschaften der Provinz bei den Polen sowohl wie bei den deutschen Bewohnern schon deshalb ungern anerkannt würde, weil sie bei der Vermischung beider Stämme vollständig nicht durchzuführen ist“. Trotzdem mußte die Regierung, wenn sie ihr Versprechen überhaupt halten wollte, sich dazu verstehen, diese Scheidung zu versuchen. Es erging daher die Ordre vom 14. April, die Reorganisation nicht auszudehnen auf die Gebiete, wo die deutsche Nationalität vorherrsche; diese sollten vielmehr an den Deutschen Bund sich anschließen. Damit war geradezu die Teilung der Provinz beschlossen und das Ministerium war wirklich der Ansicht, daß dadurch die Frage zu lösen sei: „durch eine solche Trennung der deutschen Landesteile der Provinz werden zugleich die wesentlichsten Hindernisse, welche der nationalen Reorganisation des polnischen Teiles des Großherzogtums entgegenstehen könnten, beseitigt werden, so daß diese Reorganisation um so vollständiger zur Ausführung kommen kann.“ Die Aufregung in den deutschen Kreisen über diesen Ausweg war aber nicht gering, denn sobald man ihn etwas näher ins Auge faßte, zeigte sich, daß er nur auf Kosten der deutschen Nationalität begangen werden konnte. Es war wohl leicht, die Forderung einer Teilung der Provinz nach Nationalitäten auszusprechen, aber sehr viel schwieriger, diese Teilung durchzuführen. Die langen Bemühungen, eine Grenzlinie zwischen den Nationalitäten, die sowohl den nationalen wie den militärischen Wünschen entspräche, sind denn auch ohne jeden Erfolg geblieben. Und die Polen hätte diese Lösung auch nicht befriedigt, denn sie verlangten die ganze Provinz für sich.

Aus der verschlungenen und wirrenreichen Entwicklung, in der polnische und deutsche Frage so merkwürdig zusammengehen, war rasch mit aller wünschenswerten Klarheit deutlich geworden, daß der Gedanke der Reorganisation undurchführbar war. Die Reorganisation, wie Willisen sie anfaßte, bedeutete letzten Endes das Aufgeben der Provinz. Wenn man den Gedanken durchdachte, so versuchte Preußen die polnische Frage so zu lösen: das von polnisch sprechenden Untertanen bewohnte Gebiet wird aus dem organischen Zusammenhang des Staatsganzen heraus-

gelöst, bleibt aber in Personalunion mit ihm dauernd verbunden, ebenso in Zollgemeinschaft und militärischer Verbindung, für welche letztere die Schwierigkeit der Kommandosprache gleich klar war. Der Plan hatte an sich etwas Bestehendes. Schließlich ist er auch nichts anderes, als die Art, in der Österreich seine Polenfrage gelöst hat und in der Rußland menschlichem Ermessen nach die seinige zu lösen versuchen wird, wenn es durch völlige Russifizierung des westlichen Gebietes die Polen dort entwurzelt hat und dem Jartum größere Freiheit gewähren kann. Was damals Reorganisation genannt wurde, ist schließlich nichts anderes, als die in dem nationalen Kampfe von heute so oft genannte Autonomie. Der praktische Versuch unter Friedrich Wilhelm IV. ergab aber die dauernd wertvolle Einsicht, daß diese Art der Lösung der polnischen Frage für Preußen unmöglich ist. Für Westpreußen ist sie von vornherein aus begreiflichen Gründen garnicht versucht worden, für Posen wurde die Unmöglichkeit eines solchen Versuches, ganz abgesehen von der Unsicherheit der polnischen Untertanen, die eigentlich gerade damals zu einem solchen Versuche nicht verlocken konnte, als unmöglich erwiesen. Die Bemühungen, eine Demarkationslinie zwischen dem deutschen und polnischen Teile der Provinz zu ziehen, mußten scheitern, weil die beiden Nationalitäten so durcheinandersitzen, daß eine räumliche Trennung nicht möglich ist oder nur auf Kosten und zu Ungunsten der einen oder andern Nationalität geschehen kann. Ihren nationalgemischten Charakter hat die Provinz erhalten in der Zeit, als sie noch ein Teil des selbständigen Königreiches Polen war. Hat doch die Welle der großen Kolonisation des Mittelalters auch in das alte Großpolen eine Masse von deutschen Bürgern und Bauern geführt, die durch Zuwanderung in den späteren Jahrhunderten sich immer neu ergänzen und ihren nationalen Charakter zum Teil erhalten konnten. Die Polen verlangten damals, daß die Reorganisation auf die ganze Provinz ausgedehnt wurde, und versuchten, diesen nationalgemischten Charakter des Gebietes, in dem Deutsche und Polen zusammen und durcheinandersaßen in dem Verhältnis von 5:7, einfach zu ignorieren. Sie konnten bei ruhiger Überlegung sich selbst sagen, daß ihre Vorfahren selbst in der Zeit, als sie die deutschen Bürger und Bauern ins Land zogen, für immer eine solche Lösung der polnischen Frage unmöglich gemacht hatten. Es war vergebliche Liebesmühe, in den verschiedenen Demarkationslinien die nationalen Interessen und die militärischen Bedürfnisse in vollen Einklang zu bringen, und wenn dieser Versuch durch den König, Auerswald, Willisen und Pfuel wirklich gemacht wurde, so ist das nur damit zu erklären, daß diese Staatsmänner sich die Bedeutung des deutschen Elementes in der Provinz nicht so klar gemacht hatten, wie Grolman und später Bismarck.

Das Ergebnis war also im Jahre 1850, daß auch der zweite Versöhnungsanlauf gescheitert war. Wenn die Verheißungen von 1815 überhaupt einen Sinn, wie die Polen verlangten, hatten, so ist das Recht auf sie damals verspielt worden. Aber es bleibt für die weitere Gestaltung der Frage von Bedeutung, daß in der Revolution von 1848 eine Entscheidung großen Stils nicht fiel; die Polen waren nicht völlig niedergeworfen und behielten ihre Hoffnungen, weil es ihnen vom preussischen Staate nicht deutlich genug vor die Augen geführt worden war, daß

sie unter keinen Umständen auf Verwirklichung ihrer Bestrebungen rechnen könnten. Daher blieb aus diesem Kampfe ein Moment starker Unruhe und der Unsicherheit erhalten. Und mit einem positiven Vorteil gingen die Polen doch aus diesen Jahren hervor. Die Verfassung gewährte ihnen dieselben Rechte wie den anderen preussischen Untertanen, und sie haben diese sofort und von Anfang an energisch ausgenützt. Schon in der zweiten Hälfte 1848 und das ganze Jahr 1849 hindurch hören die Beschwerden der polnischen Abgeordneten über das Verhalten namentlich der militärischen Behörden in der Provinz nicht auf. Von nun an wird die polnische Fraktion das Sprachrohr und die eigentliche offizielle Vertretung des polnischen Volkes.

Aber auch für die deutsche Seite ist das Jahr von Bedeutung geworden, denn auch in Kreisen, die noch lau beiseite standen, war die Überzeugung durchgedrungen, daß die Deutschen Posen unbedingt zu Deutschland gehörten. Daran änderte auch der formale Wiederausschluß aus dem Deutschen Bunde, den Bismarck mit Recht wieder durchführte, nichts. Die gewaltsame Überrumpfung der Deutschen durch die Polen war fehlgeschlagen. Man hatte auf der deutschen Seite die polnischen Ansprüche als ungerecht und gefährlich erkannt. Das dauernde Ergebnis war, daß Deutsche und Juden sich eins fühlten in der Erkenntnis der nationalen Sache und daß der Riß zwischen Deutschen und Polen in der Stadt und auf dem Lande, der in dieser Zeit entstanden war, nach und nach unüberbrückbar wurde. Die tiefe Kluft, die heute Deutsche und Polen scheidet, ist nicht eine Folge erst der Bismarckschen Politik, sondern bereits des Jahres 1848.

Man faßte auch die ganze Frage schärfer und klarer ins Auge. Damals ist Grolmans bedeutende Denkschrift veröffentlicht worden. In der Arbeit des Major v. Voigts-Rheze findet sich ferner der klare Grundsatz: „die militärische Grenze zu behaupten und die Interessen der Deutschen vollkommen sicherzustellen“ als Inhalt der preussischen Polenpolitik. Sein Schlusssatz klingt bereits ganz bismarckisch: „Soll das Problem mit Glück gelöst werden, so ist es nötig, in der unumwundensten Bestimmtheit dem Fundamentalsatz Geltung zu verschaffen, daß den Polen eine politische Sonderstellung der übrigen Monarchie gegenüber nicht gewährt werden kann, sondern daß sie Preußen sind und bleiben müssen unbeschadet ihrer polnischen Nationalität. Diese wird jedoch erst dann zur völlig ungestörten Entwicklung gebracht werden können, wenn die Polen ihren Ansprüchen auf politische Sonderstellung und ihren Unabhängigkeitsbestrebungen mit Aufrichtigkeit entsagen. Erst dann werden die Staaten, welche sich im Besitz polnischer Länder befinden, vor der Wiederkehr erneuerter Revolutionen gesichert, der Nationalität ihrer polnischen Angehörigen ihre ungestörte Sorgfalt widmen dürfen, ohne aufs neue die Ruhe der übrigen Provinzen den drohendsten Gefahren preiszugeben und endlich in die unangenehmsten Verwicklungen mit ihren Nachbarn zu geraten.“ Überhaupt haben diese Jahre das Verständnis für die polnische Frage in weiten Kreisen wachgerufen. Zum ersten Male findet eine größere und schon leidenschaftliche Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit darüber statt, eine Flut von Broschüren ergießt sich, die wegen der Art der Auffassung und der Ausdrucksweise wichtig und interessant sind. Auch in Frankfurt war bei der Debatte um die polnische

Frage gestritten worden, da hatte gegen den liberalen Antrag der Abgeordnete Göden aus Krotoschin gesagt: „Üben Sie erst Gerechtigkeit gegen Ihre deutschen mißhandelten Brüder, ehe Sie dieselbe einem fremden Volke zuteil werden lassen. Wir sind deutsch, weil wir den Willen haben, Deutsche zu sein und eine Unterordnung unter die Polen nicht länger ertragen . . .! Es steht Ihnen das Recht zu, uns die Pforten dieses Tempels zu verschließen, unsere deutsche Gesinnung, unser deutsches Herz können Sie uns nicht rauben. . . . Es ist der letzte aller Gründe, es ist die scharfe Spitze des Schwertes meines Volkes, mit der wir unser Recht der Nation gegenüber erhalten werden, die den Beweis ihrer Selbständigkeit der Welt noch schuldig geblieben ist.“

Am entschiedensten aber und am wirkungsvollsten hat wohl in Frankfurt Wilhelm Jordan den deutschen Standpunkt vertreten. Seine Rede wirkte um so mehr, da er selbst Demokrat war, und ist eine der reifsten und tiefsten Kundgebungen zur polnischen Frage von damals. Er wendet sich gegen den Polenrausch seiner Freunde: „Der Umstand, daß man die Polen desto lieber hat, je weiter man von ihnen entfernt ist und je weniger man sie kennt und desto weniger, je näher man ihnen rückt, muß jedenfalls die Vermutung erregen, daß diese Zuneigung nicht sowohl auf einem wirklichen Vorzug des polnischen Charakters, als vielmehr auf einem gewissen weltbürgerlichen Idealismus, nicht sowohl auf einer klaren Erkenntnis unserer Verhältnisse zu unseren östlichen Nachbarn, als vielmehr auf einem hergebrachten Glaubensartikel beruhe, den man eben hinnimmt, ohne ihn weiter zu untersuchen.“ Man solle den Polen lieber nacheifern in ihrer höchsten Tugend der Vaterlandsliebe. Aber als Demokrat wendet er sich gegen jene Herrschaft des Adels und der Leibeigenschaft, die für das selbständige Polen charakteristisch war. Mit scharfen Worten malt er die Gefahr des selbständigen Polenreiches aus. Die Hoffnungen der Polen reichen nach wie vor „bis an die grüne Brücke von Königsberg“. „Wer diese deutschen Bewohner von Posen den Polen hingeben und unter polnische Regierung stellen will, den halte ich mindestens für einen unbewußten Volksverräter.“ „Es ist etwas anderes, menschlich ergriffen zu sein von einem Trauerspiel, und etwas anderes, dasselbe rückgängig zu machen auf Kosten derjenigen preußischen und deutschen Interessen, deren Pflege uns anvertraut ist und die allein die Richtschnur unseres politischen Handelns bilden dürfen.“ Das sind die Auffassungen, wenn auch in anderer Ausdrucksweise, die in der Rede Bismarcks von 1867 wiederkehren. Damit war nun diese Phase der preußischen Polenpolitik abgeschlossen; ohne System und ohne Willen hat sie durch Großmut und Schwäche versöhnen wollen, sie war damit völlig gescheitert und hatte auch der Provinz eine materielle Förderung nicht gebracht. Ebenso stand die preußische Staatskunst, die eben in ihren viel zu weit gehenden Konzessionen den preußischen Staatsgedanken selbst direkt tangiert hatte, der Einzel-Behandlung des Problems im Grunde ratlos gegenüber. Und es ist für die weitere Gestaltung der Verhältnisse verhängnisvoll geworden, daß man in den folgenden beiden Jahrzehnten die Ratlosigkeit darin damit verbarg, daß man den Nationalitätengegensatz im Osten seitens der Verwaltung ignorierte und der polnischen Agitation freien Spielraum ließ.

VII. 1848—1872.

Der Aufstand von 1863 ist, wie bekannt, nicht nach Preußen herübergeschlagen, die Energie Bismarcks hat rasch alle möglichen Gefahren beseitigt, man hatte auch gesehen, daß man sich auf das Heer verlassen konnte und ein Bauernaufstand nicht zu befürchten war. So hat die Regierung daraus keinen Anlaß genommen, ihre seit 1848 befolgte Politik im Osten zu revidieren. Eine Politik war das überhaupt nicht. Die verschiedenen Oberpräsidenten — im Einklang mit der Staatsregierung — glaubten, den nationalen Gegensatz ignorieren und sich lediglich auf die Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Provinz beschränken zu können, und man machte dabei wie stets nach einiger Zeit die Erfahrung, daß das eine Utopie ist. Der Standpunkt der Regierung kommt nur der freieren Bewegung des polnischen Klerus zugute, der so die Instruktion vom 24. Mai 1842 in den 50er und 60er Jahren weiter ausgenutzt hat. Massenhaft sind mit ihrer Hilfe durch den Klerus Deutsche polonisiert worden; das stärkste und bekannteste Beispiel sind ja die Bamberger auf den sogenannten Kämmererdörfern der Stadt Posen, katholische Ansiedler, die seit Beginn des 18. Jahrhunderts aus dem Bistum Bamberg gekommen waren, die deutsch konnten das 18. und die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts hindurch und die dann in 20 Jahren seit 1851 vollständig polonisiert worden sind.

* * *

Als mit der Schließung des Kreditvereins und der Begründung der heutigen „Landschaft“ die Polen völlig aus der Verwaltung ausgeschieden waren, begannen sich die großen Besitzer von sich aus zu organisieren, und 1861 entstand der Zentralverein (towarzystwo centralne), die nach dem Marcinkowstiverein erste bedeutungsvollere polnische Organisation und die heute noch eigentliche Vertretung des polnischen Großgrundbesitzes. Ihn schuf Maximilian Jackowski. Die Beziehungen dieses neuen Vereins zu den politischen Verschwörungen waren nicht zu leugnen, wie sie in dem „Komitee für das Großherzogtum Posen“ unter dem Grafen Dzialynski ihren Mittelpunkt hatten. In beiden Vereinigungen waren die Mitglieder identisch und daher hat der Zentralverein es bis 1865 auch zu einer wirtschaftlichen Bedeutung nicht gebracht. Ebenso ist auch sonst die Organisation des polnischen Volkes nicht vorangegangen. Zwar ist Schulze-Delitzsch, der eine Vater des Genossenschaftswesens, in Posen selbst eine Zeit gewesen. Er war Kreisrichter in Wreschen und hat für seine Gedanken Verbreitung schaffen wollen. Es sind auch nach seinem Vorbilde in den 60er Jahren Genossenschaften entstanden, aber nur in schwachen Ansätzen. Denn wie der Polenprozeß 1864 bewies, blickte die Schlachta immer noch vor allem nach Warschau und Paris und ließ sich nach den dortigen Direktiven leiten. Daher war es kein Wunder, daß sich ihre Arbeit nicht besonders auf die wirtschaftlichen Fortschritte dabeim richtete.

Daher blieb nur die Tätigkeit der Parlamentsfraktion, die, vom vereinigten Landtag des Jahres 1847 an, eine lebhaftere Tätigkeit entwickelte. Durch Inter-

pellationen, Beschwerden, Bemühungen, um die Sonderstellung Polens zu begründen und durchzusetzen, war sie den Ministern und der Provinzialverwaltung manchmal recht unangenehm. Eine besondere Bedeutung aber hatte diese ganze Arbeit der Fraktion bis 1865 schon deshalb nicht, weil sie als Vertretung der preußischen Polen gar nicht mit dem Einfluß zu vereingen war, den die Herrschaft der Emigration von aus Paris über alle Polen ausübte.

Die innere Entwicklung auf der deutschen und polnischen Seite in diesen Jahren bis zum Aufstande war ungefähr damit charakterisiert, daß das deutsche Element im ganzen voranschreitet, während auf der polnischen Seite über wirtschaftliche Depression geklagt wird. Der Einfluß des deutschen Elementes wurde durch den Bau der Eisenbahnen zunächst gesteigert, der die Provinz in engere Verbindung mit der übrigen Monarchie brachte, aber sehr bald eine für das Deutschtum schädliche Wirkung ausüben konnte, weil er den Verkehr mit dem Westen erleichterte und auf diese Weise die Abwanderung des Deutschtums beförderte, während die Polen daheim blieben. Aber im ganzen behauptete sich die Stellung der Deutschen bis Ende der 60er Jahre noch in Handel, Handwerk und Landwirtschaft durchaus.

Auf der polnischen Seite aber hatte man das Gefühl, daß es rückwärts ginge. Es sind im ganzen wohl Ansätze zur polnischen Demokratie hin zu erkennen, aber die materielle Fundierung reichte noch nicht aus, weder auf dem Land noch in der Stadt; der Ruf „Enrichissez-vous“ mußte noch in ganz anderem Sinne Programm werden. Und es ist sicherlich übertrieben, wenn die polnische Geschichtschreibung bereits für diese Zeit von einer Materialisierung des polnischen Lebens sprechen will.

Auch nach 1859 kommt man noch nicht recht voran. Aber die neue Ära machte sich auch für die Polen spürbar. Vom 1. Januar 1859 an konnte, auf die Initiative Legielskis ins Leben gerufen, der „Dziennik Poznański“ erscheinen, der bis heute das bedeutendste Blatt der preußischen Polenpresse geblieben ist. Bis dahin hatte die polnische Presse ganz darniedergelegen und so auch die polnische Sprache kein rechtes Tätigkeitsfeld gehabt. Bis dahin hatte man auch ganz ruhig im Verkehr mit den Behörden das Deutsche gebraucht. Jetzt wurde der bloße Protest dagegen zu einer lebhaften Aktion für den Gebrauch der polnischen Sprache. Eine Richtung bildete sich sofort, die die größere Bewegungsfreiheit ausnutzte zur Forderung, daß der preußische Staat seine angeblichen Versprechungen von 1815 erfüllen sollte, und die von Anfang an die Situation beherrschte. Nur allmählich trat dagegen eine Gruppe auf, die auf den neuen Herrscher hoffend, riet, nachgiebig zu bleiben und nicht zu reizen. Aber die erstere war stärker, in Massenpetitionen wurde die Gleichberechtigung der polnischen Sprache neben der deutschen betont, einzelne schrieben im Verkehr mit den Behörden nicht mehr deutsch, die darauf erfolgenden Strafen gaben dem Vorgehen noch größere Sensation. Und die Haltung der Provinzialbehörde war demgegenüber nicht sicher genug.

Sobald die neue Ära eine größere Freiheit für die Bewegung im polnischen Volke ließ, war man bald im vollen Kampf der Nationalitäten drin, zwischen

denen tatsächlich schon keine gesellschaftlichen Beziehungen mehr existierten. Der Kampf wird geführt in Berlin von der Fraktion, die am Heereskonflikt ihren Anteil nahm, daheim vom katholischen Klerus und spielt sich dort auf dem Gebiet der Sprache ab. Wenn der Erzbischof Przulski in dem rasch lebhafter werdenden Kampfe etwas abseits stand, so fand dieser den Führer und Anreger in seiner unmittelbaren Nähe, im Herausgeber des „Tygodnik Katolicki“, der als offizielles Organ des Erzbischofs begründet war, in dem Propste Prusinowski. Dessen 1801 in Grätz erschienene Broschüre „Język polski w wielkiem Księstwie w obec prawa pruskiego“ (Die polnische Sprache im Großherzogtum gegenüber dem preussischen Rechte) kann geradezu unmittelbar als der Beginn des Sprachen- und Kulturkampfes, der von den Polen begonnen worden ist, bezeichnet werden. Die genauere Betrachtung dieses Jahrzehnts ergibt die historische Unhaltbarkeit der Anschauung, daß der polnische Bauer bis 1873 ein loyaler Untertan des preussischen Staates gewesen sei, bis ihn die gewaltsame Einführung der deutschen Unterrichtssprache aus seinem loyalen Dämmerungszustand erweckt und in die Opposition getrieben habe. (Diese Anschauung ist vor allem in Bernhards Buch ausgesprochen worden.) Dem Angriff des Staates ist ein Jahrzehnt lang eine Bearbeitung der Bauern durch den polnischen Priester vorausgegangen, die es allein verstehen läßt, wenn Bismarck in dem bekannten Briefe an den Minister des Innern Grafen Frig Eulenburg vom 7. Februar 1872 von dem „seit einem Jahrzehnt unterwühlten Boden der östlichen Provinzen“ spricht. Wäre jene Auffassung richtig, würde diese Äußerung Bismarcks unverständlich sein. Tatsächlich aber trifft sie den Nagel auf den Kopf, insofern genau ein Jahrzehnt vorher diese Prusinowskische Broschüre erschien, mit der der alte Gegensatz der Nationalitäten, der bisher nur im Aufstand ausgebrochen war, auf friedlichem Gebiete zu einem ebenso erbitterten Kampfe zunächst um die Sprache in Flammen ausbricht.

Prusinowskis Broschüre gibt in drei Teilen einen Aufruf, eine Auslegung der polnischen Rechte und deren Verzeichnis. Der Aufruf wendet sich an die Landsleute zum Schutze ihrer Muttersprache. Die eigentlichen Feinde sind die Polen, die ihre Sprache nicht gebrauchen. Die göttlichen und menschlichen Rechte verpflichten ja die Beamten, daß sie polnisch verkehren müssen. Die Sprache ist ein Geschenk Gottes. Wenn Gott uns darin versteht, sollen das die Beamten nicht auch verstehen? Die Teilungen sind ja unter der (in Wien festgelegten) Bedingung erfolgt, daß die polnische Nationalität erhalten bleibe. Dann ist das gedruckte Wort des Königs da, die Zusage Friedrich Wilhelms III., daß die Verwaltung polnisch sein solle. Also spricht das göttliche Recht, das Recht der Monarchen in Wien und das Wort des Königs für das Polnische. Deshalb hat der Propst die Bestimmungen in dem Büchlein gesammelt. Er ruft dazu auf, das Recht zu gebrauchen: „Gericht und Regierung müssen mit euch polnisch verkehren, es gibt nur eine Ausnahme: Deutsche Zustellungen vom Gericht müssen angenommen werden, d. h. nur wenn ein Deutscher auf deutsch euch zu Gericht ladet, dann allein muß die gerichtliche Aufforderung deutsch angenommen werden.

Sonst nichts. Aus dem Gebrauch des Polnischen entstehen weder Kosten noch Strafen für irgend jemand. Der Pole soll also polnisch schreiben; wer es nicht tut, dem ist ins Gesicht zu sagen, daß er ein ‚Wyrodek‘ (ein Entarteter) ist.“

In unleugbar geschickter Weise war in der Broschüre das gesamte Material zusammengetragen und wurde mit der Autorität des Geistlichen das Recht der polnischen Sprache und die Aufforderung, diese immer anzuwenden, vorgetragen, um einen endlosen Sprachenkrieg im Kleinen und an vielen Stellen zu entfesseln, der vor allem die Lokalbehörden mürbe machen und am Ende die bäuerliche Bevölkerung in immer stärkere Spannung und Mißstimmung gegen die Regierung und die Deutschen hineintreiben mußte. Im Abgeordnetenhaus wurden flagrante Beispiele dieses Sprachenkampfes mitgeteilt, der auch eine lebhaft deutsche Erörterung in Broschüren wachrief.

Diese zeigt, wie der Sprachenstreit die Auffassung der öffentlichen Meinung von der polnischen Frage und ihrer Bedeutung für den preussischen Staat erheblich über jene liberale Anschauung der dreißiger und vierziger Jahre hinaus vertiefte. Und bei mancherlei Unklarheit tritt doch jetzt fast überall jene früher ganz vergessene und doch schlechterdings entscheidende Tatsache im Bewußtsein hervor: das Vorhandensein einer sehr erheblichen deutschen Minderheit in der Provinz. Aber natürlich trug diese Erörterung weiter dazu bei, die Kluft zwischen den Nationalitäten zu vertiefen. Dazu half andererseits der polnische Klerus, der jetzt hier wie drüben fast insgesamt als Bundesgenosse der Vorbereitungen zur Revolution tätig war. Der Erzbischof Przyłucki aber sah dem Treiben zu, ohne ihm in erkennbarer Weise entgegenzutreten. So fand die Agitation des Klerus ihren Rückhalt direkt an ihm. Die allgemeine Spannung und Unruhe, die dadurch erregt wurde, gewann auch bald ihre Verknüpfung mit Mieroslawskis Zentralkomitee in Warschau, und bald war Posen nur noch eins der zwei Departements der neu sich bildenden großpolnischen Republik.

Diese vierte Phase der preussischen Polenpolitik ist demnach charakterisiert durch das Ignorieren des nationalen Gegensatzes. Die preussische Regierung betreibt eigentlich gar keine Polenpolitik, es geschieht politisch nichts und die Provinz kommt auch wirtschaftlich nicht recht voran. Die Periode dauert tatsächlich bis 1872/73. Aber mit einem gewissen Recht datiert die polnische Geschichtschreibung die neue Periode bereits vom 24. September 1802 und betrachtet den Eintritt Bismarcks in das Ministerium als eine Epoche auch für die Geschichte des preussischen Polenanteils. Der Aufstand, die Februarkonvention mit Rußland und die darauf erfolgende tagelange Diskussion im preussischen Abgeordnetenhaus veranlaßten Bismarck dazu, sich erneut mit der polnischen Frage zu beschäftigen.

Nach dem Aufstande von 1803 war dann die polnische Frage keine Frage Europas mehr. Was sollte nun werden, wo fanden die Hoffnungen, die doch nicht von heute auf morgen erstorben waren, ihren Halt? Vernichtend spricht ein polnischer Schriftsteller es aus: „Polen selbst hatte die Pflicht gehabt, seinen Staat zu erhalten, und wenn es diese Pflicht nicht erfüllte, so hat es selbst, nicht Europa, die Schuld zu tragen. Das Jahr 1803 war die Krönung des Natio-

nalvernichtungswerkes durch die Nation selbst.“ Die verschiedenen Aufstände hatten nur gezeigt, daß die äußere Selbständigkeit durch Aufstand und Verschwörung nicht wieder hergestellt werden konnte. Begreiflicherweise dauerte es lange, ehe diese Hoffnung sich umbildete zu der Stimmung, die sich nunmehr durchsetzte. Es ist eine bekannte Erzählung, daß Thiers, als er gefragt wurde, was nun die Polen anfangen sollten, da Europa ihre Sache nicht mehr verteidige, darauf antwortete: „Enrichissez-vous“. Tiefer sind die in ähnlicher Richtung gehenden Worte des Grafen Eduard Raczynski: „Werden wir besser, gebildeter und wohlhabender als die Deutschen sein, so werden wir Herren in Posen.“ In diesem Worte ist das Programm einer, wenn man so sagen darf, friedlichen Erneuerung für das Polentum ausgesprochen, die sich unter wenigstens vorläufiger Anerkennung der bestehenden Machtverhältnisse von nun an vollziehen konnte.

Für den preussischen Anteil war im besonderen in den Worten Raczynskis dies Programm der friedlichen Erneuerung ausgesprochen. Natürlich wurde der Gedanke an die Unabhängigkeit dabei nicht aufgegeben. Aber er wird wohl nur gedacht für den Fall, daß Rußland und Preußen in einen Krieg miteinander geraten und dann sich für Polen eine Zukunftsmöglichkeit ergibt. Man beschränkt sich daher darauf, wie es in einer Broschüre der sechziger Jahre heißt, da die Selbständigkeit selbst nicht erhalten werden könne, wenigstens die „Requisiten der staatlichen Existenz“ zu erhalten und zu entwickeln: Sprache, Geschichte, soziale Organisation. Aber wichtiger ist die heimische Arbeit, in der man sich nun ganz von der Emigration loslöst. Das ist die Signatur des preussischen Polentums bis heute geblieben, die es so schwer macht, zu einem klaren Standpunkte diesem gegenüber zu kommen. Auf der einen Seite leben und arbeiten diese Polen mit aller Kraft in dem Staate der Gegenwart, zu dem sie gehören, und auf der anderen Seite bleiben die Hoffnungen auf die Zukunft, die mit der Existenz dieses Staates nicht vereinbar sind, doch noch durchaus lebendig. Daraus ergab sich und ergibt sich für den verantwortlichen Staatsmann Preußens eigentlich die Haltung, wie sie nun Bismarck einnahm, von selbst.

VIII. 1872–1886: I. Phase der Bismarckschen Politik.

Die Polenfrage anders anzufassen als bisher vom Staate geschah, sah sich Bismarck vornehmlich durch den Kulturkampf veranlaßt, dessen polnische Seite für ihn von der größten Bedeutung war. Er war bis dahin mit dem Ausbau des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reiches beschäftigt gewesen und hatte sich, nachdem er jene feste Stellung zum polnischen Aufstande eingenommen hatte, zunächst mit dieser Frage nicht weiter befaßt. Aber er hat es deutlich zurückgewiesen, wenn die polnische Fraktion mit ihren Wünschen auf Sonderstellung Posens kam. Das war der Fall bei der Debatte über den Verfassungsentwurf des Norddeutschen Bundes, in der der Abgeordnete Kantak im Namen der Polen Verwahrung einlegte gegen die Einverleibung ehemals polnischer Landesteile in

Posen. Da hielt am 18. März 1867 Bismarck gegen diesen die erste seiner gewaltigen Polenreden, die uns eigentlich schon das ganze Rüstzeug zum Kampf auch heute noch liefern. Mit einer in dieser Zeit ungewohnten Klarheit und Schärfe wird darin die historische Wahrheit klargestellt: Westpreußen sei altes deutsches Land, und in Posen stehen den 800 000 polnisch Sprechenden 700 000 Deutsche gegenüber. „Den Gedanken der Wiederherstellung der Republik Polen in den Grenzen von 1772 braucht man nur auszuendenken, um sich von seiner Unausführbarkeit zu überzeugen. Es ist eine Unmöglichkeit aus dem einfachen Grunde, weil es dazu nicht Polen genug gibt; es gibt sehr viel weniger Polen in der Welt als man gewöhnlich glaubt.“ Mit großer historischer Kenntnis und mit scharfem staatsmännischen Blick hat danach Bismarck schon damals die Unmöglichkeit der sog. jagellonischen Idee erkannt und ausgesprochen, die ein Polen von Meer zu Meer erstrebte und erstrebt und dabei so viele fremde Nationalitäten umfassen muß — Deutsche, Litauer, Weißrussen, Kleinrussen —, daß sie garnicht im Stande ist, dieses Gebiet national zu beherrschen, vor allem nicht in einer Zeit des erwachenden nationalen Gedankens in den Massen. Diese Idee des sog. historischen Polens — das hat Bismarck in seiner Rede damals schon ausgesprochen — steht mit den Forderungen der anderen Nationalitäten auf dem von ihr beanspruchten Territorium in einem unlösbaren Widerspruch, die von ihr erstrebte Staatsbildung muß schlechterdings eine Utopie bleiben. Und nun der gewaltige und schlagende Schluß dieser Rede, die sich weit erhebt über den unmittelbaren Anlaß des polnischen Protestes. „Die energischsten Anstrengungen — und wer bewundert nicht den Grad von Energie, den der polnische Adel anwendet, um die verlorene Herrschaft wiederzuerlangen? — die energischsten Anstrengungen, die größte Hingebung für gemeinsame Zwecke, die glänzendste Tapferkeit, die einzelne Individuen für diesen Zweck an den Tag legen, alles das reicht nicht hin, um die verlorenen Güter zurückzubringen. Es bleibt das Wort des Dichters wahr: Was du vom Augenblicke ausgeschlagen, bringt keine Ewigkeit zurück.“

Danach beginnt die Politik, die zum Kulturkampfe führte und die für die Polenfrage eingeleitet wird durch den Brief Bismarcks vom 7. Februar 1872 an den Minister des Innern Graf Fritz Eulenburg. Bis dahin ist also von einer aktiven Bismarckschen Polenpolitik nicht die Rede, wenn auch die polnische Darstellung in den 60er Jahren klagt über zu wenig polnische Schulen, über Verdrängung des Polnischen aus den Seminaren und Verfolgung der polnischen Presse seit 1867. Jetzt faßt Bismarck die Frage an der Wurzel. In dem Brief an Fritz Eulenburg verwahrt sich Bismarck gegen die Passivität, mit der der Minister den Gegensatz bisher behandelt hat. Bismarck sagt: „Ich habe das Gefühl, daß auf dem Gebiete unserer polnischen Provinzen der Boden unter uns, wenn er heute noch nicht auffällig wankt, doch so unterhöhlt wird, daß er einbrechen könnte, sobald sich auswärts eine polnisch-katholisch-österreichische Politik entwickelt.“ Er fordert den Minister auf, ihn mehr zu unterstützen, er müsse mit ihm „gegen die seit zehn Jahren prosperierende Unterwühlung der Fundamente des preussischen Staates vorgehen“. Er hat das Ge-

fühl, was durchaus richtig war, daß im Ministerium des Innern (Eulenburg war seit 1862 Minister) die Frage „keiner prinzipiellen, aktiven, aggressiven Behandlung unterliegt“, sondern daß lediglich die einzelnen von hier oder aus dem Lande eingehenden Unregungen abwehrend erledigt würden. Damit ist die Bismarcksche Polenpolitik mit ihrer ersten, auf Schule und Kirche gerichteten Phase gewonnen, und nun ist das Entscheidende, daß diese Politik treffen mußte vor allem die Schicht der Bauern. Diese war immer, wie betont wurde und wie ihre Haltung in den Aufständen gezeigt hatte, loyal gewesen. Auch 1870 hat das V. Korps sich ausgezeichnet geschlagen und hatte Steinmetz die Tapferkeit der polnischen Soldaten gerühmt. Das war ja die Hoffnung der Regierung gewesen, daß die Fürsorge für die Bauern ihre alte Beziehungen zur Schlachta lösen mußte. Eine begründete Vorstellung, wie weit dieses polnische Bauernvolk wirklich loyal geworden war, hatte sicher aber die Regierung an keiner Stelle. Von einer bewußten Loyalität gegen den preußischen Staat kann auch in dieser Masse, die noch im Halbschlummer dahindämmerte, nicht geredet werden. Die Verwaltung hat diese materiell gefördert und sonst in Ruhe gelassen, dafür aber hatte in Wirklichkeit in diesen Massen das Bewußtsein gegen den preußischen Staat erweckt jene Kleinagitation der polnischen Geistlichkeit, die seit Anfang der sechziger Jahre auf das deutlichste zu erkennen ist. Diese hatte den nationalen Gegensatz in den Massen mit dem ganzen Druck der Autorität des Priesters wachgerufen, und so fand die Bismarcksche Kulturkampfpolitik eine polnische Bauernmasse vor, die schon bearbeitet war. Natürlich konnte nun auf diese Bauernmasse die Agitation im Verfolg der Maigesetze usw. sehr leicht wirken. Sodann aber ist es eigentlich ein Zufall, daß gerade, als die Bismarcksche Politik begann, in die polnische Bauernwelt von einem nicht zu ihr Gehörigen der Gedanke der Organisation bewußt hereingetragen wurde. Gerade 1873 hat der schon genannte Jackowski, ein Adliger also, den Grund zu den starken Bauernvereinen und ihrem Verbands gelegt, die neben den Genossenschaften das stärkste Rückgrat der polnischen Demokratie von heute geworden sind, und Jackowski, der selbst der Patron dieses Verbandes war, wird von den Polen deshalb gefeiert wie Schulze-Dehligsch oder Raiffeisen bei den Deutschen.

Es ist keine Frage, daß diese Organisation der polnischen Bauernwelt erst nach Jahren wirksam werden konnte, aber ebenso richtig ist, daß diese doch versucht hat, nun die Opposition gegen die Bismarcksche Politik rascher bewußt zu machen. Diese griff also in ihrer ersten Phase nur auf das Gebiet von Schule und Kirche über. Man will den Einfluß des polnischen Klerus auf die Bauernschaft beseitigen und hatte daher zunächst jene Instruktion von 1842 zu bekämpfen. In einer großen Rede vom 9. Februar 1872 setzte Bismarck das alles auseinander. Man ging von der staatlichen Schulaufsicht aus, die Ernennung der Kreis Schulinspektoren sollte ein Recht des Staates werden. Man konnte doch nicht auf das in der Verfassung zugesagte allgemeine Schulgesetz warten und so kam ein Sondergesetz für die Provinz heraus. Bismarck führte aus, daß die polnische Geistlichkeit ihr Vorrecht auf die Schulaufsicht benützt hatte, um die lernende Jugend zu polonisieren

oder um sie am Deutschwerden zu hindern. Die deutsche Sprache sei darum vernachlässigt und zurückgedrängt worden. Dabei betont Bismarck, daß man die Bestrebungen des Adels noch lange hätte mit ansehen können, daß aber die Parteinahme der Geistlichen den preussischen Staat zum Vorgehen zwingt. 100 Jahre hätte man damit gewartet. Jetzt müßte man bewusst vorgehen, damit die Polen deutsch lernten. Damit war vom Ministerpräsidenten ein aggressives Vorgehen angekündigt; zugunsten der deutschen Sprache in Posen wird die Ostmarkenpolitik des preussischen Staates einen grundsätzlichen Schritt weitergeführt.

Schon vorher war 1871 die katholische Abteilung des Kultusministeriums aufgehoben worden. Dann wurde am 11. März 1872 das Gesetz über die staatliche Schulaufsicht erlassen, das auch für die Provinz Posen in Frage kam. Seitdem ist hier die geistliche Schulaufsicht beseitigt und die Aufsicht auf die Schule ausschließlich in den Händen des Staates. Noch schärfer waren die beiden Erlasse, die 1872 und 1875 folgten, der erste, der bestimmte, daß in den höheren Lehranstalten der Religionsunterricht zu behandeln sei wie die übrigen Lehrgegenstände, und der zweite, eine Oberpräsidialverordnung: In den polnischen Volksschulen ist die Unterrichtssprache deutsch, mit Ausnahme des Religionsunterrichtes und des Kirchengesanges. Ein langsamer Übergang auch in diesen Fächern sollte stattfinden, und für den Religionsunterricht gilt die Maßgabe, daß dieser in der Muttersprache zu erteilen sei, daß aber die deutsche Sprache in der Mittel- und Oberstufe einzutreten habe, wenn genügend Kenntnis in dieser Sprache nach Urteil der Behörden vorhanden sei. Das ist die Oberpräsidialverordnung, die im Herbst 1900 die Grundlage wurde für den Schulstreik.

Mit diesen beiden Maßnahmen, deren Zweck deutlich ist, den Klerus aus der Schule herauszudrängen und deutsch zur Schulsprache zu machen, beginnt der „Schulkrieg“. Damit kam der Staat unmittelbar an den Bauern heran und regte das untere Volk gegen sich auf, wobei die Geistlichkeit selbstverständlich mit der größten Tatkraft mithalf. Es ist keine Frage, daß vor allem dieses Vorgehen und ferner die weiteren Maßnahmen der ganzen Maigesetzgebung auch den polnischen Bauern des preussischen Anteils zum Denken erweckten. Natürlich kämpfte die Geistlichkeit, der Erzbischof Ledochowski voran, erbittert gegen dieses ganze System. Es ist gewiß hart gewesen, aber man kann kaum bestreiten, daß der Angriff gegen die polnische Geistlichkeit im Interesse der Förderung der deutschen Sprache notwendig war. Der Abschluß dieser ganzen Gesetzgebung war dann im Jahre 1887 das Gesetz vom 7. September dieses Jahres, das den polnischen Sprachunterricht in Posen und Westpreußen beseitigte; die dadurch gewonnene freie Lehrzeit war für den deutschen Unterricht zu verwenden. Der Minister von Gösler gab dafür die grundsätzliche Erklärung ab: Man wolle die preussischen Untertanen polnischer Muttersprache mit der deutschen vertrauter machen, hierdurch sie aus ihrer Isolierung befreien und sie befähigen, an dem öffentlichen und wirtschaftlichen Leben des preussischen Staates und des Deutschen Reiches, mehr als gegenwärtig der Fall ist, teilzunehmen. Wichtig für das Gelingen dieser ganzen Politik war, daß jetzt ein Deutscher auf dem Erzbischofs-

stuhl saß, der erste Deutsche wieder seit dem Bischof Jordan, der bei der Gründung des Bistums Bischof geworden war. Erzbischof Dinder gab zu, daß der Religionsunterricht in allen Klassen der höheren Lehranstalten deutsch erteilt werden sollte, die Verwendung des Polnischen war nur in den unteren Klassen zur Vermittlung des Verständnisses gestattet.

Die Beendigung des Kulturkampfes hat für die polnischen Gebietsteile die Beseitigung der Maigesetze auch gebracht, dagegen nicht dieser Schulpolitik, die Bismarck als die erste Phase seiner Polenpolitik inaugurirt hatte.

IX. 1880—1890: Zweite Phase der Bismarckschen Politik.

In den 80er Jahren spürte man schon da und dort, daß sich der Grundcharakter des polnischen Volkes im preussischen Anteil zu ändern begann. Es ist doch schon zu erkennen, wie die Entwicklung zur Demokratie deutlich wird; man erlebte z. B. bei den Reichstagswahlen eine demokratische Bewegung gegen die vom Adel und Klerus geführte Parlamentsfraktion. Man mußte auf der deutschen Seite in der ersten Hälfte der 80er Jahre sehen, daß die Leute nicht mehr deutsch wurden, sondern immer polnischer. Man mußte noch schmerzlicher sehen, wie die Rede des Ministers von Puttkamer zu den Ausweisungen darlegte, daß die Polen in den Bezirken Posen und Bromberg 1871—80 um 10%, die Deutschen im Bromberger Bezirk um 7% und im Posener Bezirk gar nur um 1,9% zugenommen hatten. Man begann also in der Mitte der achtziger Jahre zu merken, daß die in den sechziger Jahren begonnene Abwanderung der Deutschen, verbunden mit der Beruhigung und inneren Erstarfung der Polen, das Verhältnis der Nationalitäten im deutschen Sinne höchst ungünstig verschob. Auf Bismarck wirkte ja dieses vielleicht noch nicht so sehr, als einmal der Gesichtspunkt der inneren Politik, der Eindruck eines polnischen Republikanismus, in dem ausländische Polen tätig waren; Bismarck hatte darauf schon in dem Briefe an Eulenburg hingewiesen. Und dann der der auswärtigen Politik, die damals mit einem Zweifrontenkriege zu rechnen hatte. Es kam dabei doch besonders darauf an, daß man der östlichen Provinzen unbedingt sicher war. Bismarck hatte aber Grund zu fürchten, daß Preußen dessen wegen seiner polnischen Untertanen eben nicht so unbedingt sicher war, und so beginnt er aus diesem Zusammenhange heraus die zweite Phase seiner polnischen Politik, die zunächst negativ vorgeht mit der Ausweisung ausländischer Polen und positiv mit der Begründung des Ansiedlungswerkes.

Die Entstehung und Tätigkeit dieses großen Werkes sind an anderer Stelle dieses Werkes ausführlich besprochen. Was Bismarck damit wollte, hat er in der großen Rede vom 28. Januar 1880 für alle Zeit schlagend klar ausgesprochen. Er gab der Überzeugung Ausdruck, daß in den Grundsätzen der Regierung in den ehemals polnischen Landsteilen, wie sie seit 1840 befolgt würden, eine Änderung notwendig sei. Man habe die Erbschaft übernommen, sich mit den zwei Millionen polnischer Untertanen „einzuleben“, eine Lage, die nicht von Preußen geschaffen sei. Die Grenze von 1815 kann nicht aufgegeben werden. Aber — das ist das oft

Landes-Ökonomierat
Hermann Kennemann-Klenka



Gestorben am 11. April 1910.

Kittergutsbesitzer Dr. Serdinand
von Hansemann-Pempowo



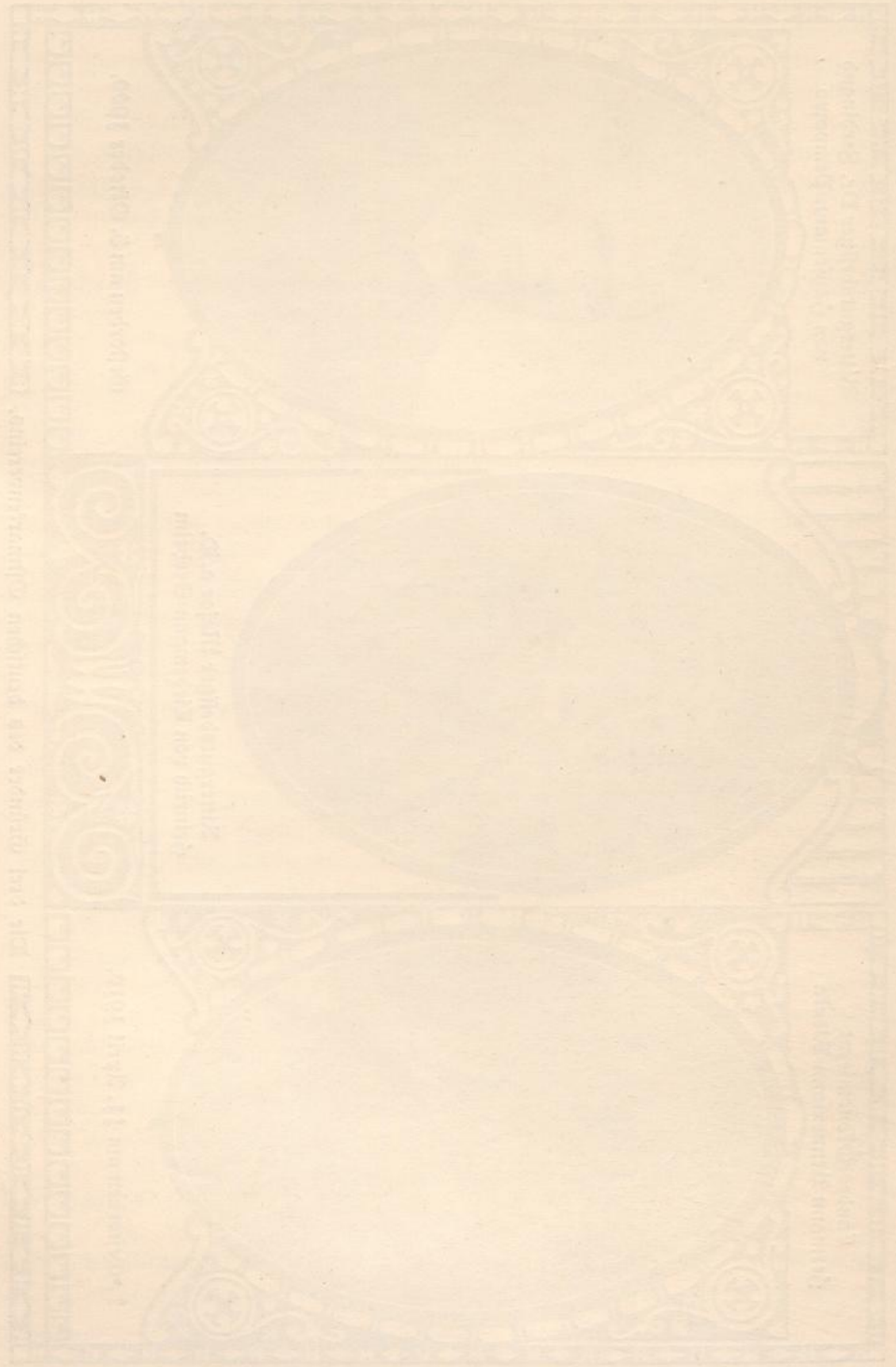
Gestorben am 3. Oktober 1900.

Kittergutsbesitzer Major a. D.
Heinrich von Tiedemann-Seehelm



Die drei Gründer des deutschen Ostmarkenvereins.

Die deutsche Ostmark



zitierte und auf der polnischen Seite immer mit Wut gehörte Wort —: „Die Polen erkennen ihre Zugehörigkeit zu Preußen nur auf Kündigung an.“ Daher ist die Hauptsache, „die Verhältniszahl zwischen der polnischen und der deutschen Bevölkerung möglichst zu bessern zum Vorteil der Deutschen, um wie der General Grolman 1832 sagte, sichere Leute, die am preussischen Staat festhalten, in jener Provinz zu gewinnen.“ Die Mittel dazu sind Ausweisung der fremden Polen und die Vermehrung der deutschen Bevölkerung. Die Maßnahmen richten sich gegen den polnischen Adel. Bismarck geht dabei so weit, die Anwendung der Enteignung aus diesem Grunde wenigstens bedingt in Aussicht zu stellen. Es muß zum Stottwellschen System zurückgekehrt werden; Güter, die freiwillig zum Verkauf kämen, können aufgeteilt werden, und ebenso Domänen verwendet werden, um Deutsche darauf anzusiedeln. Durchgeführt werden sollte diese Maßnahme durch eine Immediatkommission. Die Regierung forderte deshalb einen Kredit zum Ankauf von Gütern, die wahrscheinlich auch aus deutscher Hand kommen würden, und zur Ansiedlung deutscher Bauern, zur zahlenmäßigen Vermehrung des deutschen Elements.

So kam praktisch das Gesetz vom 20. April 1880 heraus, das der Regierung 100 Millionen Mark zur Verfügung stellte, und mit dem dies große Werk, das für die Lösung der Polenfrage von entscheidender Bedeutung ist, nun begonnen wurde. Und damit hat auch der erbitterte Kampf um den Boden begonnen, dessen Einzelheiten immer deutlicher wurden und hier als bekannt vorausgesetzt werden können.

Die Bismarcksche Polenpolitik ist somit zunächst eine Politik der Repression durch das Mittel der Ausweisungen, dann eine Politik der Sprache und Schule, und schließlich eine solche der wirtschaftlichen Arbeit, die diese Lande, indem sie hart eingriff, doch zugleich auch systematisch und positiv ungemein förderte. Der Unterschied gegen die Politik Stottwells liegt ohne weiteres auf der Hand. Der Gesichtspunkt, daß deutsche Bauern in die Provinz gebracht werden müßten, um die Verhältniszahl der Nationalitäten günstig zu gestalten, ist gegenüber Stottwells Politik neu, und neu ist auch, daß die Wohlfahrtspolitik für diese Provinzen in den Dienst der Förderung des deutschen Elementes gestellt wird, weil das polnische nach den Äußerungen seiner Vertreter nicht die Garantie bietet, die der Staat im Osten der Monarchie fordern muß. Bismarck schließt sich mit seiner Politik an Friedrich den Großen an, wenn er natürlich auch entsprechend der Verschärfung des Nationalgedankens den nationalen Gegensatz viel deutlicher und namentlich bewußter betonen mußte, als Friedrich der Große dies tat. Die Lücken sind ebenfalls offensichtlich. Es ist in der ganzen Aktion weder von den Städten die Rede, die ebenso wie das Land durch den nationalen Gegensatz berührt waren, noch namentlich von dem Deutschtum, das aus der früheren Kolonisationszeit hier im Lande bereits vorhanden war und an das diese Neuarbeit hätte anknüpfen müssen. Aber sonst ist es in gewissem Sinne richtig, wenn die Polen diese Frage der Bismarckschen Polenpolitik auffassen als eine erneute Aufnahme eines Kampfes, der seit dem 10. Jahrhundert geht.

Wenn wir hier noch einen Blick werfen auf die Lage des deutschen Elementes bis zur Mitte der achtziger Jahre, so ist nochmals hervorzuheben, daß bis Ende der sechziger Jahre die protestantische deutsche Bevölkerung im Vordringen ist, während die katholisch-polnische und besonders die jüdische im Rückgange ist. Die Folgen der neuen wirtschaftlichen Gesetzgebung, der Begründung des Reiches und der Gründerzeit bewirken dann zusammen mit der inneren Erstarfung des Polentums die Verschiebung innerhalb der Nationalitäten, gegen die sich die Bismarcksche Politik richten wollte. An der sozialen Gliederung wurde damit wesentlich noch nichts geändert. Der Großgrundbesitz war zur größeren Hälfte in deutscher, zur kleineren Hälfte in polnischer Hand, der mittlere und kleine Besitz war in der Hauptsache polnisch. In den Städten war die obere und auch die Mittelschicht deutsch und jüdisch, während ein polnischer städtischer Mittelstand erst im Entstehen ist und nur die untersten Schichten, Arbeiter, Dienstboten u. dgl. polnisch waren.

X. Seit 1890.

I.: 1890—1894.

Mit der Ernennung des Grafen Caprivi zum Nachfolger Bismarcks trat eine völlige Schwenkung in der preussischen Polenpolitik ein, die bis 1894 andauerte hat. Die Gründe dafür lagen wohl vornehmlich in der Parteigestaltung des deutschen Reichstages. Die Polen hatten 1890 drei neue Mandate erworben und da kam dem verantwortlichen Staatsmann der Gedanke, die polnische Fraktion auszuspielen gegen das immer stärker werdende Zentrum, wozu begreiflicherweise nötig war, die Polen zu gewinnen. Eine mildere Behandlung setzte darum auch sogleich ein. Die Ernennung des Freiherrn von Wilamowitz-Möllendorff zum Oberpräsidenten der Provinz Posen im Jahre 1890 wurde als ein Akt der Freundlichkeit von den Polen aufgenommen. Als im nächsten Jahr die Kaiserin Friedrich zum Besuch ihres Husarenregiments nach Posen kam, wurde sie auch von den polnischen Vereinen begrüßt. Die Fraktion hörte dafür mit ihren Protesten auf, die allerdings überhaupt schon etwas überlebt und veraltet erschienen; wer hatte denn auf der polnischen Seite wirklich eine Vorstellung von den Wiener Verträgen, auf die man sich immer wieder berief? In der Fraktion wurde der maßgebende Mann Herr von Koscielski auf Miłosław außerhalb, und in Posen der Erzbischof von Stablewski, in dessen Ernennung am 30. Dezember 1892 die Regierung eingewilligt hatte. Das war schon das zweite Zugeständnis. Das erste war gewesen der Erlaß des Kultusministers Grafen Jędliż vom 11. April 1891, der die Erteilung des polnischen Privatunterrichts in den Schulräumen und die Ersetzung des Deutschen durch das Polnische beim Religionsunterricht wieder gestattete. Dazu war die Bestimmung getreten, die im Widerspruch mit der Oberpräsidialverfügung von 1873 gestattete, daß Eltern ihre schulpflichtigen Kinder an einem in der Gemeinde zugelassenen Privatunterricht im Polnischen teilnehmen lassen dürften, wie sie es für richtig hielten. Dann erließ der nächste Kultusminister Bosse am 16. März 1894 eine

Verfügung, die den polnischen Lese- und Schreibunterricht zur Unterstützung des Religionsunterrichts in den Volksschulen der Provinz wieder einführt, und beseitigte damit das Reskript vom Jahre 1887. Das waren die Zugeständnisse auf dem Gebiete von Schule und Sprache.

Außer einer Veränderung in der Ausweisungspraxis 1891 waren die beiden weiteren wichtigen Zugeständnisse eben die Ernennung Stablewskis und sodann die Erfolge der Polen auf wirtschaftspolitischem Gebiete. 1890 war Bischof Dinder gestorben. Das Kapitel wählte Florian v. Stablewski, der Ende der siebziger Jahre im Kulturkampf in heftigem Konflikt mit der Regierung gestanden hatte. Die Regierung bestätigte diese Besetzung des bischöflichen Stuhles in der Erwartung, daß sie, wie es die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ausdrückte, „nicht unerheblich dazu beitragen werde, die Bande zu befestigen, welche die polnischen Landesteile mit dem engeren preussischen und weiter mit dem deutschen Vaterlande verknüpfen“. Diese Erwartung ist vollständig enttäuscht worden. Noch wichtiger waren die beiden Erfolge auf wirtschaftlichem Gebiete. Einmal waren die beiden Rentenguts Gesetze ergangen, und in der Ausführung dieser Gesetze vollzog sich eine Annäherung der Generalkommission in Bromberg an die polnische Landbank, die mit ihrer Rettungsaktion für den polnischen Adel rettungslos festgefahren war, die aber nun als „Vermittlerin zwischen der Aktion der Generalkommission und dem Privatunternehmen“ dienen sollte. Durch die gemeinsame Arbeit der polnischen Bank mit der Generalkommission ist die erstere wirtschaftlich wieder flott geworden. Sie setzte gemeinsam mit der Generalkommission Rentengutsinhaber ein, natürlich Polen, während in derselben Provinz auf demselben Wege die Ansiedlungskommission arbeitete, den deutschen bäuerlichen Besitz zu vermehren. Die Kontrolle der Generalkommission, die die polnische Bank damit auf sich nahm, besagte nichts gegenüber dem wirtschaftlichen und nationalen Vorteil, den ihr diese gemeinsame Arbeit bot. Bis 1894 ist diese sonderbare Verbindung mit dem polnischen Kampfinsitut gegangen, die die Arbeit der Ansiedlungskommission direkt kontrekarierte. Einen noch größeren Erfolg trugen die Polen davon auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens. Das Genossenschaftsgesetz bestimmte die Unterwerfung der Genossenschaften unter Revisoren, doch konnte der Handelsminister einzelnen Genossenschaftsverbänden das Recht verleihen, eigene Revisoren zu bestellen. Dieses Recht ist 1892 auch dem polnischen Genossenschaftsverband für Posen und Westpreußen erteilt worden, und dadurch konnte sich das polnische Finanzwesen als juristische Einheit abschließen und von der Kontrolle der Behörden unabhängig machen.

Wie verhielt es sich nun gegenüber diesen Zugeständnissen der Regierung mit der Haltung der Polen? Wenn man dafür lediglich die Haltung der Fraktion heranzog, so hatte sich die Regierung allerdings in ihrer Erwartung nicht getäuscht. Die Militärvorlage von 1890 und vor allem das Interesse der Polen im April 1892 für die Marine waren Zeichen dafür, daß diese Versöhnungspolitik der Regierung auch eine friedlichere Haltung der Polen herbeiführe. Der Träger der Versöhnungsaktion auf polnischer Seite, Herr von Koscielski, stand

auf der Höhe seines Einflusses als der Mittelsmann zwischen der Regierung und den polnischen Untertanen des Landes. Aber die demokratische Entwicklung des letzten Menschenalters zeigte rasch, daß Koscielskis Politik in den polnischen Massen in keiner Weise populär war; der Gegensatz trat mehr und mehr hervor, der herkömmlicherweise mit den Schlagworten Hofpartei und Volkspartei ausgedrückt wird. Das Gefühl kommt bei den Massen zum Durchbruch, daß die Führung durch eine kleine Gruppe von Magnaten und Geistlichen nicht mehr recht in die Zeit passe. Das zeigte sich in der Stadt Posen am ehesten, in der die neu-entstehenden Strömungen mit den politischen Richtungen der vorhergehenden Zeit immer am schärfsten zusammenprallen. Die bisher errungenen Erfolge waren der Agitation in der Heimat auch nicht erheblich genug. Was man zunächst wollte, war die Beherrschung der Volksschule durch die polnische Unterrichtssprache und die Aufhebung der Ansiedlungskommission. Nun kam 1893 die neue Militärvorlage. Der Reichstag wurde aufgelöst, die Polen kehrten im Besitz von 19 Mandaten zurück und stimmten bei der entscheidenden Abstimmung für die Vorlage. Da diese mit 201 gegen 185 Stimmen angenommen wurde, hatte tatsächlich die polnische Fraktion die Annahme entschieden; nur ein polnischer Abgeordneter hatte sich der Stimme enthalten. Begreiflicherweise machte diese Abstimmung in deutschen und polnischen Kreisen einen ungeheuren Eindruck. In einer zweifellos im höchsten Grade wichtigen nationalen Angelegenheit hatten die Polen die Entscheidung im Sinne der Regierung und der nationalen Parteien gegeben. Um so größer war die Enttäuschung bei den polnischen Wählern, als nun die Belohnung in irgend einem größeren Zugeständnis der Regierung ausblieb. Sofort zeigte sich, daß die Stellung des Adels nicht mehr fest genug war. Ein erbitterter Kampf zwischen der sogenannten Hof- oder Versöhnungspartei und der volksparteilichen Richtung brach los. Noch hielt die Fraktion die Zügel in der Hand. Man beteiligte sich an der Beratung über Flottenfragen; damals wurde Koscielski mit dem Spitznamen Admiralski belegt. Aber gerade daran kam es zum Bruch. Er hatte erklärt, daß die Polenfraktion einer Forderung der Regierung zustimmen werde. Im März 1894 erschien aber bei der Abstimmung der größte Teil seiner Partei nicht, und die anderen verließen den Saal. Koscielski beantwortete diese offenkundige Erklärung, daß er das Vertrauen verloren habe, mit der Niederlegung seines Mandats und hielt am 17. September desselben Jahres in Lemberg die Rede gegen die preussische Regierung, die den Anlaß zu einer neuen Schwenkung der Regierung gab. Die Versöhnungsära war damit zu Ende, sie hatte in der Masse nirgends eine wirkliche Stütze gefunden und ist abermals für die preussische Regierung mit voller Enttäuschung und Niederlage ausgegangen.

2.: 1894—1902.

Am 17. September hielt Herr v. Koscielski die Rede in Lemberg, mit der die neue nun bis 1911 gehende Periode der preussischen Ostmarkenpolitik eingeleitet wurde. Er sprach da von Linien auf dem Körper seines Volkes, die die Einheit gleichwohl nicht vernichten könnten; später behauptete er freilich, damit nur die ethnographische

Einheit gemeint zu haben. Als diese Rede gehalten wurde, wurde sie jedenfalls wie eine Kriegserklärung der Polen an die Regierung aufgefaßt und als die Bezeugung eines Zusammenhanges, der den einzelnen Staaten gefährlich werden konnte. Die Antwort war darauf die Rede des deutschen Kaisers in Thorn: „Es ist zu meiner Kenntnis gekommen, daß die polnischen Mitbewohner sich hier nicht so verhalten, wie man es hoffen und wünschen muß. Mögen sie wissen, daß sie nur dann zählen können auf mein Mitgefühl und Gnade gleich mit den Deutschen, wenn sie vorbehaltlos als preussische Untertanen auftreten.“ Schon vorher hatte er sich in Marienburg in ähnlicher Weise scharf ausgesprochen. Ebenso ertönte die Stimme des alten Reichskanzlers aus Varzin, die zur Wacht an der Warthe und Weichsel aufrief. Aus der Stimmung, die die Versöhnungspolitik in Posen und Westpreußen unter den Deutschen erzeugt hatte, heraus kam man dort zu dem Entschlusse, in einer großen Besuchsfahrt beim Fürsten Bismarck sich Rats und Aufmunterung zu erholen. Das Ergebnis dieser Huldigungsfahrt der Posener und Westpreußen nach Varzin war am 28. September 1894 die Begründung des deutschen Ostmarkenvereins.^{*)} Damit war wieder die Kampfstellung in den Provinzen hergestellt, die bis 1890 gegolten hatte. Man war doch zu der Überzeugung gekommen, daß sich vielleicht die aristokratische Führungsschicht der Polen dem Staate gegenüber versöhnlich stellen könnte, sicher aber nicht die Geistlichkeit und noch weniger die Masse des Mittelstandes, der Handwerker, Kaufleute und Bauern, die sich immer mehr organisierten und in denen die Führer dieser Organisationen immer mehr das Heft in die Hand bekamen gegenüber der alten Führung des Adels und der Geistlichkeit. Besonders die Haltung der polnischen Presse zeigte, wie die ganze polnische Bewegung immer bewußter demokratisch wurde. Das Mittel des Boykotts wurde stärker und stärker angebahnt. Noch mehr mußte Bedenken erregen, daß im Jahre 1900 durch den Hochverratsprozeß gegen den Polen Leitgeber aus Ostrowo die Tatsache des polnischen Nationalsehers bekannt wurde, der von den Polen gesammelt wird zur Vorbereitung für einen bewaffneten Aufstand. Im Februar desselben Jahres trat auch das Komitee der „Nationalliga“ aus der Verborgenheit hervor, die die aktiven politischen Kräfte aus dem polnischen Volke zum unausgesetzten systematischen Kampfe um die Rechte der Nation erziehen will und als ihr Ziel offen aussprach „das einige freie und unabhängige Polen.“

Die Regierung hatte zunächst mancherlei rückgängig zu machen, was in der Zeit der Versöhnung an Zugeständnissen gewährt worden war. Im Schoße der Staatsregierung wurden diese Gedanken, vor allem wohl durch den Einfluß Miquels und danach durch das Interesse, das der neue Reichskanzler von Bülow daran nahm, dann weitergeführt. Miquel ist wohl der erste gewesen, der einsah, daß die Siedlungspolitik allein nicht ausreichte und daß eine Förderung der

^{*)} Aus den Anfangsbuchstaben der drei Begründer des Vereines, v. Jansemann (†), Kennemann († 1910), v. Tiedemann, hat die polnische Presse das Wort „Sakatismus“ und „Sakatism“ gebildet, das, wie oft dergleichen Bezeichnungen, als Schimpfwort gedacht und gebraucht, zu einem Kampfs- und Ehrennamen geworden ist.

Städte hinzukommen müßte. Auf Miquels Anregung erschienen im November und Dezember 1900 eine Reihe Artikel mit dem Titel „Die polnische Gefahr“ in der amtlichen Berliner Korrespondenz. Sie gingen aus von dem Anwachsen der Polen seit 1890 und von der Tatsache, daß die Polen immer mehr zum Bewußtsein ihrer selbst gekommen seien, nicht nur im Innern ihrer Landesteile, sondern auch in Masuren und Schlesien, daß sie wirtschaftlich erstarbt seien, daß sie in Beziehungen mit dem Ausland stünden und die Haltung ihrer Presse und ihrer Agitation für den preussischen Staat gefährlich zu werden begann. Aus diesen Erwägungen heraus ist dann die Rede des Ministerpräsidenten vom 15. Januar 1902 im Landtag gehalten worden.

5.: 1902 — 1911.

Diese Rede zieht die Summe aus den Erfahrungen eines Jahrhunderts in der Polenpolitik des preussischen Staates. Nach den vielerlei gemachten Versuchen ist diese bei dem systematischen Programm angekommen, das in dieser Rede niedergelegt ist und nun alle Seiten des Nationalitätenkampfes außer der von Sprache und Schule umfaßt. Es sind folgende Punkte: Fortgang der deutschen Ansiedlung — Erhaltung des bestehenden Deutschtums — Förderung der Städte und des Gewerbes verbunden mit der Frage der Industrialisierung der beiden Provinzen — Förderung der selbständigen Arbeit und des Zusammenschlusses des Deutschtums — Hebung des deutschen geistigen Lebens. So ist das ein ganzes Programm einer Wirtschafts- und Wohlfahrtspolitik, das die von Polen bewohnten Gebiete des preussischen Staates auf das Niveau seiner anderen Provinzen heben und mit diesen immer fester verbinden will. Es hat eine gegen die Polen feindliche Spitze nur so lange und so weit, als die Bestrebungen der Polen auf Wiederherstellung ihrer Selbständigkeit weitergehen. Aber, wie bei der Frage der Enteignung im Jahre 1907 ausdrücklich betont worden ist, wird diese antipolnische Politik sofort gegen die Polen entgegenkommender werden können, sobald die Regierung die Sicherheit hat, daß eine begründete Besorgnis vor diesen Selbständigkeitsbestrebungen nicht mehr vorliegt. Wenn ein *modus vivendi* zwischen den beiden Nationalitäten, der gefunden werden muß, gefunden werden soll, so, das wurde von dem Ministerpräsidenten betont, müssen jene äußeren Requisiten der nationalen Existenz aufgegeben werden, die in der Seele des Polen immer noch den Traum eines selbständigen Polens wach erhalten und die die deutsche öffentliche Meinung, wie die Regierung immer mißtrauisch und stutzig machen müssen.

Die Maßnahmen, die im Verfolg dieser Rede getroffen worden sind, sind die folgenden bekannten: 1902 wurde der Fonds der Ansiedlungskommission um weitere 150 Millionen Mark vermehrt. 1904 wurde eine Novelle zum Ansiedlungsgesetz erlassen, die die sehr gefährlich gewordene Kleinparzellierung z. T. unmöglich gemacht hat. In demselben Jahre ist die deutsche Mittelstandskasse und 1906 die Bauernbank in Danzig begründet worden, beides Kreditinstitute mit dem Zweck, vorhandenes deutsches Bauernland durch Regulierung seiner Hypotheken zu sichern und das Land in der deutschen Hand dauernd zu erhalten.

Seit 1903 begann eine Politik für die städtischen Gewerbe und wurde namentlich in Westpreußen durch die Tätigkeit des Oberpräsidenten von Gossler versucht, auch die Industrie in diesen agrarischen Provinzen heimisch zu machen. 1907 ist für die städtischen Hausbesitzer beider Provinzen eine Kreditanstalt begründet worden, die entsprechend wie die beiden genannten Bauerninstitute für den städtischen Mittelstand arbeiten sollte. Da es sich im weiteren Verlauf der Siedlungstätigkeit als unmöglich erwies, das nötige Land im freien Verkehr zu erwerben, wurde im Jahre 1908 der Ansiedlungskommission durch Gesetz das Recht verliehen, das Land im Wege der Enteignung zu erwerben und damit auch den großen polnischen Besitz heranzuziehen zu der Stellung von Land für die deutsche Bauernkolonisation. Außerdem wurde in demselben Jahre der Fonds der Kommission abermals neu aufgeschüttet und Mittel bereitgestellt zum Ankauf von Domänen und zur Regulierung auch des größeren Besitzes. Die Bemühungen, das vorhandene Deutschtum zusammenzuschließen und geistig zu fördern, konnten natürlich nicht so durch einzelne gesetzgeberische Maßnahmen ausgedrückt werden. Aber die Forderung, diese Provinzen auch in einen möglichst engen geistigen Zusammenhang mit den anderen Provinzen zu bringen, ist 1903 durch die Gründung der Akademie in Posen und 1904 durch die Gründung der technischen Hochschule in Danzig wenigstens einigermaßen verwirklicht worden.

In dieser großen, systematischen Arbeit, die für die Provinz Posen von 1903 bis 1911 getragen wurde durch den Oberpräsidenten von Waldow, tritt nun allmählich auch das Deutschtum in einem geschlossenen Wirtschafts- und Kultursystem dem „polnischen Gemeinwesen“ gegenüber. Dieses hat die Abschließung, die bewußte Ablehnung des Zusammengehens und Verschmelzens mit der andern Seite begonnen und führt sie durch Boykott und Organisation verschiedenster Art energisch dem Abschlusse zu. Dem Deutschtum bleibt dann, will es nicht untergepflügt werden, einfach nichts anderes übrig, als mit allen Mitteln, eigenen und staatlichen, einen gleichen Abschluß anzustreben. Es hat sich dabei bis in die Gegenwart hinein lediglich in der Defensive befunden. Die Statistik zeigte bis 1900, daß die Zahl der evangelischen und jüdischen Bevölkerung immer mehr zurückging. Dabei ist die Zunahme der polnischen Bevölkerung nicht durch Einwanderung erfolgt, sondern beruht auf der natürlichen, die deutsche übertreffenden Zunahme, die erst in der Gegenwart im Tempo sich der deutschen etwas angeglichen hat. In dieser Tatsache ist die innere Entwicklung des polnischen Volkes, soweit Posen und Westpreußen in Frage kommen, am besten gekennzeichnet. Seit 1803 hat es einen starken Ueberlaß nicht mehr erfahren, ist innerlich gesunder und hat die natürlichen Kräfte des niedrig stehenden Volkes gegenüber dem Volke einer älteren Kultur betätigt. Das allmähliche Aufsteigen aber von den unteren Schichten in die oberen hat auch auf diesem Gebiete bei den Polen gewirkt. Wenn im Durchschnitt des preussischen Staates die Deutschen von 1890 bis 1905 um 24,0%, die Polen um 24,7% zugenommen haben, so beweist das, daß auch die Polen in dieser Beziehung in die Stelle eines Volkes älterer Kultur einrücken.

Dieses polnische Volk hat sich nun auf das stärkste organisiert. Kaum irgendwo treibt die „Vereinsmeierei“ solche Blüten, wie im polnischen Volke, nirgendwo dient alle Vereinsarbeit so sehr einem bestimmten, dem nationalen Ziele der Wiederaufrichtung eines eigenen Staates. Das zeigt sich besonders auf dem genossenschaftlichen Gebiete, wo der Verband der Genossenschaften und die Verbandsbank sich so außerordentlich entwickelten. Dieses ganze große System verdankt seinen Ausbau vor allem dem Patron, der seit 1892 an der Spitze des Genossenschaftsverbandes stand, aber schon seit 1872 darin arbeitete, dem 1910 verstorbenen Propste Wawrzyniak. Er hat das Genossenschaftswesen, obwohl daraus alle Politik verbannt ist, zu einer politischen Macht des polnischen Bauernturns gemacht, die ergänzend neben die Bauernvereine tritt. Neben ihm ist zu nennen der Leiter der Verbandsbank Kuszetelan, der dieses Institut zur polnischen Zentralbank gemacht hat und unter dessen Leitung es auch in wertvolle Beziehungen zum deutschen Geldmarkt eingetreten ist. Ohne die letzteren und ohne die direkte Unterstützung des deutschen Kapitals wäre überhaupt die wirtschaftliche Entfaltung der Polen nicht denkbar gewesen. Diese ganze genossenschaftliche Entwicklung ist gewissermaßen die Krone einer durch zwei Menschenalter hindurchgehenden Aufwärtsbewegung des polnischen Bauern. Er ist im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ein völlig anderer Mensch geworden und stellt so heute das Hauptkontingent für die bewusste nationalpolnische Demokratie.

Dieser bäuerliche Mittelstand ist weiterhin verstärkt und ergänzt worden durch die Kleinsiedelung. In dem Kampf um den Boden haben sich auf diesem Gebiete die Polen den Deutschen als überlegen gezeigt, der bedürfnislosere Pole, der als Sachsengänger sein Geld verdient, kann zu viel niedrigeren Bedingungen als Kleinsiedler leben als der Deutsche, der doch immer besser existieren will. So viele Polen in die industrielle Arbeit gegangen sind, so wenig hat das den Hunger nach Land gemindert, im Gegenteil: was im Westen verdient worden ist, ist vor allem dazu verwandt worden, in der Heimat ein Stück Land zu kaufen, auf dem die anderen Angehörigen dann wenigstens vegetieren. Die polnischen Parzellierungsgenossenschaften und Banken haben diesen Prozeß gefördert, sehr oft mit weitgehendster Ausaugung des kleinen Mannes, der in seinem Landhunger bereit war, geradezu unsinnige Preise dafür zu zahlen. So sind über 200 000 solcher Zwergwirtschaften in beiden Provinzen entstanden, und erst die Novelle zum Ansiedlungsgesetz im Jahre 1904 hat diesen Prozeß sehr stark eingeengt und teilweise unmöglich gemacht, der zu einem Teil den Augen der deutschen Siedlungsarbeit wieder aufhob.

Die Entwicklung des städtischen Mittelstandes auf der polnischen Seite ist dagegen nicht so schnell gegangen. Immerhin ist seit Anfang der 80er Jahre die wirtschaftliche Depression, die seit 1873 anhielt, überwunden worden und die polnischen Gewerbevereine haben 1895 endlich die Gründung eines Verbandes erreicht. Die Organisation des Gewerbes kann aber noch bei weitem nicht mit der des Landes verglichen werden. Vor allem fehlt noch so gut wie ganz die Anwendung des genossenschaftlichen Gedankens. Aber gegenüber dieser entstehenden

polnischen Handwerkerorganisation muß anerkannt werden, daß sie, während das deutsche Handwerk doch sehr stark staatlich gefördert worden ist, alles sich selbst verdankt.

Neben den Handwerkern stehen bereits Vereine von Kaufleuten verschiedener Art, die wenigstens die Ansätze einer polnischen Kaufmannschaft darstellen.

Eine Stufe tiefer findet die Arbeiterwelt in den Städten ihre Organisation in den Zweigen der großen polnischen Gewerkschaft „Berufsvereinigung“, auf dem Lande in dem „Verbande der katholischen Arbeitervereine“, der unter Leitung der Geistlichkeit die Landarbeiter organisiert und zusammenhält. Nimmt man dazu noch die Organisation der Sokols, die seit zwei Jahrzehnten schon tätig waren, als sie 1895 sich in einem Verbande zusammenschlossen, ferner den Verband der Volksbibliotheken, der 1880 gegründet worden ist, und den 1905 entstandenen Strazverein, sowie die im Zentralwahlkomitee gipfelnden Kreiswahlkomitees, so sind damit wenigstens die hauptsächlichsten Organisationen der Polen auf wirtschaftlich-sozialem und politischem Gebiete genannt. Das Bild ist bei weitem nicht erschöpfend. Denn das ist das Charakteristische für die letzten anderthalb bis zwei Jahrzehnte, daß sich dieses Volk in einer Weise den Gedanken der Organisation auf allen Gebieten, manchmal grotesk und fast lächerlich, zu eigen gemacht hat, die in vollem Widerspruch steht zu der Geschichte desselben Volkes bis 1863, die gerade durch den Mangel an aller Organisationsfähigkeit und Disziplin ausgezeichnet ist. Als Ergebnis dieser Entwicklung steht nun heute vor uns eine in Genossenschaften und Vereinen organisierte Bauernschaft in Posen und Westpreußen, an die sich ein noch im Entstehen begriffener städtischer Mittelstand anlehnt, der durch die Agitation in Verbindung gebracht worden ist mit dem ober-schlesischen Polentum als dem einen Flügel und der mit dem Polentum im Rheinland und Westfalen als dem anderen Flügel noch fester innerlich zusammenhängen will, da die in der Sachsengängerei und in der industriellen Arbeit erworbenen Löhne immer wieder in die entstehende Volkswirtschaft der Heimat hereingeführt werden und so in diese neues Blut bringen. Es bedarf dann keiner weiteren Ausführungen, daß damit die demokratische Entwicklung ungeheuer gefördert worden ist und daß, während der Einfluß der Geistlichkeit mindestens auf dem Lande noch sehr groß geblieben ist, die Stellung des Adels sehr zurückgedrängt worden ist und wird. Die kosmopolitische Aristokratie steht heute so gut wie abseits, und der Adel in den Provinzen selbst verliert mehr und mehr Terrain, wenn er es nicht vorzieht, demokratische Allüren anzunehmen und in der wirtschaftlichen Arbeit der Gegenwart selbst eine Stelle mit einzunehmen.

Zu einem großen Teil ist diese zweifellos statiliche Entwicklung auf der polnischen Seite ermöglicht worden durch den deutschen Angriff, der seit 1886 den Polen auf den Leib rückte, aber zugleich Hunderte von Millionen Mark in diese bis dahin so mittelarmer Provinzen geworfen hat. Dadurch ist der Kampf um den Boden begonnen worden seit 1886, zur selben Zeit also, da der Bedarf der westlichen Industrie nach fremden Arbeitern begann. Seit 1894 ist der Kampf schärfer und schärfer geworden, während der industrielle Aufschwung des Westens weiterhin

immer mehr Polen in seinen Strudel hereinzog und sie durch seine Löhne materiell für diesen Kampf kräftigte. Daher hat auch die deutsche Seite sich immer mehr und mehr organisieren müssen. Seit 1895 hat man sich deshalb bemüht, auf ländlich-genossenschaftlichem Gebiete den Vorsprung der Polen einzuholen. Aber so großes darin schon geleistet ist, es ist sicherlich auf dem Gebiete der eignen auf sich selbst gestellten Organisation das Polentum noch durchaus im Vorsprung. Dafür findet das deutsche Element Rückhalt am Staate, der ja außerordentliche Opfer für diese Länderteile gebracht hat. Das Rückgrat in dieser staatlichen Arbeit war und ist die Tätigkeit der Ansiedlungskommission. Diese Tätigkeit ist zunächst ein Glied der Polenpolitik, aber zugleich der wichtigste Teil der inneren Kolonisation, für die wichtig ist, daß der große Besitz in den Bezirken Posen, Bromberg und Marienwerder heute noch fast die Hälfte der landwirtschaftlich genutzten Fläche umfaßt, und daß Posen die Provinz ist, in der der Latifundienbesitz die größte Ausdehnung im preussischen Staat hat. Die Wirkungen dieser über zwei Jahrzehnte sich erstreckenden Tätigkeit gehen über den nationalen Kampf weit hinaus, sie haben die Provinzen materiell unendlich gehoben, was sich bereits in den direkt gar nicht von ihr erfaßten Städten geltend macht, haben freilich auch Schattenseiten hervorgerufen in einer entwickelten Güterspekulation und einer ungesunden Steigerung der Güterpreise.

Für den deutschen städtischen Mittelstand hat allerdings schädigend gewirkt die an sich notwendige Wirtschaftspolitik des Staates, ferner jene befreiende Gesetzgebung der 60er Jahre, die Abwanderung gerade der besten deutschen Elemente, die polnische Konkurrenz und dann der Kampf mit dem Großbetrieb. Schon in den 70er Jahren lösen sich einzelne Gewerbe auf, und mehr und mehr hat das deutsche Handwerk und Gewerbe zu kämpfen und zu ringen, ebenso wie der Hausierhandel. Da ist nun für die deutsche Seite von größter Bedeutung, daß an eine wirkliche Industrialisierung der beiden Provinzen nicht zu denken ist. Trotz aller Versuche sind die entscheidenden Schwierigkeiten nicht zu überwinden, da es an Kohlen und Rohstoffen fehlt und vor allem am nötigen deutschen Arbeitermaterial. Die beiden Provinzen werden auch in der Zukunft sich vorwiegend landwirtschaftlich weiterentwickeln.

Der Raum erlaubt es nicht, die Entwicklung der beiden Gebiete im Norden und Süden zu schildern, die das posen-westpreussische Polentum als seine Flügel betrachtet und auf alle Weise zu erobern sich bestrebt. Auch in Masuren und der Kaschubei einerseits und in Oberschlesien andererseits ist durch die polnische Agitation ein erbitterter und gefährlicher nationaler Kampf entzündet worden. Dieser zwingt den Staat auch hier, in Gegenden, die bis in die Gegenwart herein friedlich lebten, eine bewusste Nationalitätenpolitik zu treiben, deren Wege freilich noch nicht im einzelnen und überall klar sind. Mit der Kaschubei streben die Polen, ihr „Fenster zum Meere“ zu erobern im Sinne der jagellonischen Idee, in Oberschlesien gewinnen sie die immer engere Fühlung mit dem österreichischen und auch dem russischen Polentum, die so sehr gefährlich werden kann. Im ganzen sucht so von der Weichselmündung bis Myslowitz die bewusste polnische Be-

wegung und Arbeit von heute ein Gebiet von dem des Deutschtums abzuschneiden, das zu erhalten für dessen Stellung eine unbedingte Lebensnotwendigkeit ist. Und mit den Hunderttausenden nun schon sesshaft gewordener Polen des Industriegebiets greift diese polnische Ausdehnung bereits in das Herz- und Kernstück Deutschlands, in das alte Mutterland herein.

Erst in den letzten Jahren ist dem deutschen Volke deutlicher vor Augen getreten, wie weit diese Entwicklung des polnischen Volkes zur besonderen Wirtschaftsmacht schon gedungen ist. Damit wird die polnische Frage in einem ganz anderen Sinne zur Gefahr als früher. Während man in ihr früher eine gefährliche Arbeit der Verschwörung und internationale Konflikte sah, beginnt jetzt in ihr ein anderer Charakter hervorzutreten. Durch die Modernisierung des wirtschaftlichen und geistigen Lebens scheint dieses polnische Volk reif zu werden zum nationalen Staat und scheint sich damit eine Ablösung vom Deutschen Reiche eigentlich von selbst hier vorzubereiten statt durch Gewalt, um dann, wenn der Deutsche aus den polnischen Gebieten Preußens wirtschaftlich verdrängt ist und die polnische Wirtschaftsmacht in diesem sich vollkommen gefestigt hat, die Anlehnung zu finden an die galizischen und russischen Brüder.

Aus alledem ergibt sich die Stellung Deutschlands ohne weiteres. Wir sagen Stellung Deutschlands, denn es ist eine Zukunftsfrage des ganzen deutschen Volkes, ob dem preussischen Staat die Behauptung der Warthe- und Weichselgegenden bleibt. Die zentraleuropäische Stellung Deutschlands beruht auf den beiden Flügeln westlich und östlich der Elbe gleichmäßig, und die Schwierigkeiten des östlichen Flügels, die in seiner nationalen Gliederung liegen, fühlt der westliche Flügel von selbst mit. Auf diesem Hintergrunde erscheint die preussische Polenpolitik, deren einzelne Phasen durch das 19. Jahrhundert hier besprochen worden sind bis zu dem System des Angriffs und der Repression und positiven Kulturförderung in der Gegenwart, erscheint der Nationalitätenkampf allein im richtigen Lichte. Es ist der Augenblick zu erstreben, in dem der Druck der deutschen materiellen und geistigen Kräfte auf die Polen so groß wird, daß in ihnen die Überzeugung Gemeingut wird: Was auch im russischen und österreichischen Anteil vorgeht, wir können materiell und geistig aus dem deutschen Anteil nicht mehr heraus. Dann werden die Wirkungen der wirtschaftlichen Zusammenhänge, der Schule, des Militärdienstes usw. allgemein hervortreten. Dieser Moment wird aber um so eher erreicht, je stärker die Durchsetzung des preussischen Anteils mit dem deutschen Elemente wird. Es kann nicht darauf ankommen, die polnische Wirtschaftsmacht zu zertrümmern oder gar die polnischen Untertanen aus dem Lande zu treiben. Wenn die Kulturarbeit des Staates auch ihnen zugute kommt, so ist dagegen nichts zu sagen, das ist einfach die sittliche Pflicht des Staates gegen seine Untertanen anderer Zunge. Dagegen hat der Staat die Pflicht, den nationalgemischten Charakter dieser polnischen Gebietsteile immer mehr zugunsten des deutschen Elementes zu verschieben. Wir haben die große Bedeutung des altangesehnen deutschen Elementes in den in Frage kommenden Provinzen scharf betont und gesehen, daß die Gestaltung der polnischen Frage, wie sie den Deutschen

gegenübersteht, in der Hauptsache zurückgeht bereits bis in die Zeiten der Kolonisation des Mittelalters. Diese ist dann im 18. und vor allem im 19. Jahrhundert wieder aufgenommen worden. Wir haben ferner gesehen, wie die Stellung des Deutschtums, bis Ende der sechziger Jahre im Vordringen und dann bis zum Beginne des 20. Jahrhunderts ununterbrochen im Zurückgehen ist. Die Statistik ergibt, daß dieser Rückgang zum Stillstand gebracht ist durch die Wirkung der staatlichen Arbeit, das Sinken der Kinderzahl bei den Polen, das mit ihrer steigenden Kultur ganz von selber eintritt, die Möglichkeit, Deutsche mit sehr starkem Kinderreichtum in den Rückwanderern anzusetzen — das sind die Hauptgründe dafür, die sich noch stärker geltend machen werden, wenn eine größere Ansetzung deutscher Landarbeiter gelingt. Dabei verdrängt die staatliche Arbeit die wirklich produktiven Schichten des polnischen Volkes nicht, nicht den polnischen Bauern, denn sie besiedelt größere Güter, und nicht den polnischen Bürger. Sie steht nur im Kampfe gegen den Sanatismus der Geistlichkeit und gegen eine Agitation, die unmögliche und unerfüllbare Forderungen stellt und Hoffnungen erweckt. Je weiter die Überzeugung von der Bedeutung der polnischen Frage für Deutschland dringt, um so stärker wird die Überzeugung werden, daß das Schwergewicht in der positiven Arbeit ihr gegenüber auf dieser Seite ruht, und nicht auf der Seite, die im Kampfe sehr viel stärker hervortritt, d. h. der Sprachen- und Schulpolitik.

Das Ziel aber ergibt sich aus den bisherigen Betrachtungen wohl völlig klar. Für Deutschland wie für Rußland ist die Entscheidung in dem Kampfe um die Vorherrschaft im Osten Europas endgültig. Deutschland kann diesen Osten und im besonderen den unteren Weichsellau nicht entbehren und Rußland kann sich vom Dnjepr, der Weichsel und Njemen nicht abbringen lassen. Aber beide Staaten stehen der weiteren Entwicklung der polnischen Frage verschieden gegenüber. Rußland kann seinem Anteil weitgehendste Autonomie gewähren, wenn es dessen politisch völlig sicher ist, und kann weiter die neupanslawistische Strömung für sich arbeiten lassen. Deutschland kann das nicht, es steht vielmehr in schroffem Gegensatz gegen diesen Panslawismus, und die Möglichkeit einer polnischen Autonomie in seinen Gebieten ist mit den Versuchen des Jahres 1848 endgültig ausgeschlossen. Dem gegenüber kann es für Deutschland auf Grund der Erfahrungen von 1¹/₄ Jahrhunderten nur die Notwendigkeit geben, positiv das deutsche Element in diesem Osten immer mehr zu fördern und überall über den Kampf der Gegenwart hinweg das Ziel fest im Auge behalten, daß die Lösung dieser polnischen Frage in irgendeiner Form im Laufe der nächsten 1 bis 2 Menschenalter höchstens gefunden werden muß. Länger wird die Geschichte nicht Zeit geben. Bis dahin wird die österreichische und russische Polenfrage so oder so entschieden sein. Bis dahin müssen dann die Vorbedingungen für eine glückliche Lösung im deutschen Anteil erfüllt sein, und erst dann wird es möglich sein, hinter diesem jahrhundertlangen Kampfe zwischen Deutschen und Polen doch schließlich eine Versöhnung zu sehen, die als letztes Ziel der Beziehungen zwischen beiden Völkern doch immer im Auge behalten werden muß.

* * *

Es ist ein Kampf von über fünf viertel Jahrhunderten, den wir in seinen einzelnen Phasen betrachtet haben, seitdem er durch den Zusammenbruch des polnischen Reiches diese besondere Form erhalten hat. In dieser Zeit hat sich auf beiden Seiten viel geändert. Aus dem preussischen Staate, der das polnische Problem zu lösen hatte, ist das Deutsche Reich geworden, dessen gewaltige innere Entwicklung naturgemäß den Blick von dem preussischen Osten ab nach dem Westen mit seiner industriellen Entfaltung gerichtet hat. Und aus dem polnischen Volk von 1772 ist etwas ganz anderes geworden. In einem Menschenalter ist dieser polnische Mittelstand in Stadt und Land entstanden, diese polnische Demokratie, die ihren Hauptsitz in Posen und Westpreußen hat, ihre Flügel ausstreckt nach Oberschlesien und andererseits nach Masuren und der Kaschubei, und die sich die Hunderttausende ihrer Söhne im deutschen industriellen Westen tributpflichtig und treu ergeben hält. Aber haben sich so die Formen des Kampfes erheblich verändert, so ist der Gegensatz derselbe geblieben wie damals. Auch das Deutsche Reich hat dasselbe Lebensinteresse wie der damalige preussische Staat, an seiner heutigen Abrundung im Osten unbedingt festzuhalten. Und daraus ergibt sich, daß, wenn auch nach wie vor die unmittelbare Lösung dieser schwierigen Frage dem preussischen Staate zufällt, das Deutsche Reich und Volk im ganzen daran auch auf das höchste interessiert sind. Auf der anderen Seite aber ist, unter mancherlei Wandlungen und in anderer Fassung, die Hoffnung auf eine Wiederherstellung des polnischen Staates lebendig erhalten worden, wenigstens in großen Kreisen und Massen dieses Volkes. Auch die polnische Demokratie von heute steht dem preussischen Staate in dieser Hoffnung gegenüber, die mit seiner Existenz schlechterdings unvereinbar und unversöhnbar ist, und daraus ergibt sich auch für die Gegenwart, daß der Kampf zwischen diesen beiden Faktoren, diesen beiden Nationalitäten, zunächst auch weiterhin das Zeichen sein wird, unter dem der Osten des preussischen Staates lebt. Er ist, wie die vorstehenden Ausführungen gezeigt haben, nicht von der deutschen Seite aufgenommen worden; wer das behauptet, kennt entweder die Entwicklung des neunzehnten Jahrhunderts und die Gegenwart nicht, oder er verschließt sein Auge der offensichtlichen Gefahr. Oft genug ist der polnischen Seite die Möglichkeit geboten worden, die gegebenen Verhältnisse anzuerkennen und in ihnen die freie Entfaltung ihrer Sprache und Kultur zu erhalten; die zur Versöhnung im neunzehnten Jahrhundert häufig gebotene Hand ist zurückgestoßen worden, und so ist der Kampf mit all den Mitteln, mit denen er heute geführt wird, notwendig geworden. Das ist nicht erfreulich, weder für das Leben des Staates im Ganzen, noch ganz besonders für den Osten selbst und diejenigen, die in dieser beständigen Kampf Atmosphäre leben müssen. Aber es nützt nichts, die Augen dagegen zu verschließen, und es ist ein Fehler, der sich schwer rächen muß, wenn man die Erfahrungen von fünf viertel Jahrhunderten in den Wind schlägt und glaubt, die Frage lösen zu können mit friedlichen und versöhnlichen Mitteln, gegenüber einem Gegner, der das nicht will und der bewußt auf allen Gebieten zum mindesten der Absonderung vom geistigen, wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands zustrebt. Je klarer diese Lage auf

der deutschen Seite erkannt wird, um so sicherer wird die Stellung des Staates, seiner Diener und der Bevölkerung überhaupt sein, und um so eher wird dieser Kampf zu dem notwendigen Ende geführt werden können.

Ist das überhaupt möglich, wird nach menschlicher Voraussicht über die weite Fläche unseres Ostens einmal der Friede zwischen den Nationalitäten sich herniedersenken? Ob wir das erleben werden, mag dahinstehen. Die Hauptsache ist doch, daß ein Ziel in diesem Kampfe gestellt wird, auf das hin alle Aktion gerichtet ist. Das Ziel ist so ungeheuer einfach und von Bismarck so präzise bezeichnet worden, daß es eigentlich überflüssig sein sollte, es immer und immer wieder zu betonen: die absolute Notwendigkeit für den preussischen Staat, an seiner Grenze, wie Bismarck sich ausdrückte, sichere Leute zu haben. Das ist das Ziel. Und der Weg, auf dem es zu erreichen ist, kann schlechterdings in einer Zeit der Massenbewegungen nur die zahlenmäßige Verstärkung des deutschen Elementes sein; alles andere, so wichtig es ist, steht erst in zweiter Linie und ergibt sich aus dem ersteren dann von selbst und in zwingender Notwendigkeit. Diese zahlenmäßige Förderung des deutschen Elementes aber ist, wie die Erfahrungen der zwei hinter uns liegenden Jahrzehnte gezeigt haben, nur möglich auf dem Wege der inneren Kolonisation, der planmäßigen und umfassenden Ansiedelung deutscher Bauern, die aus dem Westen kommen, um das Land im Osten dauernd deutsch zu machen. Und dieser Weg führt, wie gleichfalls die Erfahrungen der letzten zwei Jahrzehnte gezeigt haben, zum Erfolge. Wir haben in der Volkszählung von 1905 gesehen, daß der seit 1867 beobachtete Rückgang der Deutschen zugunsten der Polen aufgehört hat, und haben in der Volkszählung von 1910 gesehen, daß die natürliche Vermehrung der Deutschen etwas stärker ist als die der Polen. Diese Tatsachen vermag keine Kritik am Ansiedelungswerk aus der Welt zu schaffen, das allein uns das ermöglicht hat. Sie geben keinen Grund, bereits heute festzustellen, wie es wahrhaftig von wissenschaftlicher Seite geschehen ist, als sei das Übergewicht der Deutschen über die Polen bereits erreicht. Das ist in keiner Weise der Fall. Aber sie geben den Sporn, auf dem bisherigen Wege unter allen Umständen fortzuschreiten und die Hoffnung, daß das notwendige Ziel erreicht wird. Wie kann dieses Ziel genau bezeichnet werden? Es ist Platz genug auf den weiten Flächen unseres Ostens, neben diesen polnischen Untertanen, die durch die Gewalt der wirtschaftlichen Entwicklung und durch die hoffentlich ununterbrochen fortgesetzte mühevollen Arbeit der deutschen Schule doch auch, mögen sie wollen oder nicht, in den Bannkreis des deutschen Lebens gezogen werden, so viele deutsche Bauern anzusiedeln, daß die vorhandene nationale Mischung der in Frage kommenden Provinzen stark genug wird, um diese Gebiete dauernd aus dem Bereich der polnischen Hoffnungen auf die Wiederherstellung ihres Staates auszuschneiden. Die Ansiedlung von 40 000 deutschen Bauernfamilien im Osten nahm der Entwurf zur Denkschrift für das Ansiedelungsgesetz in Aussicht. 15 000 Familien sind heute angesiedelt. Geht das Werk in dem Tempo der Jahre 1908, 1909: 1500 Familien im Jahre anzusiedeln, weiter, so ist in 15—20 Jahren die Aufgabe

des Gesetzes von 1880 gelöst, das Ziel erreicht, das wir erreichen müssen, aber auch können. Mehr wollen wir in diesem Kampfe nicht, aber das, was darin bezeichnet ist, kann auch unter allen Umständen erreicht werden, wenn der Staat und seine verantwortlichen Organe nur wollen. Denn das ist die große Lehre, sowohl der Kolonialgeschichte unseres Mittelalters, als auch der beschränkteren Ansiedelungstätigkeit der letzten Jahrzehnte, daß es einem bewußten Staatswillen möglich ist, Bewegungen der Massen in seinem Sinne zu beeinflussen und zu lenken. Gewiß handelt es sich in dem Gegeneinander von Deutsch und Polnisch um große Massenbewegungen, die durch Massenentwicklung und Masseninstinkt mit beeinflußt und entschieden werden, aber wie es einem Staatswillen möglich ist, die Wellen eines Stusses nicht über Feld und Land hinfluten zu lassen, sondern durch Uferbau und Dämme ihnen die Richtung zu geben, die er für gut hält, so ist es auch in diesem Stuten der Völker gegeneinander, das seit Jahrhunderten über unseren Osten dahingeht. Nur ohne Opfer und ohne festen und konsequenten Willen ist es nicht möglich, derartige Aufgaben durchzuführen. Es ist der Ruhm gerade der größten Hohenzollern gewesen, daß sie innere Kolonisatoren ihres Staates waren, und es muß der Ruhm der Hohenzollern auch ferner sein, das in sehr viel größeren Verhältnissen der Gegenwart und Zukunft zu bleiben. Die Aufgabe ist erst halb erfüllt, den Osten, die Hälfte der Monarchie, auf daselbe Niveau zu heben wie den Westen und dadurch dauernd mit ihm zu verschmelzen. Wird diese Aufgabe gelöst, dann ist zugleich auch die schwere Polenfrage der Gegenwart soweit gelöst, als wir es um unserer Sicherheit und Zukunft willen brauchen. Das Verständnis dafür hat in den letzten zwei Jahrzehnten in den breiten Massen des Volkes ganz zweifellos erheblich zugenommen und damit auch die Einsicht und der Wille, Opfer zu bringen. Es ist die Aufgabe des Parlaments und vor allem der verantwortlichen Staatsmänner, diesen Kampf in unserem Osten zu Ende zu führen in einer Zeitspanne, die dem Gegner nicht die Möglichkeit läßt, sich innerlich so zu konsolidieren und durch Rückendeckung bei seinen Stammesgenossen außerhalb des Reiches so zu festigen, daß die Lösung unmöglich wird. Ob dies gelingt oder nicht, das wird zu einem guten Teil über die Stellung des preussischen Staates im Deutschen Reich und über die Stellung des Reiches in Europa entscheiden.

